

# STADT+ UM+ LAND 2030



## Bürgergutachten

Bürgergutachten  
**STADT+UM+LAND 2030**  
Region Braunschweig



Das Bürgergutachten **STADT+UM+LAND 2030 Region Braunschweig**  
wurde ermöglicht durch die Teilnahmebereitschaft und das Engagement  
von 94 Bewohnerinnen und Bewohnern der Region Braunschweig.

Ihnen gebührt dafür besonderer Dank!

## Vorwort

Ulrich Kegel | 1. Verbandsrat Zweckverband Großraum Braunschweig | Juli 2003

Die Bürgerinnen und Bürger in Planungen für die Zukunft ihrer Region einzubinden, war das Ziel des Zweckverbands Großraum Braunschweig (ZGB), als das Projekt STADT+UM+LAND 2030 startete.

In dem Leitbildprozess STADT+UM+LAND 2030 Region Braunschweig sollen Perspektiven erarbeitet werden, wie mit dem Bevölkerungsrückgang und der deutlichen Alterung der Bevölkerung, die in den nächsten Jahren auf die Region Braunschweig zukommen, umgegangen werden kann. Stadt-regionale Akteure, Bürgerinnen und Bürger sowie Experten aus Wissenschaft und Forschung erarbeiten ein Leitbild für die Zukunft der Städte und Gemeinden der Region.

Mit der Methode Bürgergutachten ist es gelungen, Bürgerinnen und Bürger intensiv in den regionalen Leitbildprozess STADT+UM+LAND 2030 Region Braunschweig einzubinden. Bewohnerinnen und Bewohner der Region zwischen 17 und 76 Jahren haben ihre Vorstellungen und Wünsche für die Zukunft der Region Braunschweig dreieinhalb Tage lang intensiv diskutiert und ein gemeinsames Leitbild entwickelt. Das Leitbild gibt Politik und Verwaltung wichtige Hinweise, wie sich Bürgerinnen und Bürger die Zukunft ihrer Region wünschen.

Die Ergebnisse des Bürgergutachtens fließen im Projekt STADT+UM+LAND 2030 mit den Ergebnissen der anderen Dialogstränge zusammen. Bei der Abschlussveranstaltung im September 2003 werden stadt-regionale Akteure, Experten sowie Bürgerinnen und Bürger ihre Überlegungen zum Leitbild STADT+UM+LAND 2030 Region Braunschweig präsentieren und gemeinsam erste Schritte zur Umsetzung des Leitbilds erarbeiten. Auch im weiteren Prozess wird auf die Bürgerinnen und Bürger als wichtige Akteure in der Region gesetzt.

Für die Mitarbeit der Bürgergutachterinnen und -gutachter an dem regionalen Leitbild möchte ich mich herzlich bedanken. Ich bin sicher, dass von dem Bürgergutachten wichtige Impulse für die Entwicklung der Region ausgehen werden.

## Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	5
Kurzfassung .....	8
<b>I Verfahren .....</b>	<b>12</b>
1. Was ist ein Bürgergutachten? .....	12
2. Ziele des Bürgergutachtens STADT+UM+LAND 2030 .....	13
3. Organisation und Ablauf des Bürgergutachtens .....	15
4. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer .....	20
5. Verfahrensbewertung .....	28
6. Abstimmung mit den Bürgergutachterinnen und -gutachtern .....	31
<b>II Ergebnisse .....</b>	<b>32</b>
1. Wohnen und Versorgung .....	32
2. Siedlungsstruktur .....	41
3. Landschaft und Stadt .....	50
4. Mobilität .....	56
5. Arbeit .....	64
6. Zusammenarbeit und Bürgerengagement .....	76
7. Ergänzende Leitbildaussagen .....	90
Ausblick .....	91

## Kurzfassung

94 Bürgerinnen und Bürger aus der Region Braunschweig erarbeiteten in fünf Bürgergruppen im Januar und Februar 2003 das Bürgergutachten STADT+UM+LAND 2030 Region Braunschweig. Das Bürgergutachten ist Teil eines gleichnamigen Forschungsprojekts, das aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung gefördert wird. Die Bürgergutachterinnen und -gutachter wurden in einem Zufallsverfahren durch Ziehung von Stichproben aus den Einwohnermeldedateien der Städte und Gemeinden der Region ausgewählt. Ihre Aufgabe war es, ein Leitbild für die Region Braunschweig mit Blick auf das Jahr 2030 zu entwickeln.

Die vorliegende Kurzfassung gibt einen Überblick über die erarbeiteten Leitbildaussagen. Sie beziehen sich auf die Themen Wohnen, Versorgung, Siedlungsstruktur, Landschaft und Stadt, Mobilität, Arbeit sowie Zusammenarbeit und Bürgerengagement.

### Leitbildaussagen STADT+UM+LAND 2030 Region Braunschweig

#### A Wohnen

**A 1 Verschiedene Generationen leben miteinander**  
Allen Bürgergruppen ist daran gelegen, dass im Jahr 2030 in der Region Braunschweig ältere Menschen nicht abgeschottet in "Seniorengghettos" wohnen. Stattdessen sollen Alt und Jung in guten Nachbarschaften miteinander leben und einander gegenseitig unterstützen. So könnten z.B. die Älteren zeitweise auf die Kinder aufpassen, während die Jüngeren im Gegenzug Einkäufe und Besorgungen für die Älteren erledigen.

**A 2 Die verschiedenen Kulturen wohnen harmonisch zusammen**

Die Bürgergutachterinnen und -gutachter wünschen sich, dass deutsche und ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger räumlich nahe beieinander und auch miteinander leben. Die Wohngebiete sollten gemischt sein und es sollten möglichst keine gesonderten Wohngebiete für einzelne Nationen existieren.

**A 3 Bedarfsgerechter und finanzierbarer Wohnraum für alle**

Nach den Vorstellungen der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter sollte insbesondere auch

Wohnraum für Alleinerziehende und Singles sowie für betreutes Wohnen und Wohngemeinschaften für Ältere zur Verfügung stehen.

#### A 4 Sozial durchmischte Wohngebiete

Eine weitere Empfehlung der Bürgergutachterinnen und -gutachter ist, dass verschiedene soziale Schichten in gemeinsamen Wohngebieten gemischt leben sollen. Auf diese Weise können Problemquartiere vermieden werden.

#### B Versorgung

##### B 1 Die Grundversorgung ist in Wohnnähe möglich

Aus Sicht der Bürgergutachterinnen und -gutachter muss die Lebensmittelversorgung und die medizinische Versorgung in näherer Umgebung gesichert und aktiv erhalten werden.

##### B 2 Es gibt ein vielfältiges Freizeit- und Kulturangebot in der Region

Alle Bürgergruppen sehen es als wichtig an, dass es Kultur- und Freizeitangebote für alle Bevölkerungsgruppen gibt, also sowohl für Ältere als auch für Jüngere. Wo Freizeit- oder Sporteinrichtungen fehlen, sollen neue geschaffen werden. Kultur- und Sozialangebote sollen erhalten und gefördert werden.

#### C Siedlungsstruktur

##### C 1 Die Städte und Ortskerne sind attraktive Lebensmittelpunkte für Alt und Jung

Nach den Wünschen der Bürgergutachterinnen und -gutachter sind die Städte im Jahr 2030 lebenswert und attraktiv. Die Lebensqualität in den Innenstädten soll hoch und die Stadtbilder sollen individuell gestaltet sein. Die Ortszentren sollen gestärkt und lebendige Lebensmittelpunkte sein.

##### C 2 Die Siedlungsstruktur ist gemischt, Wohnen, Arbeit, Versorgung und Kultur finden nebeneinander statt

Für die Bürgergutachterinnen und -gutachter ist eine Mischung von Wohnen, Arbeiten, Versorgung und Kultur in den Städten und Gemeinden der Region von großer Bedeutung. Gewerbe, das Lärm und Emissionen verursacht, soll jedoch vom Wohnen getrennt werden. Auch die Mischung der Bauformen ist den Bürgergutachterinnen und -gutachtern wichtig, damit Eintönigkeit vermieden wird und keine Problemquartiere entstehen.

##### C 3 Alte Baustrukturen sind erhalten worden, vorhandene Siedlungen werden ausgebaut und Neubau findet bedarfsgerecht statt

Die Bürgergutachterinnen und -gutachter empfehlen, die vorhandenen Siedlungsgebiete auszubauen, bevor neue Baugebiete ausgewiesen werden. Altbauten sollen im Jahr 2030 weiterhin das Stadtbild prägen. Durch Sanierung sollen sie gut nutzbar sein und auch weiterhin erhalten werden. Wenn Neubau stattfindet, sollte dieser bedarfsgerecht und nicht übertrieben groß sein.

##### C 4 Dezentrale Konzentration und Suburbanisierung

Es gibt kein einheitliches Stimmungsbild zur gewünschten zukünftigen regionalen Siedlungsstruktur. Die Mehrheit der Bürgergutachterinnen und -gutachter spricht sich für eine zukünftige Entwicklung nach dem Leitbild der dezentralen Konzentration aus (13 von 20 Kleingruppen), ein großer Teil aber auch für eine fortschreitende Suburbanisierung (7 Kleingruppen). Eine verstärkte Suburbanisierung bzw. eine Entwicklung zur Zwischenstadt findet nur bei wenigen Zustimmung.

#### D Landschaft und Stadt

##### D 1 Die Landschaft ist nicht zersiedelt, die Städte wachsen nicht in die Landschaft

Die Bürgergutachterinnen und -gutachter fordern, dass im Jahr 2030 in der Region die Zersiedlung der Landschaft eingedämmt ist. Die Städte und Gemeinden sollen durch ihre Entwicklung keine Landschaft zerstören. Die Ausweisung von Bauland soll dementsprechend 2030 nur nach dem tatsächlichen Bedarf stattfinden. Siedlungen "auf der grünen Wiese" sollen nicht weiter ausgewiesen werden und so ausreichend Freiflächen, z.B. für Landschaft und Naherholung, vorhanden sein.

##### D 2 In den Städten und in den Wohngebieten gibt es ausreichende Freiflächen und Parks als Ruhe- und Erholungszonen

Nach den Wünschen der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter sollen die Städte im Jahr 2030 eine ausreichende Naherholung bieten. In den Stadtteilen soll es Freiflächen und Parks mit Spielflächen für Kinder und Angeboten für ältere Menschen geben.

##### D 3 Naherholungsgebiete sind vielfältig verfügbar und gut erreichbar

Die Mehrheit der Bürgergutachterinnen und -gutachter ist der Auffassung, dass für die Naherholung Naturgebiete und Freiräume erhalten werden müssen. Im Jahr 2030 sollen von jedem Ort der Region Naherholungsgebiete gut zu erreichen sein. Durch ein gut ausgebautes Radwegenetz soll die Erreichbarkeit auch mit dem Rad gewährleistet sein.

##### D 4 Vielfältige Landschafts- und Naturschutzgebiete bieten Lebensräume für Pflanzen und Tiere

Die Bürgergutachterinnen und -gutachter sprechen sich dafür aus, Landschafts- und Naturschutzgebiete zu erhalten und neu zu schaffen. Als Beispiele werden mäandrierende Flussläufe mit Überschwemmungsgebieten, Reservate für Tiere und Pflanzen und renaturierte Landschaftsgebiete genannt. Die Schutzgebiete sollten dabei von den Naherholungsgebieten getrennt sein.

##### D 5 Viele Menschen versorgen sich mit regionalen Produkten

Für die Bürgergutachterinnen und -gutachter ist von Bedeutung, dass die Bewohnerinnen und Bewohner der Region 2030 einen großen Teil ihrer Nahrungsmittel durch Produkte abdecken, die aus der regionalen Landwirtschaft kommen.

#### E Mobilität

##### E 1 Der ÖPNV ist grundlegend verbessert

Alle Bürgergruppen sind der Meinung, dass der ÖPNV ausgeweitet werden sollte. Die Informationen zum ÖPNV sollten einfach zu verstehen und umfassend sein, der ÖPNV sollte regelmäßig und kostengünstig fahren und bedarfsgerecht und flächendeckend ausgestaltet sein.

##### E 2 Die Radwege sind flächendeckend ausgebaut und sinnvoll miteinander vernetzt

Für die Bürgergutachterinnen und -gutachter ist das Fahrrad ein wichtiges Verkehrsmittel. Deswegen soll es viele und gute Radwege sowohl in den Städten und Gemeinden als auch als Verbindung zwischen den Orten geben. Die Radwege sollen sicher und sinnvoll miteinander vernetzt sein.

### E 3 Neue Antriebstechnologien haben die Emissionen gesenkt

Die Bürgergutachterinnen und -gutachter erwarten für das Jahr 2030, dass viele Autos mit alternativen Energien betrieben werden. Durch technischen Fortschritt und neue Antriebstechnologien sollen die Emissionen an Lärm und Schadstoffen bei den neuen Fahrzeugen deutlich vermindert werden. Es soll intensiv geforscht werden, um die Emissionen weiterhin zu senken.

### E 4 Es gibt weniger Individualverkehr mit dem Pkw

Die Bürgergutachterinnen und -gutachter sind der Auffassung, dass bis zum Jahr 2030 ein Umdenken stattgefunden hat und Alternativen zum Pkw bestehen, so dass weniger Autofahrten durchgeführt werden.

### E 5 Der Autoverkehr in den Innenstädten ist erheblich reduziert

Nach Ansicht der Bürgergutachterinnen und -gutachter sollten die Innenstädte im Jahr 2030 verkehrssarm sein und es sollte insgesamt weniger Autoverkehr durch die Städte fließen. Die Innenstädte sollen wieder attraktiv für den Fußgänger- und Radverkehr sein.

### E 6 Durch Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene und auf Wasserwege ist der LKW-Verkehr reduziert

Die Bürgergutachterinnen und -gutachter sprechen sich dafür aus, dass der Güterverkehr zu einem großen Teil auf die Bahn und auf Wasserwege umgelenkt werden sollte. Dadurch und auch durch die gestiegene Versorgung mit regionalen Produkten sollte der Lkw-Verkehr verringert werden.

## F Arbeit

### F 1 Die Arbeitszeiten sind flexibel gestaltbar

In den Bürgergruppen wurden flexible Arbeitszeiten allgemein als positiv eingeschätzt. Deswegen sollte es in der Region im Jahr 2030 die Möglichkeit flexibler Arbeitszeiten geben.

### F 2 Es gibt viele Teilzeit-Arbeitsstellen

Nach den Vorstellungen der Bürgergutachterinnen und -gutachter gibt es 2030 in der Region viele Teilzeitstellen, die flexible Arbeitszeiten haben. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können aber auch weiterhin Vollzeit arbeiten.

### F 3 Ältere Menschen sind in die Arbeitswelt integriert; die Arbeitsplätze für Ältere sind ihrem Alter angemessen; das Know How der Älteren – geistig wie handwerklich – wird genutzt

Den Bürgergutachterinnen und -gutachtern ist wichtig, dass im Jahr 2030 ältere Menschen in der Region weiterhin Arbeit finden können. Auf ihren Erfahrungsschatz soll zurückgegriffen werden. Die spezifischen Ansprüche der Älteren an Arbeitsplätze sollen berücksichtigt werden. Die älteren Arbeitnehmer sollen als wertvolles Potenzial aufgefasst werden.

### F 4 Die Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten sind erweitert worden

Die Bürgergutachterinnen und -gutachter erwarten, dass sich im Jahr 2030 das lebenslange Lernen in der Region durchgesetzt hat. Die Weiterbildungsmöglichkeiten sollen erweitert werden und Weiterbildung laufend stattfinden. Es soll viele Ausbildungsplätze und gleiche Bildungschancen für alle geben.

### F 5 Die Arbeitslosigkeit in der Region ist gering

Nach den Vorstellungen der Bürgergutachterinnen und -gutachter werden bis zum Jahr 2030 in der Region Braunschweig zahlreiche neue Arbeitsplätze geschaffen. Die wirtschaftliche Lage in der Region ist im Jahr 2030 stabil.

### F 6 In der Region haben sich viele neue Firmen angesiedelt

Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter gehen davon aus, dass sich im Jahr 2030 viele Firmen in der Region angesiedelt haben. Diese könnten vor allem im Bereich der neuen Technologien und im Dienstleistungsbereich tätig sein. Nach den Wünschen der Bürgergutachterinnen und -gutachter entwickeln sie innovative, verkaufsfähige Produkte und schaffen neue Arbeitsplätze in der Region.

### F 7 Die Forschung hat einen hohen Stellenwert, die technische Entwicklung wird genutzt

Bei dem Thema Forschung und Entwicklung halten es die Bürgergutachterinnen und -gutachter für notwendig, dass die TU Braunschweig und die Fachhochschulen der Region enger untereinander und mit der Industrie zusammenarbeiten. Neue Forschungsergebnisse und technische Entwicklungen, die in der Region erarbeitet werden, sollen für

die Region zusätzliche Arbeitsplätze schaffen, indem sie vor Ort in die Praxis umgesetzt werden.

## G Zusammenarbeit und Bürgerengagement

### G 1 Viele Bürger engagieren sich ehrenamtlich und bürgerschaftlich

Aus Sicht der Bürgergutachterinnen und -gutachter wird es im Jahr 2030 in der Region viele ehrenamtlich Tätige geben. Es wird auch mehr Möglichkeiten geben, sich ehrenamtlich und bürgerschaftlich zu engagieren. Bürgerengagement wird dann selbstverständlich sein und die Bürger werden mehr Verantwortung tragen. Die Bürgergutachterinnen und -gutachter gehen davon aus, dass die gegenseitige Hilfsbereitschaft und der Zusammenhalt groß sein werden.

### G 2 Die Kommunen in der Region arbeiten zusammen

Allen Bürgergruppen ist daran gelegen, dass die Gemeinden der Region zusammenarbeiten und sich untereinander bei Planungen abstimmen. Im Jahr 2030 sollte sich eine Arbeitsteilung zwischen den Kommunen entwickelt haben. Die Arbeitsteilung sollte insbesondere in den Bereichen Infrastruktur, Siedlungsplanung und Naherholung stattfinden.

### G 3 Bürger wirken im öffentlichen Leben mit und haben Mitsprachemöglichkeiten in den Kommunen

Die Bürgergutachterinnen und -gutachter sprechen sich dafür aus, dass im Jahr 2030 Bürgerschaft und Politik intensiv zusammenarbeiten. Die Bürgerinnen und Bürger sollen Mitwirkungs- und Mitsprachemöglichkeiten in den Gemeinden haben. Ihre Meinung soll beachtet werden und sie sollen auf die Politik Einfluss nehmen können.

### G 4 Das Nachbarschaftsgefühl ist stark und Nachbarschaftshilfe ist selbstverständlich

Eine wichtige Forderung der Bürgergutachterinnen und -gutachter ist, dass das Wir-Gefühl in der Nachbarschaft im Jahr 2030 stark ausgeprägt sein soll. Nachbarn sollen einander kennen und sich gegenseitig helfen. Es könnte ehrenamtlich Tätige geben, die sich um die Nachbarschaftshilfe kümmern.

## H Ergänzende Leitbildaussagen

### H 1 Ältere Menschen sind in der Gesellschaft anerkannt und gestalten sie aktiv mit

Im Jahr 2030 wird es in der Region viele ältere Menschen geben. Deswegen sind die Älteren den Bürgergutachterinnen und -gutachtern besonders wichtig. Alte Menschen sollten am regionalen Leben teilnehmen können und ernst genommen werden. Die Arbeit der älteren Menschen soll in Verbindung mit den Idealen und Bedürfnissen der Jüngeren geschätzt und gesucht werden.

### H 2 Familien finden bessere Rahmenbedingungen vor

Wichtig ist den Bürgergutachterinnen und -gutachtern, dass sich die Familienpolitik ändert. Kinder sollen 2030 kein Armutsrisiko sein. Eltern und Gesellschaft sollen sich 2030 für die Kinder verantwortlich fühlen, Verwaltungen und andere Einrichtungen sollten familienfreundlich gestaltet werden.

## I Verfahren

### 1 Was ist ein Bürgergutachten?

Das Verfahrensmodell Bürgergutachten, auch als "Planungszelle" bezeichnet, entwickelte der Wuppertaler Professor Peter C. Dienel (vgl. Dienel 2002)<sup>1</sup>. Dem Modell liegt der Gedanke zu Grunde, dass Bürgerinnen und Bürger in die Rolle von sachkundigen Beraterinnen und Beratern versetzt werden und ihre Meinung konstruktiv in politische Entscheidungsprozesse einbringen können. Sie werden über ein konkretes Problem umfassend informiert und sprechen auf dieser Grundlage Empfehlungen aus.

Eine Bürgergruppe besteht aus im Zufallsverfahren ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern, die für einen Zeitraum von vier Tagen von ihren arbeitsalltäglichen Verpflichtungen freigestellt werden, um Lösungsvorschläge für eine vorgegebene Fragestellung zu erarbeiten. Die Arbeit in den Bürgergruppen besteht aus einem Wechsel von fachlichen Informationen (z.B. durch Vorträge oder Ortsbegehungen), Diskussionen in Kleingruppen sowie im Plenum und Bewertungsphasen. Die Ergebnisse der Bürgergruppen werden in einem Bürgergutachten zusammengefasst.

Zentrale Merkmale der Methode sind:

- Zufallsauswahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer
- Freistellung und Vergütung der Teilnahme
- Gruppenprozess
- Prozessbegleitung und Unterstützung durch Fachleute
- Vorgegebene Problemstellung und Programmstruktur
- Dokumentation der Ergebnisse.

#### Zufallsauswahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Die Bürgergutachterinnen und -gutachter werden in einem Zufallsverfahren ausgewählt. Jede Person ab 16 Jahren, die im festgelegten Einzugsbereich wohnt, hat somit die gleiche Chance zu einer Bürgergruppe eingeladen zu werden. Dies gilt auch für ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger. Die Zufallsauswahl erfolgt durch Ziehung einer Stichprobe aus der Einwohnermelde-datei. Die Auswahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer spiegelt somit repräsentativ die Zusammensetzung der Bevölkerung wider.

Durch die zufällige Auswahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer wird gleichzeitig erreicht, dass sich nicht

nur organisierte und aktive Bevölkerungsgruppen beteiligen, sondern auch Personen, die sich sonst vielleicht nicht engagieren würden.

#### Freistellung und Vergütung der Teilnahme

Damit jeder der ausgewählten Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit zur Teilnahme hat, werden die Bürgergutachterinnen und -gutachter für die Bürgergruppe von ihren arbeitsalltäglichen Verpflichtungen freigestellt.

Um auch Personengruppen, die nur sehr schwer abkömmlich sind, wie z.B. Eltern von Kleinkindern oder Personen mit Pflegeverantwortung für andere Menschen, eine Chance zur Mitwirkung zu geben, werden Möglichkeiten für Kinderbetreuung oder Vertretung geschaffen.

#### Gruppenprozess

In den Bürgergruppen wird zu einem großen Teil in Kleingruppen gearbeitet, um das Gespräch zu erleichtern und intensive Diskussionen zu ermöglichen. Gerade Personen, die es nicht gewohnt sind, vor einem größeren Kreis von Menschen zu sprechen, fühlen sich durch die Kleingruppen weniger gehemmt. Die Zusammensetzung der Kleingruppen wird für jede Gruppenarbeit ständig gewechselt, damit möglichst viele Begegnungen stattfinden und sich keine Meinungsführer herausbilden. Sowohl die Aussagen des Plenums als auch der Kleingruppen sind so Ergebnisse von Gruppenprozessen.

#### Prozessbegleitung und Unterstützung durch Fachleute

Die Bürgergruppen werden durch eine Prozessbegleitung und durch Fachleute unterstützt. Die Prozessbegleitung umfasst die Tagungsleitung und Moderation sowie die gesamte Organisation vor und während der Bürgergruppen. Während der Durchführung der Bürgergruppen werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer von einem Zweierteam, das sich bei der Moderation der einzelnen Arbeitsphasen abwechselt, durch das Programm geleitet. Für organisatorische Abläufe und die Dokumentation wird die Moderation durch eine Assistenz unterstützt. Die Fachleute geben Grundinformationen, die für die Beurteilung des Themas notwendig sind. Weder die Prozessbegleitung noch die Fachleute nehmen Einfluss in den Diskussionen und bei den Bewertungsprozessen.



Abb. 1: Begrüßung durch Ulrich Kegel, 1. Verbandsrat des Zweckverbands Großraum Braunschweig

#### Vorgegebene Problemstellung und Programmstruktur

Bürgergruppen arbeiten an einer vorgegebenen Fragestellung. Die Fragestellung muss so festgelegt werden, dass sie in der verfügbaren Zeit bearbeitet werden kann.

Zur Bearbeitung der Aufgabenstellung ist die Vermittlung von Informationen von zentraler Bedeutung. Die Informationen müssen für den Laien verständlich sein und verschiedene Sichtweisen des Sachverhalts berücksichtigen. Als Informationsinputs können z.B. Vorträge von Fachleuten oder Betroffenengruppen, Ortsbesichtigungen sowie aufbereitetes Informationsmaterial dienen.

Neben und nach der Informationsvermittlung laufen Bewertungsprozesse ab, in denen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu den Sachverhalten, zu denen sie informiert wurden, Stellung nehmen.

#### Dokumentation der Ergebnisse

Die Ergebnisse der Bürgergruppen werden in einem Bürgergutachten zusammengefasst. Das Bürgergutachten wird den politischen Entscheidungsinstanzen als Entscheidungshilfe zur Verfügung gestellt. Die Auswertung und schriftliche Zusammenfassung der erhobenen Daten erfolgt ebenso wie die Konzeption und praktische Durchführung der Bürgergruppen durch eine unabhängige Auftragnehmerin bzw. einen Auftragnehmer. Alle Beteiligten erhalten Zugriff auf die Ergebnisse der Bürgergruppen. Jede Teilnehmerin und jeder Teilnehmer erhält ein Exemplar des Bürgergutachtens.

## 2 Ziele des Bürgergutachtens STADT+UM+LAND 2030

Für die Region Braunschweig wird bis 2030 ein deutlicher Bevölkerungsrückgang und eine deutliche Alterung der Bevölkerung vorausgesagt. Das heißt, es wird insgesamt weniger Menschen in der Region geben und der Anteil alter Menschen an der Bevölkerung wird erheblich höher sein als heute (s. Abb. 2). Diese Entwicklungen werden einige Städte und Gemeinden in der Region mehr als andere betreffen. So werden insbesondere in den Städten sehr viele ältere Menschen leben und die Bevölkerung insbesondere aus den ländlichen Regionen und den größeren Städten wegziehen bzw. nicht mehr hinzuziehen. Wie sieht angesichts dieser Vorhersagen die Zukunft der Städte und Gemeinden der Region aus? Welche Chancen, Risiken und Handlungsspielräume ergeben sich für sie in Zukunft?

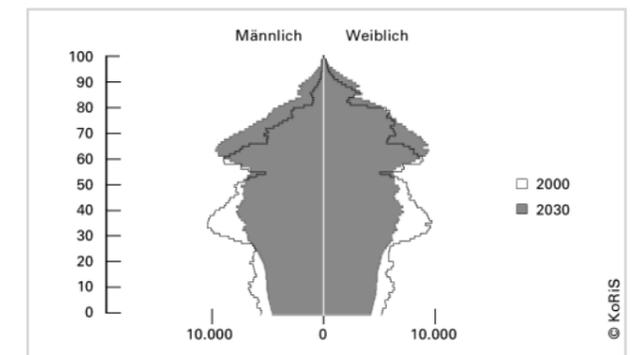


Abb. 2: Altersstruktur der Bevölkerung in der Region Braunschweig im Jahr 2000 und 2030

Antworten darauf soll das Projekt STADT+UM+LAND 2030 Region Braunschweig geben. Stadt-regionale Akteure, Bürgerinnen und Bürger und Experten aus Wissenschaft und Forschung erarbeiten im Rahmen dieses Projektes ein Leitbild für die Zukunft der Städte und Gemeinden der Region. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung unterstützt das Projekt im Rahmen des bundesweiten Ideenwettbewerbes Stadt 2030 mit Fördermitteln aus dem Programm "Bauen und Wohnen im 21. Jahrhundert".

<sup>1</sup> Dienel, Peter 2002: Die Planungszelle. Der Bürger als Chance, 5. Auflage, Westdeutscher Verlag.

Das Projekt setzt sich aus drei Dialogsträngen zusammen, die eng miteinander verknüpft sind (s. Abb. 3). An dem stadt-regionalen Dialog von STADT+UM+LAND 2030 Region Braunschweig nahmen unterschiedlichste Vertreter wichtiger gesellschaftlicher Gruppen der Region teil. Ein Großteil der gut 100 beteiligten stadt-regionalen Akteure waren Politiker und Verwaltungsfachleute aus den Rathäusern der Region, aber auch Vertreter von Gewerkschaften, Naturschutzverbänden oder Großunternehmen beteiligten sich am stadt-regionalen Dialog.

Auftakt für den stadt-regionalen Dialog bildete eine große Zukunftskonferenz im August 2002. Über 120 Personen nahmen an der Veranstaltung in der Stadthalle Braunschweig teil. Aus der Zukunftskonferenz gingen drei Arbeitskreise zu den Themen Wohnen und Versorgung, Landschaft/Siedlung/Verkehr sowie Arbeitswelt hervor. Jeder Arbeitskreis tagte im Laufe des Projektes dreimal. Erste Aussagen des vorliegenden Bürgergutachtens flossen bereits im März in die Arbeit der drei Arbeitskreise ein. Am 26. Juni 2003 führten alle Arbeitskreise ihre Ergebnisse in einem Bilanzworkshop zu einem gemeinsamen stadt-regionalen Leitbildentwurf zusammen.

Im Expertendialog von STADT+UM+LAND 2030 Braunschweig entwarfen Forscherinnen und Forscher aus Braunschweig und Hannover aus wissenschaftlicher Sicht ein Leitbild für die Region. Die beteiligten Forschungsinstitute sind in Abbildung 4 dargestellt. Die insgesamt rund 15 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bezogen sowohl die Ergebnisse aus dem Bürgerdialog als auch die des stadt-regionalen Dialogs in ihre Überlegungen ein.

Der Bürgerdialog dient dazu, die Bedürfnisse und Wünsche der Bevölkerung in die Entwicklung der Zukunftsperspektiven einzubeziehen. Er besteht aus dem Bürgergutachten und Öffentlichkeitsarbeit. Ziel des Bürgergutachtens ist es, ein Leitbild für die Zukunft der Region Braunschweig aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger zu erarbeiten.

Im Bürgerdialog wird auf das Verfahren Bürgergutachten zurückgegriffen, da es bei dem sehr komplexen Thema geeigneter scheint als die üblichen Formen der Bürgerbeteiligung. Die gebräuchlichen Formen der Bürgerbeteiligung müssen sich häufig entweder auf die Anhörung organisierter Interessen beschränken oder oberflächlich bleiben. Hinzu kommt, dass die herkömmlichen Formen der Bürgerbeteiligung häufig auf Ebene der Region schwierig durchführbar sind, da die regionale Ebene mehr Bürgerinnen und Bürger und ein größeres Gebiet einbezieht. Es sind also weniger konkrete Anknüpfungspunkte gegeben und die zu Beteiligten nur schwierig zu erreichen. Das Bürgergutachten STADT+UM+LAND 2030 Region Braunschweig soll als Modell dienen, Bürgerbeteiligung auf regionaler Ebene durchzuführen.

Da im Projekt STADT+UM+LAND 2030 Zielvorstellungen für die Zukunft erarbeitet werden, sind Formen des Dialogs notwendig, die die Bürgerinnen und Bürger in die Rolle von sachkundigen Beraterinnen und Beratern versetzen und ihnen reale Mitsprachemöglichkeiten geben. Ziel muss dabei sein, nicht nur organisierte Interessen

und sozial aktive Bevölkerungsgruppen zu beteiligen, sondern einen möglichst breit gestreuten Querschnitt der Bevölkerung einzubeziehen.

Indem das Verfahren Bürgergutachten Bürgerinnen und Bürger aus höchst unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen miteinander ins Gespräch bringt, begegnet es zugleich der weit verbreiteten Tendenz, Meinungsbestätigung statt Meinungs austausch zu suchen. Allgemein bleiben Gleichgesinnte gerne unter sich. In den Bürgergruppen suchen dagegen Personen mit teilweise sehr unterschiedlichen Meinungen gemeinsam nach Lösungen. Von diesem Austausch sind die Ergebnisse des Bürgergutachtens geprägt.

### 3 Organisation und Ablauf des Bürgergutachtens

#### Auswahl der Teilnehmenden und Einladungsverfahren

Die Hauptpersonen beim Bürgergutachten sind die mitwirkenden Bürgerinnen und Bürger. Ihre Kenntnisse und Erfahrungen aus den unterschiedlichsten Lebensbereichen fließen in die Gruppenarbeiten und Diskussionen ein und schaffen somit die Voraussetzung für den Erfolg des Bürgergutachtens. Aus diesem Grund ist eine möglichst heterogene und repräsentative Gruppenzusammensetzung wichtig. Um dies zu erreichen wurden die einzuladenden Bürgerinnen und Bürger durch eine Zufallsstichprobe aus den Einwohnermelde registern ausgewählt.

Da die Einwohnermelderegister bei den jeweiligen Gemeinden geführt werden, wurde für die Stichprobe bei den einzelnen Gemeinden angefragt. Weil insgesamt

nur 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Bürgergutachten teilnehmen konnten, wurde eine Auswahl getroffen, welche die Städte und Gemeinden der Region repräsentieren sollte. Es wurde dabei darauf geachtet, dass Städte, Umland- und Landgemeinden anteilig vertreten waren. Es wurde ebenso beachtet, dass sowohl Kommunen mit vielen als auch Kommunen mit wenigen Einwohnerinnen und Einwohnern ausgewählt wurden. Weiterhin wurden Gemeinden aus dem nördlichen, südlichen, westlichen und östlichen Teil der Region ausgesucht. Die ausgewählten Gemeinden werden in Tabelle 1 aufgezählt.

Die Gemeinden zogen auf Grundlage genauer Vorgaben die Stichproben selbst und gaben die Daten an den Zweckverband Großraum Braunschweig bzw. das Büro KoRiS weiter. Von einer der ausgewählten Kommunen lagen die Stichprobenergebnisse leider nicht rechtzeitig zur Verschickung der Einladungen vor.

Es erhielten insgesamt 2.743 Bürgerinnen und Bürger eine Einladung, von denen 94 Personen teilnahmen. Die Stichproben wurden so durchgeführt, dass jede Person im Alter von 16 bis 80 Jahren mit Erstwohnsitz in den jeweiligen Gemeinden berücksichtigt wurde. Die Auswahl wurde nach Altersklassen gezogen, um sicherzustellen, dass Bürgerinnen und Bürger unterschiedlichen Alters erreicht werden. Der Anteil der Altersklassen entsprach hierbei den tatsächlichen Einwohnerverhältnissen der jeweiligen Gemeinde. Der gesamte Anteil der jeweiligen Altersklassen ist in Abbildung 5 zu sehen.

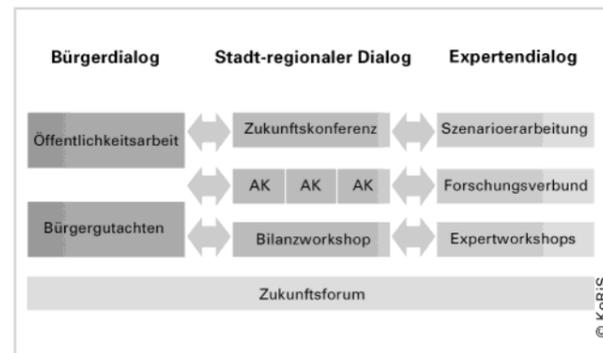


Abb. 3: Die Dialogstränge des Projekts STADT+UM+LAND 2030 Region Braunschweig

Institut für Städtebau und Landschaftsplanung, Technische Universität Braunschweig	Stadt-Landschaft 2030
Institut für Verkehr und Stadtbaugesellschaft, Technische Universität Braunschweig	Mobilitäts-Stadt-Region 2030
Institut für Sozialwissenschaften, Technische Universität Braunschweig	Arbeits-Stadt-Region 2030
Institut für Architektur- und Planungstheorie, Universität Hannover	Wohn- und Versorgungs-Stadt-Region 2030
KoRiS - Kommunikative Stadt- und Regionalentwicklung, Hannover	Kooperative Stadt-Region 2030

Abb. 4: Beteiligte und Forschungsfelder des Expertendialogs im Projekt STADT+UM+LAND 2030 Region Braunschweig

Ausgewählte Städte		
• Stadt Bad Harzburg	• Stadt Goslar	• Samtgemeinde Schöppenstedt
• Samtgemeinde Baddeckenstedt	• Samtgemeinde Hankensbüttel	• Gemeinde Sankt Andreasberg
• Stadt Braunschweig	• Stadt Königslutter	• Gemeinde Vechelde
• Samtgemeinde Brome	• Samtgemeinde Oderwald	• Stadt Vienenburg
• Gemeinde Cremlingen	• Samtgemeinde Papenteich	• Stadt Wolfenbüttel
• Gemeinde Edemissen	• Stadt Peine	• Stadt Wolfsburg
• Stadt Giffhorn	• Stadt Salzgitter	

Tab. 1: Städte und Gemeinden, die um Stichproben gebeten wurden

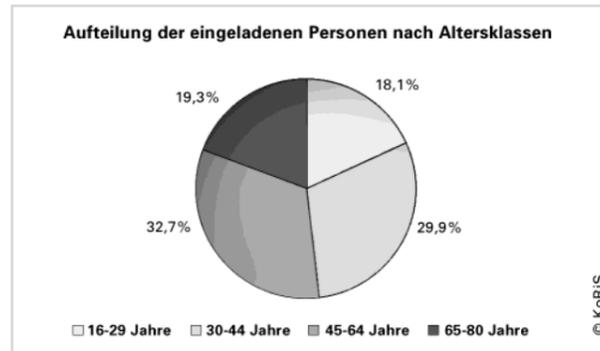


Abb. 5: Aufteilung der eingeladenen Personen nach Altersklassen

Die ausgewählten Personen luden der ZGB und das Büro KoRiS als Prozessbegleitung ein. Das Einladungsschreiben bestand aus einem Schreiben vom ZGB und dem Büro KoRiS, einem Informationsfaltblatt zum Verfahren Bürgergutachten, einem Informationsblatt zum Projekt STADT+UM+LAND 2030 sowie einer portofreien Antwortkarte.

Das Büro KoRiS und der ZGB betreuten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Sie nahmen die Zu- und Absagen entgegen, organisierten die Kinderbetreuung für Elternteile mit Kleinkindern, Schulbefreiungen sowie die Bildung von Fahrgemeinschaften.

**Organisation und zeitlicher Ablauf**

Im Folgenden wird zunächst ein Einblick in die Vorbereitung gegeben und danach das Programm der Bürgergruppen vorgestellt.

Im April 2002 begann das Forschungsvorhaben STADT+UM+LAND 2030 mit seinen drei Dialogsträngen. Organisation und Durchführung des Bürgergutachtens, das wesentliche Element des Bürgerdialogs ist, lagen in der Zuständigkeit des Büros KoRiS. Programmplanung, Festlegung der Informationseingaben, Formulierung von Gruppenarbeiten und Bewertungsbögen erfolgten ebenso wie die Auswertung der Ergebnisse ausschließlich durch das Büro KoRiS. Der ZGB stellte technische, personelle und räumliche Ausstattung für die Durchführung des Bürgergutachtens zur Verfügung.



Abb. 6: Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei der Exkursion

**Veranstaltungsort und Zeitpunkt**

Die fünf Bürgergruppen fanden in den Räumen des ZGB statt. Dies hatte den Vorteil, dass der Veranstaltungsort in Braunschweig für alle Teilnehmenden gut erreichbar war.

Die Bürgergruppen fanden an drei Terminen statt, vom 15.01. bis 18.01.2003, vom 19.02. bis 22.02.2003 und vom 26.02. bis 01.03.2003. Die erste Bürgergruppe war der so genannte Pretest.

**Arbeitsformen und Bewertungsvorgänge**

Für ein optimales Gesamtergebnis wurden im Programmablauf verschiedene Arbeitsformen kombiniert. Dies waren Arbeit in Kleingruppen, im Plenum und Einzelarbeit. Bewertungen gaben die Bürgergutachterinnen und -gutachter in Form von Einzelstellungnahmen oder als Gruppenvotum ab. Um die Anonymität zu gewährleisten, erhielten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu Beginn der Bürgergruppe eine persönliche Arbeitsnummer. Diese schrieben sie auf sämtliche Frage- und Gruppenarbeitsbögen. So konnte bei der Auswertung der Antworten zwar eine Verknüpfung zu statistischen Angaben hergestellt werden, nicht jedoch zu den Namen der Personen.

Die Arbeit in Kleingruppen stellte die wichtigste Arbeitsform dar. Die geringe Personenanzahl der Gruppe ermöglichte es jeder Teilnehmerin und jedem Teilnehmer zu Wort zu kommen. Auch Personen, die es nicht gewohnt sind, in einem größeren Kreis zu sprechen, konnten so ihre Meinung einbringen.

Ziel der Kleingruppen war es, möglichst von allen Kleingruppenmitgliedern getragene Gruppenvoten zu erarbeiten. Durch die Notwendigkeit zur Einigung wird dabei ein Meinungsfindungsprozess in Gang gesetzt.

Konnte sich die Kleingruppe auf einzelne Aspekte nicht einigen, wurden diese als Minderheitenvotum aufgenommen.

Das Bestreben, sich in der Gruppe auf einen gemeinsamen Standpunkt zu einigen, förderte die Bereitschaft, auch andere Meinungen gelten zu lassen und abzuwägen. Um ein einseitiges Meinungsbild und Meinungsführerschaften in den Kleingruppen zu vermeiden, wurde die Zusammensetzung für jede Gruppenarbeit gewechselt.

Insgesamt gab es während der Bürgergruppe 11 Kleingruppenarbeitsphasen. Die Ergebnisse wurden auf den Arbeitsbögen oder auf Wandzeitungen festgehalten. Zum Teil wurden die Kleingruppenergebnisse im Plenum vorgestellt, diskutiert und bewertet.

Im Plenum stellten die Bürgergutachterinnen und -gutachter Nachfragen zu den Referaten, stellten die Kleingruppenergebnisse vor und erörterten und bewerteten die vorher erarbeiteten Ergebnisse. Waren bei den Diskussionen im Plenum einzelne Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit der Formulierung nicht einverstanden, wurde dies als Minderheitenvotum aufgenommen. Die Ergebnisse wurden an Stellwänden festgehalten. Teilweise beurteilten die Bürgerinnen und Bürger die erarbeiteten Ergebnisse in einer Einzelbewertung. Dies geschah z.B. durch Punkten an Stellwänden.

Neben den Plenums- und Kleingruppenarbeiten war die Einzelarbeit eine wichtige Arbeitstechnik. Mit Hilfe von Fragebögen gaben die Bürgergutachterinnen und -gutachter hier ihre persönlichen Erfahrungen und Einschätzungen zu bestimmten Bereichen an. Die Fragebögen bestanden aus standardisierten, teil-standardisierten und offenen Fragen. Der Schwerpunkt lag hierbei auf den standardisierten und teil-standardisierten Fragen.

**Vermittlung von Grundinformationen**

Die Bürgergutachterinnen und -gutachter mussten sich in kurzer Zeit in Themenfelder einarbeiten, die für viele von ihnen neu waren. Sie wurden dabei von Sachverständigen unterstützt, die ihnen in Kurzreferaten die notwendigen Grundinformationen vermittelten. Nachfragen konnten jeweils im Anschluss an den Vortrag gestellt werden. Weder bei den Vorträgen noch bei den Nachfragen wurden durch die Sachverständigen Wertungen vorgenommen. Die Sachverständigen waren in den Bürgergruppen jeweils nur für den Zeitraum von Referat und Nachfragen anwesend. Aufgrund der Einbindung in das Projekt STADT+UM+LAND 2030 bot es sich an, die Experten des Expertendialogs, die bereits zu den jeweiligen Trends forschten, als Sachverständige in das Bürgergutachten einzubinden. Der ZGB übernahm die Einführung in das Projekt STADT+UM+LAND 2030, sowie die Begleitung der Exkursion und die Fachinformation zum Thema Siedlungsstruktur.

Die Referate wurden in leicht verständlicher Sprache vorgetragen und dauerten nicht länger als 20 Minuten. Die Sachverständigen hielten in allen Bürgergruppen identische Vorträge, um die Vergleichbarkeit der Bürgergruppen zu gewährleisten. Nach der Erprobung im Pretest wurden einzelne Vorträge geringfügig verändert. In vier Fällen mussten Sachverständige aus Krankheitsgründen vertreten werden. Durch die schriftliche Fixierung der Referate wurde die Vergleichbarkeit der Vorträge gewährleistet.



Abb. 7: Kleingruppenarbeit



Abb. 8: Vorstellung der Ergebnisse im Plenum



Abb. 9: Bewertungsphase



Abb. 10: Einzelbewertung



Abb. 11: Frau Jürjens informiert zum Thema Wohnen und Versorgung

Sachverständige und Themen der Vorträge		
Thema	Experten	Institution
STADT+UM+LAND 2030	Herr Thom	Zweckverband Großraum Braunschweig
Wohnen und Versorgung	Frau Jürjens Herr Krüger	Institut für Architektur und Planungstheorie, Universität Hannover
Landschaft und Stadt	Herr Schwarzkopf Herr Hasenstab	Institut für Städtebau und Landschaftsplanung, TU Braunschweig
Mobilität	Herr Dr. Schröter	Institut für Verkehr und Stadtbauwesen, TU Braunschweig
Exkursion	Herr Thom	Zweckverband Großraum Braunschweig
Arbeit	Herr Weis	Institut für Sozialwissenschaften, TU Braunschweig
Siedlungsstruktur	Frau Golumbeck	Zweckverband Großraum Braunschweig
Zusammenarbeit und Bürgerengagement	Herr Othengrafen	Büro KoRiS, Hannover

Tab. 2: Sachverständige und Themen der Vorträge

Tagungsbetreuung
<p><b>Tagungsleitung</b></p> <p>Astrid Eblenkamp, Dipl.-Ing. Tanja Frahm, Dipl.-Ing. Dieter Frauenholz, Dipl.-Ing. Annette Krön, Dipl.-Ing.</p> <p><b>Tagungsassistenz</b></p> <p>Marc Tell Frommelius, cand.-Ing. Katharina Alberts, Dipl.-Geogr. Katrin Funke, cand.-Geogr.</p>

Tab. 3: Tagungsbetreuung der Bürgergruppen

**Moderation und Tagungsbetreuung**

Das Tagungsteam, das aus den Tagungsleiterinnen und -leitern sowie den Tagungsassistentinnen und -assistenten bestand, führte durch das Programm der Bürgergruppen und betreute die Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Das Tagungsteam verhielt sich neutral und beeinflusste die Diskussionen nicht inhaltlich.

**Das Arbeitsprogramm**

Das Programm setzte sich aus fünfzehn Arbeitseinheiten (AE) zusammen, die sich auf die vier Tage verteilen (s. Tab. 4). Alle Bürgergruppen wurden nach dem selben Programm durchgeführt. Lediglich die erste Bürgergruppe hatte ein geringfügig anderes Programm, da aufgrund der im Pretest gemachten Erfahrungen das Programm noch einmal leicht verändert wurde.

Zur Strukturierung der Leitbildentwicklung wurden folgende Themen abgegrenzt: Wohnen und Versorgung, Landschaft und Stadt, Mobilität, Arbeit, Siedlungsstruktur sowie Zusammenarbeit und Bürgerengagement. Diese Themen ergaben sich zum einen aus der alltäglichen Lebenswelt der Bürgerinnen und Bürger und zum anderen aus den Forschungsfragen des Projekts STADT+UM+LAND 2030.

Programmablauf der Bürgergruppen	
MITTWOCH	FREITAG
<p><b>AE 1 Begrüßung, Einführung</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Einführung in Thema und Verfahren</li> <li>• Einstellungen zur Region</li> </ul> <p>Pause</p> <p><b>AE 2 Wohnen und Versorgung</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Einführung in das Thema</li> <li>• Welche Probleme ergeben sich in Zukunft?</li> </ul> <p>Mittagspause</p> <p><b>AE 3 Landschaft und Stadt</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Einführung in das Thema</li> <li>• Welche Merkmale soll die Landschaft 2030 nicht aufweisen?</li> </ul> <p>Pause</p> <p><b>AE 4 Mobilität</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Einführung in das Thema</li> <li>• Mobilität der Zukunft</li> <li>• Herausforderungen für die Region</li> </ul>	<p><b>AE 9 Siedlungsstruktur</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Einführung in das Thema</li> <li>• Gewünschte zukünftige Siedlungsstruktur</li> </ul> <p>Pause</p> <p><b>AE 10 Zusammenarbeit und Bürgerengagement</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Einführung in das Thema</li> <li>• Wie soll in Zukunft zusammengearbeitet werden?</li> </ul> <p>Mittagspause</p> <p><b>AE 11 Zukunftsreise</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Rollenspiel</li> </ul> <p>Pause</p> <p><b>AE 12 Leitbildaussagen Teil B</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Leitbildaussagen zu Arbeit, Siedlungsstruktur sowie Zusammenarbeit und Bürgerengagement</li> </ul>
DONNERSTAG	SAMSTAG
<p><b>AE 5 Exkursion</b></p> <p>Pause</p> <p><b>AE 6 Auswertung der Exkursion</b></p> <p>Mittagspause</p> <p><b>AE 7 Leitbildaussagen Teil A</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Leitbildaussagen zu Wohnen und Versorgung, Landschaft und Stadt sowie Mobilität</li> </ul> <p>Pause</p> <p><b>AE 8 Arbeit</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Einführung in das Thema</li> <li>• Die beste Arbeitsmarktregion Deutschlands 2030</li> </ul>	<p><b>AE 13 Zusammenführung der Leitbildaussagen</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Wie stellen wir uns das Leben in der Region zukünftig vor?</li> <li>• Diskussion zum Leitbild</li> </ul> <p>Pause</p> <p><b>AE 14 Wege für die Region</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Diskussion zu Maßnahmen zur Umsetzung des Leitbilds</li> </ul> <p>Mittagspause</p> <p><b>AE 15 Abschluss</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Schlussplenum und Verabschiedung</li> </ul>

Tab. 4: Übersicht über den Programmablauf der Bürgergruppen

## 4 Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer



Abb. 12: Die Bürgerinnen und Bürger: Die Hauptpersonen beim Bürgergutachten



### Bürgergruppen

- 15. - 18. Januar 2003  
Bürgergruppe 1 (15 Teilnehmer)
- 19. - 22. Februar 2003  
Bürgergruppe 2 (22 Teilnehmer)  
Bürgergruppe 3 (21 Teilnehmer)
- 26. Februar - 01. März 2003  
Bürgergruppe 4 (17 Teilnehmer)  
Bürgergruppe 5 (19 Teilnehmer)

Tab. 5: Termine der Bürgergruppen und Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer

### Zusammensetzung der Bürgergruppen

#### 94 Bürgergutachterinnen und -gutachter

Insgesamt nahmen 94 Bürgergutachterinnen und -gutachter an drei Terminen, aufgeteilt in fünf verschiedene Bürgergruppen, über die Dauer von vier Tagen an dem Bürgergutachten teil (s. Tab. 5). Durch kurzfristige Absagen, vor allem bedingt durch Krankheit, ergaben sich unterschiedliche Gruppengrößen.

#### Heterogene Gruppenzusammensetzung<sup>2</sup>

Es nahmen 41 Frauen und 53 Männer an den Bürgergruppen teil. Dies entspricht einem Prozentsatz von

<sup>2</sup> Die folgenden Erläuterungen zur Gruppenzusammensetzung wurden durch freiwillige Angaben der Teilnehmenden ermittelt, die anonym ausgewertet wurden.

43,6 % und 56,4 %. Damit konnte das Geschlechterverhältnis der Region Braunschweig nur annähernd widerspiegelt werden. Dieses Verhältnis liegt bei 51,1 % Frauen und 48,9 % Männern. Gründe liegen, wie aufgrund der Telefonate während des Einladungsverfahrens vermutet werden kann, vor allem darin, dass viele jüngere Frauen aufgrund von Doppelbelastung durch Kinderbetreuung und Arbeit nicht teilnehmen konnten, sowie mehrere ältere Frauen krankheitsbedingt verhindert waren.

Die jüngsten Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren 17, der älteste 76 Jahre alt. Dadurch ergibt sich eine Altersspanne von 60 Jahren. Die Verteilung der Altersklassen in den Bürgergruppen und in der Region sind in den Abbildungen 13 und 14 zu sehen.

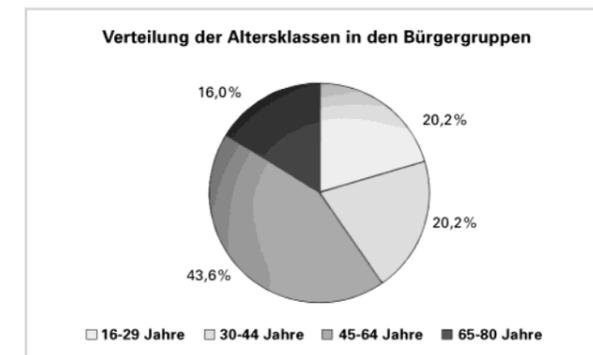


Abb. 13: Verteilung der Altersklassen in den Bürgergruppen

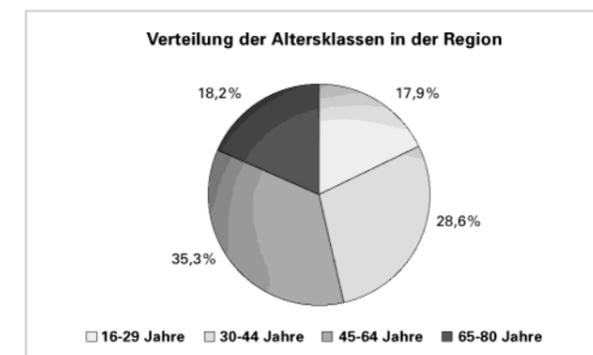


Abb. 14: Verteilung der Altersklassen in der Region

### Berufstätigkeit

38,3 % der Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren Vollzeit- oder Teilzeit-Erwerbstätige, 31,9 % waren in Rente oder im Vorruhestand und 4,3 % arbeitslos. 13,8 % der Bürgergutachterinnen und -gutachter waren Schülerinnen bzw. Schüler oder studieren. Weitere 11,7 % waren derzeit Hausfrauen.

Die meisten der Berufstätigen nahmen regulären Urlaub, um am Bürgergutachten teilnehmen zu können. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhielten für ihre Mitarbeit an den vier Tagen eine Aufwandsentschädigung.

Insgesamt gaben die Bürgergutachterinnen und -gutachter 69 verschiedene Berufe an. Die hohe Heterogenität der Teilnehmenden wird an der Berufsliste (s. Tab 6) gut ersichtlich, die neben den aktuell ausgeübten auch die zuletzt ausgeübten Berufe der nicht (mehr) erwerbstätigen Bürgergutachterinnen und -gutachter enthält. Bei der Berufsangabe waren Mehrfachnennungen möglich. Einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer machten keine Angaben zu ihrer beruflichen Tätigkeit.

Berufe der Bürgergutachterinnen und -gutachter		
• Agraringenieur	• Floristin	• Programmierer
• Angestellte/r	• Gas-Wasser-Installateur	• Psychologin
• Angestellter im öffentl. Dienst	• Gebietsverkaufsleiter	• Regelmechaniker (Meister)
• VW-Arbeiter	• Hausfrau	• Reiseverkehrskauffrau
• Arzthelferin	• Hauswirtschaftsleiterin	• Restaurantfachmann
• Außendienstmitarbeiter	• Industriekaufmann	• Röntgenassistentin
• Auszubildender	• Industriemechaniker	• Schmied
• Bankkauffrau	• Journalist/in	• Schüler/in
• Beamter	• Kauffrau/mann	• Schulleiter
• Bekleidungstechniker	• Kaufmännische Angestellte	• Sekretärin
• Berufsfeuerwehrmann	• Kommunikationselektroniker	• Selbstständige/r
• Chemielaborant	• Kraftfahrer	• Selbstständiger Handwerker
• Chemiker	• Krankenschwester	• Sozialarbeiterin
• Dipl.-Ing. Anlagenbau	• Landwirt	• Sozialpädagogische Betreuerin
• Dipl. Verwaltungswirt/in	• Lehrerin	• Steuer- und Wirtschaftswesen
• Dipl. Wirtschaftsingenieur	• Malerin	• Student/in
• Diplom-Ingenieur	• Maschinenbauingenieur	• Technische Assistentin
• Dozentin bei der VHS	• Maschinenbautechniker	• Technischer Angestellter
• Dreher	• Maschinist	• Versicherungskaufmann
• Einzelhandelskaufmann	• Mechanikermeister	• Verwaltungsangestellte
• Elektroinstallateur	• Pfarramtsekretärin	• Werbefachmann
• Fachreferent für Produktionsplanung	• Pharmazeutisch-Technische Assistentin	• Werkschutzfachkraft
• Fahrer	• Postzustellerin	• Zahnarzt

Tab. 6: Diese Berufe wurden von den Bürgergutachterinnen und -gutachtern angegeben (z.T. Mehrfachnennungen)

**Bildungsabschluss**

17 % der Teilnehmerinnen und Teilnehmer gaben als höchsten Bildungsabschluss einen Haupt- bzw. Volksschulabschluss an, 21,3 % die Mittlere Reife und 16 % das Abitur bzw. die Fachhochschulreife. 33 % der Bürgergutachterinnen und -gutachter haben einen (Fach-) Hochschulabschluss. 7,4 % der Teilnehmerinnen und Teilnehmer gehen noch zur Schule und 5 % haben anderweitige Abschlüsse (s. auch Abb. 15). Vergleichbare Daten für die Region Braunschweig gibt es nicht.

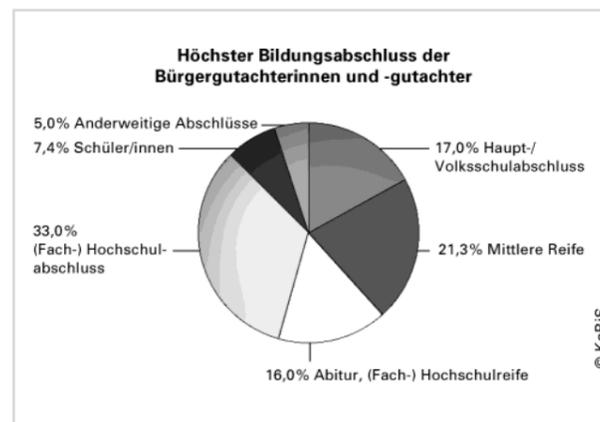


Abb. 15: Höchster Bildungsabschluss der Bürgergutachterinnen und -gutachter

**Herkunft der Bürgergutachterinnen und -gutachter**

Fast ein Viertel der Bürgergutachterinnen und -gutachter kam direkt aus Braunschweig (24,5 %). Große Teile kamen weiterhin aus den Landkreisen Wolfenbüttel (20,4 %) und Gifhorn (18,1 %). Salzgitter war mit 10,6 % der Teilnehmerinnen und Teilnehmer vertreten. Aus Wolfsburg kamen 6,4 %, aus den Landkreisen Peine und Helmstedt jeweils 7,4 % und aus dem Landkreis Goslar 5,3 % (s. auch Abb. 15).

Damit kamen 56,4 % aus dem Raumtyp Stadt, 27,7 % aus dem Raumtyp Umland und 16 % aus dem ländlichen Raum, was in etwa dem Anteil der Raumtypen beim Versand der Einladungen entspricht. Vergleicht man den Anteil an den Teilnehmerinnen und Teilneh-

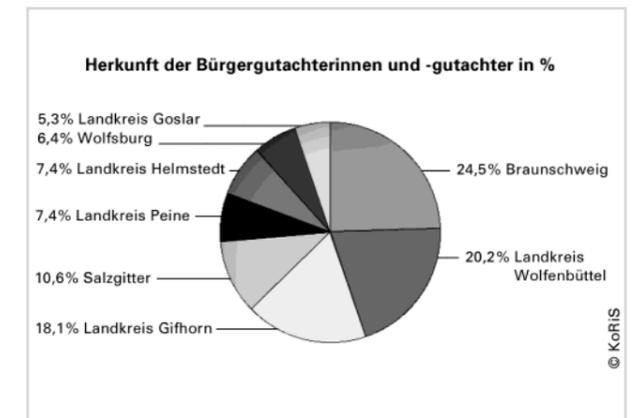


Abb. 16: Herkunft der Bürgergutachterinnen und -gutachter (in %)

Verteilung der Bevölkerung und der Teilnehmenden				
Raumtyp	Orte	Anteil an der Gesamtbevölkerung aller Orte	Anteil an den Teilnehmerinnen und Teilnehmern	
Stadt	Bad Harzburg	2,8 %	1,1 %	
	Gifhorn	5,1 %	3,2 %	
	Goslar	5,3 %	1,1 %	
	Peine	5,8 %	4,3 %	
	Wolfenbüttel	6,4 %	5,3 %	
	Salzgitter	13,5 %	10,6 %	
	Wolfsburg	14,5 %	6,4 %	
	Braunschweig gesamt	29,3 %	24,5 %	
	Umland	Vienenburg	1,4 %	3,2 %
	Cremlingen	1,4 %	4,3 %	
Edemissen	1,4 %	3,2 %		
Brome	1,7 %	0 %		
Vechelde	1,8 %	0 %		
Königslutter	2,0 %	7,4 %		
Papenteich gesamt	2,5 %	9,6 %		
Land	Sankt Andreasberg	0,3 %	0 %	
Oderwald	0,8 %	5,3 %		
Hankensbüttel	1,2 %	5,3 %		
Schöppenstedt	1,3 %	3,2 %		
Baddeckenstedt gesamt	1,3 %	2,1 %		
insgesamt*		99,8 %	100,1 %	

\*Abweichungen von 100 % sind durch Rundungen bedingt

Tab. 7: Verteilung der Bevölkerung und der Teilnehmenden auf die einzelnen Orte

mern mit dem Anteil an der Gesamtbevölkerung aller Orte sind die Raumtypen Umland und Land überproportional vertreten (vgl. Tab. 7). Dies wurde bereits bei der Stichprobenziehung bewusst veranlasst, damit auch der ländliche Raum und das Umland vertreten werden und die Bürgergutachterinnen und -gutachter für die gesamte Region sprechen können.

**Bürgerschaftliches Engagement**

Für die Einordnung des Bürgergutachtens ist es aufschlussreich zu wissen, wie viele der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sich auch sonst bürgerschaftlich engagieren. Hierzu wurde die Zugehörigkeit zu Vereinen, Parteien, Bürgerinitiativen abgefragt. 69,1 % der Bürgergutachterinnen und -gutachter sind Mitglied in einem Verein, 10,6 % Mitglied in einer Partei und 4,3 % Mitglied in einer Bürgerinitiative. Weiterhin sind zwei Personen Mitglied in einer Gewerkschaft und eine Person Mitglied im Studierendenparlament (s. auch Abb. 17). 26,6 % der Bürgergutachterinnen und -gutachter sind weder in einem Verein noch in einer Partei oder Bürgerinitiative aktiv. Im Vergleich hierzu sind 28 % der Bevölkerung der Bundesrepublik ab 16 Jahre ehrenamtlich aktiv und 49 % Mitglied in einem Verein, einer Partei oder einer Bürgerinitiative.

An Planungsprozessen haben sich bereits 43 % der Teilnehmerinnen und Teilnehmer beteiligt, 25,8 % an Bürgerversammlungen, 17,2 % an Bürgerbeteiligungen bei Planungsverfahren, sowie 9,7 % an Bürgerforen. Jeweils 7,5 % der Bürgergutachterinnen und -gutachter haben an Planungswerkstätten und Stadtteilkonferenzen teilgenommen und 4,3 % an einer Bürgerbeteiligung über das Internet.

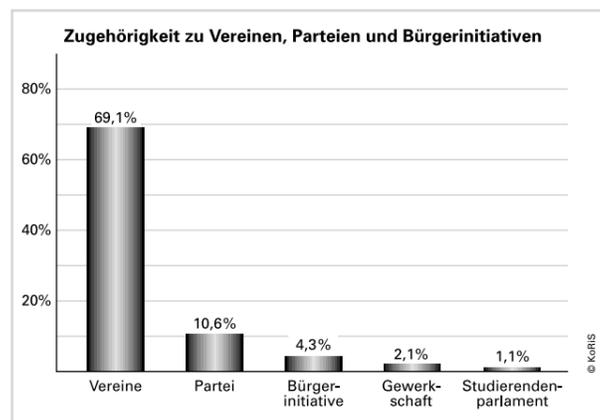


Abb. 17: Zugehörigkeit zu Vereinen, Parteien und Bürgerinitiativen

Es zeigt sich, dass zwar viele der Teilnehmenden des Bürgergutachtens bürgerschaftlich aktiv sind aber gut ein Viertel der Bürgergutachterinnen und -gutachter vorher nicht ehrenamtlich oder bürgerschaftlich engagiert war. Es wurde also auch die Personengruppe erreicht, die nicht ohnehin an einer derartigen Veranstaltung teilnehmen würde.

**Ausländeranteil**

In der Region leben 7,8 % Ausländerinnen und Ausländer. Es wird erwartet, dass dieser Anteil infolge der EU-Osterweiterung steigen wird. Deshalb war es wichtig, auch ihre Belange in ein Leitbild für die Zukunft der Region Braunschweig einfließen zu lassen. Daher war es ein Anliegen, dass auch diese Bevölkerungsgruppe an dem Bürgergutachten teilnimmt. 8,3 % der 94 Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Bürgergutachtens haben eine ausländische Staatsbürgerschaft. Sie kommen aus Luxemburg, Österreich, China, Brasilien, Serbien, der Mongolei und der Türkei. Neben diesen Teilnehmerinnen und Teilnehmern nahm außerdem eine Person mit doppelter Staatsbürgerschaft (Deutsch und Polnisch) teil.



Abb. 18: Bürgergutachterinnen und -gutachter in einer Kleingruppe

**Zusammenfassende Einschätzung der Repräsentativität**  
Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Bürgergutachterinnen und -gutachter ein gutes Abbild der Bevölkerung der Region geben; Menschen unterschiedlicher Altersklassen, gesellschaftlicher Schichten und Berufszweige sowie Nationen waren in einem Maße an der Erstellung dieses Gutachtens beteiligt, das mit geringen Einschränkungen dem Verhältnis in der Gesamtbevölkerung entspricht. Sie können daher beanspruchen, stellvertretend für die Bevölkerung der Region Braunschweig zu sprechen.

**Einstellung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zur Region**

Insgesamt ist festzustellen, dass sich die Bürgergutachterinnen und -gutachter in der Region wohl fühlen. Der

Einschätzung der Wohnorte und der Gesamtregion								
		1	2	3	4	5	keine Angabe	Mittelwert
Wohlbefinden	Wohnort	28,7	51,1	16,0	4,3	0	0	2,0
	Region	11,7	55,3	27,7	1,1	1,1	3,2	2,2
Wohnsituation	Wohnort	17,0	47,9	92,8	3,2	1,1	1,1	2,2
	Region	3,2	54,3	31,9	5,3	0	5,3	2,4
Freizeitangebot	Wohnort	5,3	30,9	40,4	14,9	8,5	0	2,9
	Region	7,4	40,4	39,4	9,6	2,1	1,1	2,6
Einkaufsmöglichkeiten	Wohnort	14,9	36,2	22,3	6,4	20,2	0	2,8
	Region	17,0	52,1	22,3	6,4	0	2,1	2,2
Verkehrssituation	Wohnort	7,4	33,0	34,0	22,3	3,1	0	2,8
	Region	6,4	22,3	44,7	20,2	5,3	1,1	3,0
Zusammenarbeit der Städte und Gemeinden	Region	0	8,5	54,3	21,3	6,4	9,6	3,3

1 = sehr gut 5 = sehr schlecht

Tab. 8: Einschätzung ihres Wohnortes und der Gesamtregion durch die Bürgergutachterinnen und -gutachter in %

Mittelwert für das Wohlbefinden liegt bei einer Skala von 1 bis 5 (1 = sehr wohl und 5 = gar nicht wohl) bei 2,2 (s. Tab. 8). Interessant ist dabei auch, dass 44,7 % der Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihr gesamtes bisheriges Leben in der Region Braunschweig verbracht haben und daher sehr stark mit ihr verbunden sind. Die Wohnsituation wird von den meisten Bürgergutachterinnen und -gutachtern sowohl in ihrem Wohnort als auch in der Region als gut bezeichnet. In der Region liegt der Mittelwert bei 2,4, für die jeweiligen Wohnorte bei 2,2. Das Freizeitangebot wird insgesamt als gut bis befriedigend eingestuft. Das Freizeitangebot in der gesamten Region wird etwas besser beurteilt (Mittelwert 2,6) als in den jeweiligen Wohnorten (Mittelwert 2,9). Hinsichtlich der Einkaufsmöglichkeiten werden die Wohnorte sehr unterschiedlich beurteilt. Die durchschnittliche Beurteilung liegt bei 2,8. Die Einkaufsmöglichkeiten in der gesamten Region werden besser eingestuft und bekommen einen Durchschnittswert von 2,2. Die Verkehrssituation wird eher als befriedigend eingeschätzt. Gerade in der Region wird sie teilweise auch als schlecht beurteilt. So liegt der Mittelwert der Region bei 3,0 und der der Wohnorte bei 2,8.

Bei der Frage in welchen vorgegebenen Bereichen ihrer Ansicht nach etwas verbessert werden sollte, gab fast die Hälfte der Bürgergutachterinnen und -gutachter die Verkehrsanbindung (44,7 %) und die Verkehrssituation (43,6 %) in der Region an. Außerdem sehen 44,7 % die Zusammenarbeit unter den Städten und Gemeinden als verbesserungswürdig. Ein Drittel der Teilnehmerinnen und Teilnehmer möchte ein besseres Kulturangebot in der Region (33 %). Jeweils 30,9 % wünschen sich Verbesserungen im Freizeit- sowie im Schul- und Ausbildungsangebot und jeweils 29,8 % im Weiterbildungsangebot und im Landschaftsbild. Gut ein Fünftel der Bürgergutachterinnen und -gutachter sieht Verbesserungsmöglichkeiten im Bereich der Lebensqualität (22,3 %) und jeweils 19,1 % bei den Naherholungs- und Einkaufsmöglichkeiten. Das Kinderbetreuungsangebot in der Region halten 17 % für verbesserungswürdig.

**Szenario 2030 aus Bürgersicht**

Die Bürgergutachterinnen und -gutachter konnten aus vorgegebenen Möglichkeiten auswählen, wie die Region im Jahr 2030 aussehen könnte. Nach ihren Antworten stellt sich der Großteil der Bürgergutachterin-

### Gewünschte Merkmale der Region für 2030

- |                                    |  |   |
|------------------------------------|--|---|
| • Gutes Verkehrsangebot            | • Weniger Bürokratie                               | • Gute soziale Absicherung  |
| • Lebenswerte Region               | • Ausreichende Arbeits- und Ausbildungsplätze      | • Bevölkerungsrückgang  |
| • Zukunftsperspektiven             | • Gutes Kultur- und Freizeitangebot                | • Jugend und Landwirtschaft   |
| • Viele verkehrsberuhigte Bereiche | • Mehr Möglichkeiten zum Ehrenamt                  | • Keine Leerstände  |
| • Seniorengerechte Region          | • Attraktiver Wirtschafts- und Forschungsstandort  | • Hohe Bevölkerungsrate   |
| • Moderne Architektur              | • Gute Infrastruktur und Versorgungsmöglichkeiten  | • Gutes Wohnen sowohl in den Innenstädten als auch in der Region              |
| • Parkplätze in den Städten        | • Intakte Landschaft mit Naherholungsmöglichkeiten | • Gute Zusammenarbeit in der Region und Vermarktung der Region nach außerhalb |
| • Kinderfreundliche Region         |  |   |
| • Braunschweiger Schloss           |  |   |
| • Gute Bildungsmöglichkeiten       |  |   |
| • Viele junge Menschen             |  |   |

Tab. 9: Merkmale, die die Region aus Sicht der Bürgergutachterinnen und -gutachter im Jahr 2030 aufweisen sollte

nen und -gutachter die Region im Jahr 2030 folgendermaßen vor: Es werden weniger Menschen in der Region leben und von diesen werden mehr Menschen in den Städten wohnen. Ein Großteil der Bewohnerinnen und Bewohner der Region wird alt sein. Kleinere Supermärkte und Lebensmittelläden gibt es nicht mehr. Es wird eine höhere Arbeitslosigkeit in der Region geben. Einzelne Städte und Gemeinden haben sich zusammengeschlossen. In den Städten werden leer stehende Häuser abgerissen und das Verkehrsaufkommen hat zugenommen. Ehrenamtliches Engagement wird wichtiger sein und die EU-Osterweiterung hat der Region neue wirtschaftliche Impulse gebracht. Dass im VW-Werk fast nur noch Roboter arbeiten oder dass VW seinen Standort ins Ausland verlagert hat, glauben die meisten Bürgergutachterinnen und -gutachter hingegen nicht. Ebenso wenig glauben sie, dass es 2030 fast nur noch Autos geben wird, die mit Pflanzenöl fahren.

### Wichtige Orte und Wahrzeichen der Region Braunschweig

Als wichtigste Orte und Wahrzeichen der Region kennzeichneten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer besonders häufig die größeren Städte, vor allem Braunschweig, Goslar, Bad Harzburg, Wolfenbüttel und Wolfsburg. Sehr häufig wurden das VW-Werk in Wolfsburg, die AutoStadt Wolfsburg und das Mühlenmuseum Gifhorn genannt. Weitere Wahrzeichen, die häufiger vermerkt wurden, sind die Burg Braunschweig, die Herzog-August-Bibliothek in Wolfenbüttel, das Otterzentrum in Hankensbüttel, der Dom zu Braunschweig, der Dom zu Königslutter, der Braunschweiger Löwe und die Salzgitter AG. Außerdem wurden mehrmals die Kaiser-

pfalz Goslar, die Altstadt Goslars und der Brocken benannt. Weitere Wahrzeichen, die lediglich von ein bis drei Teilnehmerinnen und Teilnehmern benannt wurden, finden sich zusammen mit den bereits genannten in der Tabelle 10. Als Naherholungs- bzw. Naturgebiete wurden besonders häufig der Harz und der Elm genannt.

### Regionale Wahrzeichen

- |   |                                  |  |
|---|----------------------------------|--|
| • VW-Werk Wolfsburg (16)                    | • Solebad Salzgitter (3)         | • TU Braunschweig (1)                                      |
| • AutoStadt Wolfsburg (11)                  | • MAN Salzgitter (2)             | • VW-Halle Braunschweig (1)                                |
| • Mühlenmuseum Gifhorn (10)                 | • Stahlwerk Peine (2)            | • Bundesliga-Fußballvereine Wolfsburg und Braunschweig (1) |
| • Herzog-August-Bibliothek Wolfenbüttel (8) | • Rieseberg (2)                  | • Atomuhr Braunschweig (1)                                 |
| • Burganlage Braunschweig (8)               | • Brockenbahn (2)                | • Heinrich der Löwe (1)                                    |
| • Dom zu Braunschweig (7)                   | • Alte Universität Helmstedt (2) | • Altstadt Gifhorn (1)                                     |
| • Dom zu Königslutter (7)                   | • Grenzlandmuseum Helmstedt (2)  | • Dom zu Goslar (1)  |
| • Otterzentrum Hankensbüttel (7)            | • Planetarium Wolfsburg (2)      | • Okertalsperre (1)  |
| • Braunschweiger Löwe (5)                   | • Schloss Wolfsburg (1)          | • Kloster Isenhagen (1)                                    |
| • Salzgitter AG (5)                         | • Badeland Wolfsburg (1)         | • Till Eulenspiegel (1)                                    |
| • Kaiserpfalz Goslar (4)                    | • Schlossmuseum Wolfenbüttel (1) | • Alte Werlaburg (1)                                       |
| • Altstadt Goslar (4)                       | • Schloss Wolfenbüttel (1)       | • Spielbank Bad Harzburg (1)                               |
| • Rammelsberg (4)                           | • Theater Wolfenbüttel (1)       |  |
| • Brocken (4)                               | • Altstadt Wolfenbüttel (1)      |  |
| • Altstadt Braunschweig (3)                 | • FH Wolfenbüttel (1)            |  |
|   | • Jägermeister Wolfenbüttel (1)  |  |

Tab. 10: Regionale Wahrzeichen der Region Braunschweig (Anzahl der Nennungen)

## 5 Verfahrensbewertung durch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Sowohl während der Bürgergruppe als auch zum Abschluss hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Möglichkeit, ihre Meinung zum Ablauf der Bürgergruppe und zum Verfahren Bürgergutachten mitzuteilen.

### Mehrheitlich positiver Eindruck

97,9 % der Bürgergutachterinnen und -gutachter halten das Bürgergutachten für eine gute Methode, um Bürgerinnen und Bürger in die Überlegungen und Planungen zur Entwicklung der Region Braunschweig einzubeziehen. 98,9 % der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind der Ansicht, dass weitere Bürgergutachten zur Weiterentwicklung der Region Braunschweig durchgeführt werden sollten, da auf diese Art und Weise Bürgerinnen und Bürger sich in Planungen in der Region mit ihren Vorschlägen, Ideen und Meinungen einbringen können. Weitere Vorteile der Methode Bürgergutachten sehen sie darin, dass es eine gute Informations- und Diskussionsplattform darstellt und sowohl das Verständnis als auch das Interesse für Planungen weckt.

71,3 % der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind der Meinung, dass der Aufwand zur Erstellung des Bürgergutachtens im Verhältnis zum erreichten Ziel angemessen ist. 22,3 % denken, dass der Aufwand im Verhältnis sehr gering ist und 6,4 % halten den Aufwand für zu hoch.

14,9 % der Bürgergutachterinnen und -gutachter finden, dass ihre eigenen Vorstellungen sehr gut in die Ergebnisse der Bürgergruppen eingeflossen sind. Weitere 76,6 % beurteilen dies als gut, 6,4 % als befriedigend und 2,1 % als schlecht (s. Abb. 18). Viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer (44,7 %) sind der Ansicht, dass jede einzelne Meinung gehört und berücksichtigt wurde und Vorschläge von der Gruppe toleriert und diskutiert wurden.

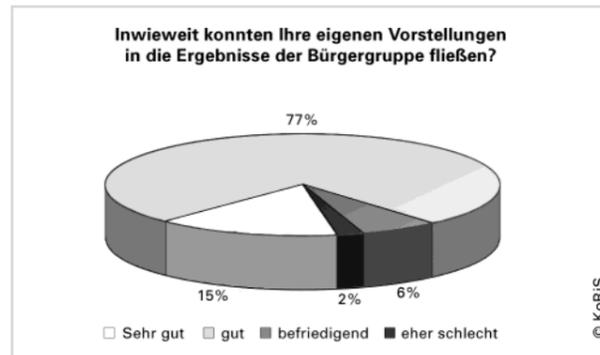


Abb. 19: Beurteilung der Möglichkeit die eigenen Vorstellungen einzubringen (N = 94)

71,3 % finden, dass alle wichtigen Themen in der Bürgergruppe angesprochen wurden. 27,7 % fehlten einzelne Themenbereiche. Genannt wurden unter anderem Bildung, Jugend, Soziales und Kultur. 20,2 % der Bürgergutachterinnen und -gutachter denken, dass es ihrer jeweiligen Bürgergruppe sehr gut gelungen ist, ein regionales Leitbild aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger zu entwickeln. 66 % finden ihr erarbeitetes Leitbild gut und 13,8 % befriedigend.

Besonders gut gefallen haben den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Zusammenarbeit und die Diskussionen in den Kleingruppen (24,5 %), die gute Struktur des Ablaufs (19,1 %) und die Moderation (16 %). Weitere Nennungen waren eine angenehme Arbeitsatmosphäre, die vielseitige Zusammensetzung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, Themenvielfalt, Berücksichtigung jedes Teilnehmers und Exkursion (s. Tab. 11).

Positive Elemente der Bürgergruppen	
Was hat Ihnen besonders gut gefallen?	Anteil der Teilnehmenden
Zusammenarbeit und Diskussion in den Arbeitsgruppen	24,4 %
Organisation, Strukturierung der Arbeitsschritte	19,1 %
Moderation, Betreuung bzw. Betreuungsteam	15,9 %
Angenehme Atmosphäre	9,6 %
Vielseitige Zusammensetzung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer	7,4 %
Themenstellung und Themenvielfalt	6,4 %
Exkursion	6,4 %
Berücksichtigung jeder Meinung/jedes Teilnehmers	6,4 %
Zukunftsreise	5,3 %
Vorträge, Referenten	3,2 %

Tab. 11: Nennungen der Bürgergutachterinnen und -gutachter zu positiven Elementen der Bürgergruppen

Weniger gut gefallen hat einem Teil der Bürgergutachterinnen und -gutachter die knappe Zeit für die Gruppenarbeiten (17 %), Rahmenbedingungen wie das Mittagessen oder zugige Räume (12,8 %) und dass einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer versuchten, ihre Meinung dominant durchzusetzen (9,6 %) (s. Tab. 12).

Negative Elemente der Bürgergruppen	
Was hat Ihnen weniger gut gefallen?	Anteil der Teilnehmenden
Zu wenig Zeit für Gruppenarbeit und Diskussionen	17,0 %
Störende Rahmenbedingungen (Mittagessen, Zugluft im Raum etc.)	12,8 %
Einige Teilnehmer versuchten, ihre Meinung dominant durchzusetzen	9,6 %

Tab. 12: Nennungen der Bürgergutachterinnen und -gutachter zu negativen Elementen der Bürgergruppen

Als Anregungen für künftige Bürgergutachten schlugen die Bürgergutachterinnen und -gutachter vor, mehr Zeit für Gruppenarbeiten und Diskussionen zu lassen (10,6 %), Bürgergutachten zu speziellen Themen durchzuführen (10,6 %) und mehr Öffentlichkeitsarbeit im Vorfeld zu leisten (3,2 %). Ein Teil der Teilnehmerinnen und Teilnehmer ist der Meinung, dass weitere Bürgergutachten in derselben Form durchgeführt werden sollten (10,6 %).

### Zufriedenheit mit dem Ablauf der Veranstaltung

Insgesamt betrachtet hat 42,6 % der Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Bürgergruppe sehr gut und 53,2 % gut gefallen. 4,3 % fanden die Bürgergruppe befriedigend (s. Abb. 20). Für 29,8 % wurden die Erwartungen, die sie an die Bürgergruppe hatten, übertroffen. 51,1 % haben angegeben, dass ihre Erwartungen erfüllt wurden und für 4,3 % wurden die Erwartungen nicht erfüllt. 16 % hatten keine speziellen Erwartungen.

77,7 % der Bürgergutachterinnen und -gutachter sind der Auffassung, dass die Teilnehmerstruktur ihrer jeweiligen Bürgergruppe ausreichend gemischt war. Gefehlt haben den Teilnehmerinnen und Teilnehmern eine stärkere Vertretung von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, jüngeren Menschen und Berufstätigen.

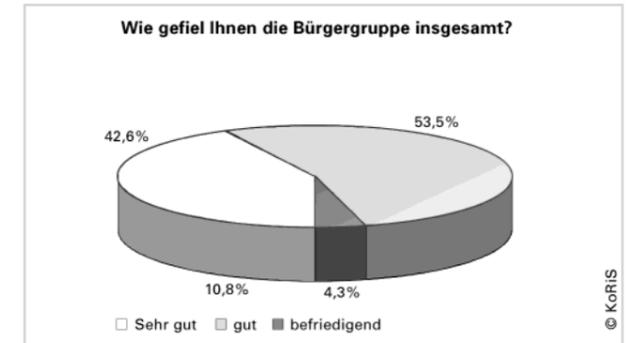


Abb. 20: Zufriedenheit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit der Bürgergruppe

Damit eine ausgewogenere Teilnehmerstruktur erreicht werden kann, sollte nach Ansicht der Bürgergutachterinnen und -gutachter vor allen Dingen Bildungsurlaub für die Teilnahme am Bürgergutachten gewährleistet werden<sup>3</sup>. Dieser Meinung sind 67 % der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Bürgergutachtens.

Die Dauer der Bürgergruppe empfanden 62,8 % der Teilnehmerinnen und Teilnehmer als genau richtig, 33 % hätten lieber mehr Zeit gehabt. Die meisten hiervon hätten eine Dauer zwischen fünf und sieben Tagen bevorzugt.

Bei der Beurteilung der zeitlichen Aufteilung der Bürgergruppe waren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer insgesamt zufrieden. Einige Teilnehmende hätten lieber mehr Zeit im Plenum gehabt, andere mehr Zeit in den Kleingruppen und wiederum andere mehr Zeit für die Fragebögen oder Referate, der Großteil der Bürgergutachterinnen und -gutachter fand die zeitliche Dauer aber richtig.

Die Informationsvermittlung durch die Referentinnen und Referenten wurde positiv beurteilt. 85,1 % der Teilnehmerinnen und Teilnehmer fanden, dass die Vorträge gut für die Diskussion und Leitbildentwicklung genutzt werden konnten. Für 84 % waren die Vorträge gut verständlich. 16 % der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter fanden zwar, dass die Referate die Diskussion teilweise dominierten, aber gut zwei Drittel (68,1 %) waren der Meinung, dass die Referate die Diskussion bereicherten.

<sup>3</sup> Leider ist es in Niedersachsen nicht möglich Bildungsurlaub für die Teilnahme an einer Bürgergruppe zu bekommen (vgl. NbildUG i. d. F. vom 25. Januar 1991 zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Dezember 1999).

**Gruppenarbeiten und Moderation**

Die Arbeit in den Kleingruppen wird von den Bürgergutachterinnen und Bürgergutachtern insgesamt positiv eingeschätzt. 22,3 % fanden die Kleingruppe informativ und interessant und aufgrund der wechselnden Zusammensetzung abwechslungsreich. Weitere 22,3 % gaben an, dass eine angenehme und gute Atmosphäre herrschte. Als engagiert, zielorientiert, konstruktiv und anregend empfanden 19,1 % der Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Arbeit in den Arbeitsgruppen. Als schwierig stufte 11,7 % der Bürgergutachterinnen und -gutachter die Zusammenarbeit ein und merkten an, dass die Ergebnisse von der Zusammensetzung der Arbeitsgruppe abhängen.

Die Möglichkeit Minderheitenvoten einzubringen, wurde von knapp einem Drittel der Teilnehmerinnen und Teilnehmer als sehr gut empfunden (28,7 %), da so jede Meinung berücksichtigt werden konnte. 57,4 % fanden diese Möglichkeit gut, 6,4 % befriedigend, 1,1 % eher schlecht und 6,8 % machten hierzu keine Angaben. Die Beurteilung der Moderation durch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer fällt überwiegend positiv aus. 95,7 % der Bürgergutachterinnen und -gutachter empfanden, dass das Betreuungsteam für eine angenehme Arbeitsatmosphäre sorgte. Des Weiteren sind 92,6 % der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Ansicht, dass die Anweisungen des Betreuungsteams verständlich waren und 89,4 % geben an, dass sie die Moderation als sicher empfanden. Die Diskussionen wurden von 75,5 % der Bürgergutachterinnen und -gutachter als gut strukturiert eingeschätzt.

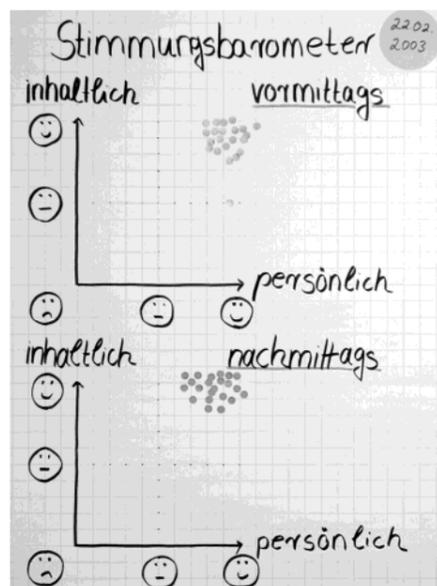


Abb. 21: Stimmungsbarometer

**Interessiert an weiterer Beteiligung**

89,4 % der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Bürgergutachtens würden gerne auch in Zukunft ehrenamtlich im Bereich des Projektes STADT+UM+LAND 2030 mitarbeiten. 60,7 % dieser Bürgergutachterinnen und -gutachter sehen eine weiterführende Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, 67,9 % eine Mitarbeit bei Arbeitskreisen und 65,5 % eine Mitarbeit in konkreten Projekten als Methoden an, bei denen sie sich gerne beteiligen würden (s. Abb. 22).

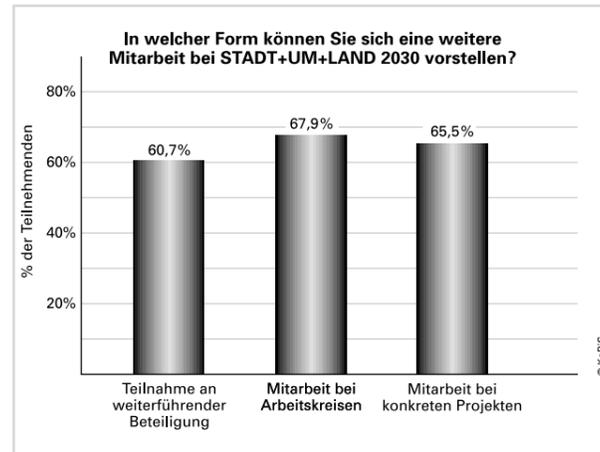


Abb. 22: Interesse der Bürgergutachterinnen und -gutachter an weiterer Mitarbeit bei STADT+UM+LAND 2030

**Einzelne Reaktionen im Wortlaut**

„Ich habe mich in dieser Gruppe wohl gefühlt. Es gab niemanden, der etwas gewaltsam durchsetzen wollte. Wir haben gut miteinander diskutiert und immer einen Konsens gefunden. Jeder in der Gruppe war teamfähig.“

„Noch mehr Kleingruppenarbeit. Die Leute fühlen sich im kleinen Kreis wohler, reden mehr, sind konstruktiver.“

„Die Kombination aus Kleingruppen, Plenum und Fragebögen lockt Meinungen aus Menschen, die ungern vor Publikum sprechen, genauso wie Menschen, die ungern Fragebögen beantworten.“

„Die Bedeutung der Bürgergruppe ist mir klar geworden. Die gute Zusammenarbeit hat mir sehr gut gefallen.“

„Die Leitbilder wurden insgesamt häufig nicht präzise genug erfasst, aber es wurde dennoch produktiv gearbeitet und vor allem gut strukturiert.“

„Die Bürger wachsen durch das Bürgergutachten stärker mit der Region zusammen und fühlen sich für die Region verantwortlich.“

„Die Bürger bekamen durch die Referate ein Bild über die Situation und letztendlich müssen ja die Bürger vermehrt in der Region leben und somit sollten sie auch Wünsche äußern dürfen.“

„Die Gruppe hat sich einheitlich für mehr Bürgerbeteiligung entschieden. Das Bürgergutachten ist eine der vielfältigen Möglichkeiten. In der Zukunft muss mehr Bürgerbeteiligung stattfinden.“



Abb. 23: Bürgergutachter beim Abschiedsumtrunk

**6 Abstimmung mit den Bürgergutachterinnen und -gutachtern**

In das Bürgergutachten wurden als Empfehlungen sämtliche Aussagen aufgenommen, für die sich in den fünf Bürgergruppen eine eindeutige Mehrheit der Teilnehmenden in Einzel- oder Gruppenbewertungen ausgesprochen hat. Es sind außerdem Punkte und Anregungen enthalten, die von mindestens zwei Bürgergruppen ergänzt wurden und nicht im Widerspruch zu den Empfehlungen anderer Bürgergruppen stehen.

Um die korrekte Wiedergabe der Aussagen von Seiten der Teilnehmenden rückzukoppeln, wurde eine vorläufige Kurzfassung der Ergebnisse an alle 94 Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter versandt und ihnen Gelegenheit gegeben auf einem vorbereiteten Fragebogen oder in anderer schriftlicher Form Stellung zu nehmen. Von dieser Möglichkeit machten 56 Bürgergutachterinnen und -gutachter Gebrauch. Alle diese Teilnehmerinnen und Teilnehmer stimmten den Leitbildaussagen der Kurzfassung grundsätzlich zu.

In der Kurzfassung der Ergebnisse fanden 46 der Personen, die geantwortet haben, keine Leitbildaussage, die sie persönlich nicht unterstützen würden (82 %). 35 (63 %) Personen stimmten den Aussagen vorbehaltlos zu, 11 Personen hatten zu einzelnen Leitbildaussagen noch Anmerkungen. 10 Bürgergutachterinnen und -gutachter widersprachen einzelnen Leitbildaussagen. Ein großer Teil der Anmerkungen brauchte nicht ergänzt zu werden, da er in der Gesamtfassung des Bürgergutachtens ohnehin vorgesehen war. In anderen Fällen führten die Anmerkungen zu kleineren textlichen Korrekturen. Vier Leitbildaussagen wurden geringfügig verändert, so z.B. Aussage F 7 „Die Forschung hat einen hohen Stellenwert, die technische Entwicklung wird genutzt“, bei der die Zusammenarbeit der TU Braunschweig und der Fachhochschulen mit der Industrie ergänzt wurde. Die Anmerkungen der Bürgergutachterinnen und -gutachter sind insgesamt in der ausführlichen Fassung des Bürgergutachtens berücksichtigt. Hier wird bei den einzelnen Aussagen erläutert, wie viele Bürgergruppen die Aussagen genannt haben und wie wichtig sie damit den Bürgergutachterinnen und -gutachtern sind. Bei vier Leitbildaussagen wurden in der Langfassung zusätzlich Anmerkungen ergänzt.

## II Ergebnisse

### 1 Wohnen und Versorgung

Die Wohn- und Versorgungssituation prägt maßgeblich die Lebensqualität in der Region Braunschweig. Durch den Bevölkerungsrückgang in der Region und die allgemeinen Entwicklungen im Einzelhandel und auf dem Wohnungsmarkt werden sowohl im Bereich Wohnen als auch im Bereich Versorgung Probleme durch Leerstände erwartet.

Zwei Experten führten durch ein Referat zu der derzeitigen Situation in der Region Braunschweig und den möglichen Trends für das Jahr 2030 in das Thema Wohnen und Versorgung ein. Die Bürgergutachterinnen und -gutachter erarbeiteten in Kleingruppen, wie sich die erwarteten Entwicklungen im Bereich Wohnen und Versorgung für das Jahr 2030 auf verschiedene Personen in unterschiedlichen Lebenssituationen auswirken



Abb. 24: Einführung in das Thema Wohnen und Versorgung

könnten. Im Anschluss wurden die Ergebnisse im Plenum vorgestellt und diskutiert. Des Weiteren nannten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Herausforderungen für die Region im Jahr 2030 und entwickelten Leitbildaussagen und Maßnahmen zum Thema Wohnen und Versorgung. Das Themenfeld wurde zusätzlich im Rahmen der Exkursion und der Zukunftsreise angesprochen.

#### 1.1 Einschätzung der Gegenwart

Mit einem Fragebogen wurden die Bürgergutachterinnen und -gutachter zu ihrer Zufriedenheit mit ihrer derzeitigen Wohn- und Versorgungssituation befragt.

##### Zufriedenheit mit der derzeitigen Wohnlage

88,3 % der Befragten sind mit ihrer derzeitigen Wohnsituation zufrieden. Diese Zufriedenheit bezieht sich vor allem auf Lagevorteile wie z. B. Naturnähe, eine zentrale Lage oder eine ruhige Lage. Weitere Gründe für die Zufriedenheit sind ausreichende Einkaufsmöglichkeiten, soziale Kontakte sowie eine gute Infrastruktur. 43 % der mit ihrer Wohnsituation zufriedenen Teilnehmerinnen und Teilnehmer wohnen in einer eher städtischen Gegend, 55,7 % in einer eher ländlichen Gegend. 1,3 % bezeichnen ihre Wohnsituation sowohl als städtisch als auch als ländlich.

2,1 % der Bürgergutachterinnen und -gutachter haben sowohl Gründe zur Zufriedenheit als auch zur Unzufriedenheit mit ihrer Wohnsituation und 9,6 % wohnen nicht gerne so wie sie im Augenblick wohnen. Die Unzufriedenheit bezieht sich vor allen Dingen auf die eigene Wohnung, die Verkehrsanbindung und den Verkehrslärm. Sechs der mit ihrer Wohnsituation unzufriedenen Teilnehmerinnen und Teilnehmer wohnen in einem Dorf,

zwei in einer größeren Stadt und eine bzw. einer in einer kleineren Stadt. Sechs bezeichnen ihre Wohnsituation als ländlich und drei als städtisch. Des Weiteren wohnen fünf der Unzufriedenen in einer Wohnung, zwei in einem Einfamilienhaus und jeweils eine bzw. einer in einem Reihenhaus bzw. Doppelhaus.

46,8 % der Bürgergutachterinnen und -gutachter rechnen ihren Wohnort einem Dorf zu, 25,5 % einer kleineren Stadt und 27,7 % einer größeren Stadt. Dementsprechend beschreiben 54,3 % ihre Wohnsituation als ländlich und 40,4 % als städtisch. 4,3 % machten keine Angaben und 1,1 % stufen ihr Wohnumfeld sowohl als städtisch als auch als ländlich ein.

In einem Einfamilienhaus wohnen 47,9 % der Bürgergutachterinnen und -gutachter, in einer Wohnung 35,1 %. 4,3 % wohnen in einem Doppelhaus und 11,7 % in einem Reihenhaus. 1,1 % machten keine Angaben. Demgegenüber wohnten in der Region Braunschweig 2001 47,1 % der Bevölkerung in Ein- und Zweifamilienhäusern und 52,9 % in Wohnungen<sup>4</sup>.



Abb. 25: Größe der Wohnorte der Bürgergutachterinnen und -gutachter

##### Einkauf hauptsächlich in Lebensmittelfachgeschäften und Supermärkten

Die Bürgergutachterinnen und -gutachter kaufen zu relativ gleichen Anteilen in Lebensmittelfachgeschäften (59,6 %) und in größeren Supermärkten (57,4 %) ein. Etwas seltener versorgen sie sich in kleineren Supermärkten (48,9 %) und auf Wochenmärkten (46,8 %). Weniger Teilnehmerinnen und Teilnehmer kaufen in Einkaufszentren ein (33 %). 24,5 % der Bürgergutachterinnen und -gutachter kaufen einmal pro Woche ein, 35,1 % zweimal pro Woche und 40,4 % kaufen mehr als zweimal pro Woche ein.

<sup>4</sup> Als Ein- und Zweifamilienhäuser werden hier Wohngebäude mit ein oder zwei Wohnungen verstanden, als Wohnungen werden Wohnungen in Wohngebäuden mit drei und mehr Wohnungen angesehen. Wohnungen in Gebäuden mit vollständiger oder teilweiser Wohnheimnutzung werden in diesem Fall nicht beachtet.



Abb. 26: Einkaufsorte der Bürgergutachterinnen und -gutachter

##### Bäcker, Kioske und Kinderspielplätze im Wohnumfeld gewünscht

Die Bürgergutachterinnen und -gutachter wünschen sich insbesondere Bäcker, Kioske und Kinderspielplätze in der Nähe ihrer Wohnung. Aber auch Fleischer, Obst- und Gemüseläden, Supermärkte, Postfilialen, Grundschulen, Kindergärten und ganztägige Kinderbetreuungen sollten möglichst im Wohnumfeld liegen. Eine nicht so große Bedeutung besitzen für die Bürgergutachterinnen und -gutachter hingegen Friseure, Baumärkte, Bekleidungsgeschäfte, Theater, Kinos, Büchereien, Bürgerämter, Altersheime sowie Real- und Berufsschulen. So können nach Meinung der Bürgergutachterinnen und -gutachter Baumärkte, Bekleidungsgeschäfte, Theater und Kinos mit dem Auto in mehr als 20 Minuten Entfernung liegen. In einer Entfernung zwischen 10 und 20 Fußminuten sollten Wochenmärkte, Ärzte, Sportstätten, Wochenmärkte, Hauptschulen, Gymnasien und Gesamtschulen liegen.

##### Im Wohnumfeld fehlende Geschäfte

37,2 % der Bürgergutachterinnen und -gutachter sind mit der Ausstattung ihres Wohnumfelds an Geschäften und Einrichtungen zufrieden. 62,8 % fehlen einige Geschäfte und Einrichtungen. Am häufigsten mangelt es an Einzelhandelsgeschäften, Fachgeschäften und Postfilialen. Ebenso wurde das Fehlen von Bäckern, Fleischern, Baumärkten, Ärzten und Bekleidungsgeschäften bemängelt.

Aufschlussreich ist auch hier die Verknüpfung von Zufriedenheit mit der Wohnsituation und dem Fehlen von Geschäften: 53,3 % derjenigen, denen Geschäfte in ihrer Wohnumgebung fehlten, wohnen in einem Dorf, 25 % in einer kleineren Stadt und 21,7 % in einer größeren Stadt. Weiterhin wohnen 50 % der nicht mit der Ausstattung an Geschäften und Einrichtungen Zufriedenen am Ortsrand, 45 % in der Ortsmitte und 5 % machten hierzu keine Angaben. Es ist also zu sehen, dass zwar

Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag
1 Begrüßung und Einführung	5 Exkursion	9 Siedlungsstruktur	13 Zusammenführung der Leitbildaussagen
2 Wohnen und Versorgung	6 Auswertung Exkursion	10 Zusammenarbeit und Bürgerengagement	14 Wege für die Region
3 Landschaft und Stadt	7 Leitbildaussagen Teil A	11 Zukunftsreise	15 Abschluss
4 Mobilität / Sammlung von Herausforderungen	8 Arbeit	12 Leitbildaussagen Teil B	

Tab. 13: Arbeitseinheiten mit Bezug zum Thema Wohnen und Versorgung (dunkelgrau hinterlegt)

die Größe der Städte sich verständlicherweise auf die Ausstattung mit Geschäften und Einrichtungen auswirkt aber z. B. die Wohnsituation am Ortsrand oder in der Ortsmitte sich interessanterweise nicht so stark auswirkt.

### 1.2 Zukunftserwartungen

#### Wohnen 2030 am Ortsrand

Für das Jahr 2030 erwartet die Mehrheit der Bürgergutachterinnen und -gutachter, dass mehr Menschen als heute an den Ortsrändern wohnen werden (81,2 %). Die größeren Städte werden nach Ansicht von 42,6 % der Bürgergutachterinnen und -gutachter die Gewinner der demographischen Entwicklung sein. 33,9 % sind der Meinung, dass mehr Menschen in Kleinstädten wohnen werden und 23,5 % erwarten, dass in den ländlichen Gemeinden mehr Menschen wohnen werden.

Als beliebteste Wohnformen im Jahr 2030 werden Wohnungen und Einfamilienhäuser vermutet. 52,1 % der Bürgergutachterinnen und -gutachter erwarten, dass mehr Menschen in einer Wohnung wohnen und 45,7 %, dass mehr Menschen in einem Einfamilienhaus wohnen werden. Dass mehr Menschen 2030 in generationsübergreifenden Wohnformen leben werden, erwarten 28,7 % der Bürgergutachterinnen und -gutachter.

Probleme mit leer stehendem Wohnraum wird es nach Ansicht der Bürgergutachterinnen und -gutachter hauptsächlich in der Stadt geben (71,3 %). 48,9 % gehen davon aus, dass es auch auf dem Land Leerstände geben wird und 18,1 % sind der Meinung, dass es im Umland Probleme mit leer stehendem Wohnraum geben wird. Dass es kaum Leerstände geben wird, erwarten 3,2 % der Bürgergutachterinnen und -gutachter.

#### Leerstände führen zur Vereinsamung

Leerstände von Wohnungen, die im Jahr 2030 wahrscheinlich vermehrt auftreten werden, führen nach Meinung der Bürgergutachterinnen und -gutachter für viele Personen zur Vereinsamung und dem Verlust von sozialen Kontakten. Besonders betroffen sind hiervon immobile Personen, die nur begrenzt die Möglichkeit haben, ihr Wohnumfeld zu verlassen. Allgemeine Folgen können aus Sicht der Bürgergutachterinnen und -gutachter soziale Spannungen und Brennpunkte sein, aber auch eine schlechtere Wohnqualität. Die Abwanderung der Bessergestellten und Mobilen könnte sich verstärken und in der Folge noch mehr Wohnraum leer stehen. Weitere Folgen werden darin gesehen, dass die Nebenkosten steigen, während die Mieten und Immobilienwerte sinken. Die Bürgergutachterinnen und -gutachter

befürchten, dass im schlimmsten Fall die Häuser verfallen.

#### Versorgung 2030 an den Stadträndern

Orte mit weniger als 5.000 Einwohnerinnen und Einwohnern werden nach Meinung der meisten Bürgergutachterinnen und -gutachter im Jahr 2030 hinsichtlich der Versorgung eher schlecht dastehen. 50 % erwarten, dass es 2030 in den kleineren Orten keine Lebensmitteläden geben wird, sondern die nächsten Einkaufsmöglichkeiten weiter entfernt sein werden. 26,6 % gehen davon aus, dass es zwar noch Lebensmitteläden geben wird, diese aber eingeschränkte Öffnungszeiten haben werden. Immerhin ein Fünftel der Bürgergutachterinnen und -gutachter bescheinigt den kleineren Orten eine gute Zukunft: 19,1 % sind der Auffassung, dass es im Jahr 2030 weiterhin Lebensmitteläden in Orten mit weniger als 5.000 Einwohnerinnen und Einwohnern geben wird. 4,2 % machten keine Angaben.



Abb. 27: Ein Bürgergutachter bei der Vorstellung der Ergebnisse

Bei der Frage nach den Standorten von Einzelhandelsgeschäften werden die Stadtränder nach Ansicht der Bürgergutachterinnen und -gutachter eindeutige Gewinner sein. 65,9 % aller Bürgergutachterinnen und -gutachter erwarten, dass sich dort Einkaufsmöglichkeiten für den täglichen Bedarf befinden werden, 35,1 % denken weiterhin, dass Einkaufsmöglichkeiten in den Umlandgemeinden der großen Städte sein werden und 31,9 % meinen, dass es Einkaufsmöglichkeiten für den täglichen Bedarf auch in den Innenstädten der großen Städte geben wird. 28,7 % glauben, dass auch an Autobahnkreuzen oder anderen verkehrsgünstigen Standorten Güter des täglichen Bedarfs angeboten werden. Nur 4,1 % der Bürgergutachterinnen und -gutachter sind der Meinung, dass es in allen Orten Einkaufsmöglichkeiten für den täglichen Bedarf geben wird. Weitere Einzelnenungen für Standorte waren zusätzlich noch Parkplätze, Einkaufsmöglichkeiten durch mobile Verkaufswagen, Grund- und Mittelzentren, Stadtteilzentren und das Internet.

91,4 % der Bürgergutachterinnen und -gutachter meinen, dass das Einkaufen über das Internet oder Telefon in rund 25 Jahren weit verbreitet sein wird, 6,5 % denken dies nicht und 3,2 % können hierzu nichts sagen.

#### Mangelnde Versorgungsangebote führen zur Verringerung der Lebensqualität

Viele Versorgungsangebote sind für die meisten Personen gleichermaßen wichtig. Die Bürgergutachterinnen und -gutachter benannten als wichtigste Angebote Ärzte und Apotheken sowie Einkaufsmöglichkeiten für den täglichen Bedarf. Auch Bank- und Postfilialen sowie Sport- und Freizeiteinrichtungen sind ihrer Meinung nach für alle Personengruppen wünschenswert, allerdings nicht ganz so wichtig. Speziellere Versorgungsdienste sind Pflegedienste für ältere und kranke Personen sowie Kindergärten und Schulen für Kinder. Weiterhin wurden Orte zur Kontaktaufnahme wie Cafés und Gaststätten genannt.

Der Trend im Bereich Versorgung geht dahin, dass soziale Einrichtungen unterausgelastet sind und eventuell sogar geschlossen werden müssen. Gleiches gilt für Geschäfte. In allen Bürgergruppen war man sich einig, dass dies für alle Personen eine Verminderung der Lebensqualität bedeutet, da der Organisationsaufwand steigt und die zurückzulegenden Wege länger werden. Ein weiterer wichtiger Punkt war für die Bürgergutachterinnen und -gutachter, dass sich dadurch auch die Kontakt- und Kommunikationsmöglichkeiten verschlechtern. Für immobile Bevölkerungsgruppen wird die Situation als noch gravierender eingeschätzt, da sie auf die Unterstützung durch andere angewiesen sind und, wenn dies nicht gegeben ist, sie im Extremfall sogar gezwungen sind, umzuziehen.

Die weiteren Wege könnten nach Ansicht der Bürgergutachterinnen und -gutachter für einige Personen zu der Entscheidung führen, sich ein zweites Auto anzuschaffen, da die Einkäufe ohne Auto nicht mehr erledigt werden können. Insgesamt steigen dadurch auch die Kosten für die Versorgung.

#### Infrastruktur erhalten, Veränderungen in der Gesellschaft anstoßen

Bei den Überlegungen, was geschehen müsste, um die Ansprüche an das Wohnen und die Versorgung zu erfüllen, war es den Bürgergutachterinnen und -gutachtern wichtig, dass versucht wird, die sozialen Einrichtungen und Geschäfte sowie die Infrastruktur zu erhalten. Sollte dies nicht gelingen, sollten mobile Pflege- und Versorgungsdienste Ersatz schaffen. Beim Einkaufen könnten nach Ansicht der Bürgergutachterinnen und -gutachter auch der Versandhandel und das Internet für einige Personengruppen eine Alternative bieten.

Für Personen ohne Auto ist es nach Auffassung der Bürgergutachterinnen und -gutachter wichtig, dass der ÖPNV preisgünstig ist und häufig fährt. Vor allen Dingen individuellere Möglichkeiten des öffentlichen Verkehrs wären ihrer Meinung nach hierfür gut geeignet. Ein weiterer wichtiger Aspekt, um die negativen Auswirkungen der Trends in den Bereichen Wohnen und Versorgung für die davon Betroffenen aufzufangen, ist nach Auffassung der Bürgergutachterinnen und -gutachter, dass die Gesellschaft sich ändern sollte. Die Bürgergutachterinnen und -gutachter wünschen sich, dass stärker sozial gedacht und gehandelt wird. Gleichzeitig erwarten die Teilnehmenden aber auch mehr Bereitschaft zu Flexibilität ggf. "Mut zum Umziehen".

#### Möglichkeiten, die Ansprüche und Bedürfnisse an die Wohn- und Versorgungssituation zu erfüllen

• Mehr Solidarität und Hilfsbereitschaft	4 (8)*	• Flexibleres Wohnen	1 (1)
• Guter ÖPNV	3 (5)	• Erweiterte Kommunikationsmöglichkeiten (Internet)	1 (1)
• Gewährleistung der Nahversorgung	3 (3)	• Persönlicher Umzug	1 (1)
• Erhaltung der Infrastruktur	3 (3)	• Attraktivere Gestaltung des Wohnortes	1 (1)
• Soziale Einrichtungen und Begegnungsstätten	2 (2)	• Förderung des Kleingewerbes	1 (1)
• Mobile Versorgungs- und Pflegedienste	1 (2)	• Arbeitsplatz am Wohnort	1 (1)
• Versorgung über Versandhandel	1 (1)		

\* Die Zahlen bedeuten Nennung in N Bürgergruppen (in N Kleingruppen) Gesamtzahl der Bürgergruppen: 5; Kleingruppen: 20

Tab. 14: Möglichkeiten, die Ansprüche und Bedürfnisse an die Wohn- und Versorgungssituation zu erfüllen (Nennungen der Bürgergruppen, Gesamtzahl der Bürgergruppen: 5; Kleingruppen: 20)

Wichtigste Herausforderungen für die Region im Jahr 2030 im Bereich Wohnen und Versorgung			
• Wohnortnahe Versorgung sichern	5(31)*	• Bessere Infrastruktur in ländlichen Gemeinden	2 (2)
• Attraktivität der Innenstädte erhalten	4 (8)	• Soziale Einrichtungen fördern	2 (2)
• Zusammenleben der Generationen fördern	3 (8)	• Erschwingliche Mieten und Wohnpreise	1 (1)
• Lebenswertes Wohnumfeld schaffen	4 (7)	• Verkehrsanbindung sichern	1 (2)
• Weitere Zersiedlung verhindern	3 (6)	• Mit Bevölkerungsrückgang umgehen	1 (2)
• Ghettobildung vermeiden	4 (5)	• Wohnumfeld für Kinder und Jugendliche	1 (1)
• Gute Nachbarschaft/Miteinander	2 (5)	• Isolation vermeiden	1 (1)
• Lebensqualität erhalten	3 (4)	• Kultur und Freizeitangebote einrichten	1 (1)
• Funktionsmischung bewirken	3 (4)	• Naherholungsgebiete schaffen	1 (1)
• Gute Wohnqualität schaffen	2 (4)	• Sicherheit erhalten	1 (1)
• Leerstand vermeiden	2 (2)		

\* Die Zahlen bedeuten Nennung in N Bürgergruppen (in N Kleingruppen) Gesamtzahl der Bürgergruppen: 5; Bürgergutachter: 94

Tab. 15: Wichtigste Herausforderungen für die Region im Jahr 2030 im Bereich Wohnen und Versorgung nach Ansicht der Bürgergutachterinnen und -gutachter

### 1.3 Herausforderungen

Von jedem Einzelnen wurden die wichtigsten Herausforderungen für die Region im Jahr 2030 für die Bereiche Wohnen und Versorgung, Landschaft und Stadt und Mobilität abgefragt. Die Nennungen der Bürgergutachterinnen und -gutachter zum Bereich Wohnen und Versorgung sind in Tabelle 15 dargestellt.

#### Grundversorgung im Wohnumfeld sichern

Die wichtigste Herausforderung liegt nach Meinung der Bürgerinnen und Bürger im Bereich Wohnen und Versorgung darin, die wohnortnahe Grundversorgung zu sichern, sowohl bezogen auf das Einkaufen als auch auf die medizinische Versorgung und sozialen Dienste. Dies gilt nach Ansicht der Teilnehmenden insbesondere in kleineren Gemeinden, in denen alternative Versorgungskonzepte gefunden werden müssen und die Infrastruktur verbessert bzw. erhalten werden sollte.

#### Attraktivität der Innenstädte erhalten und wiederbeleben

Weitere wichtige Herausforderungen sehen die Bürgergutachterinnen und -gutachter darin, die Attraktivität von Innenstädten zu erhalten bzw. wiederzubeleben, das Wohnumfeld lebenswert zu gestalten und gute Nachbarschaften zu ermöglichen. Hierzu gehört es auch, Ghettos zu vermeiden und die Kluft zwischen Arm und Reich zu verringern. Dabei ist es im Bereich Wohnen nach Meinung der Bürgergutachterinnen und -gut-

achter auch wichtig, Jung und Alt beim Wohnen zusammenzubringen und das Zusammenleben der Generationen zu fördern.

#### Wohn- und Lebensqualität verbessern

Auch der mögliche Leerstand von Wohnungen birgt aus Sicht der Bürgergutachterinnen und -gutachter wichtige Herausforderungen, da es zur Vereinsamung kommen kann und auch die Wohn- und Lebensqualität sinkt. Weiterhin wird es eine Herausforderung sein, erschwingliche Preise und Mieten zu gewährleisten.

#### Zersiedlung entgegenwirken

Für neue Wohngebiete nicht zu viel neues Bauland auszuweisen und die Zersiedlung nicht weiter voranzutreiben, ist nach Meinung der Bürgergutachterinnen und -gutachter auch eine Herausforderung, der begegnet werden muss. Hierbei benennen die Bürgergutachterinnen und -gutachter z. B. Naherholungsgebiete und die Planung von Baugebieten, in denen Wohnen und Arbeiten gemischt sind, sich aber nicht gegenseitig beeinträchtigen. Genauso ist es nach Ansicht einiger Bürgergutachterinnen und -gutachter wichtig, dass bei den Baugebieten eine Verkehrsanbindung gesichert und der ÖPNV ausgeweitet wird.

### 1.4 Leitbildaussagen “Wohnen und Versorgung”

Aus den Zukunftseinschätzungen heraus entwickelten die Bürgergutachterinnen und -gutachter erste Leitbildaussagen zum Thema Wohnen und Versorgung. Diese Leitbildaussagen wurden von den Teilnehmenden am letzten Tag noch einmal überprüft und zum Teil geändert. Dabei wurden Anregungen aus der Zukunftsreise aufgegriffen. Im Folgenden sind die gemeinsamen Leitbildaussagen aller Bürgergruppen dargestellt.

*Kursiv dargestellte Aussagen sind Aussagen, die nur von ein bis zwei Bürgergruppen getroffen wurden, oder Vorstellungen, die in der Zukunftsreise geäußert wurden.*

#### A 1 Verschiedene Generationen leben miteinander

Allen Bürgergruppen ist daran gelegen, dass im Jahr 2030 in der Region Braunschweig die älteren Menschen nicht abgeschottet in “Seniorenghettos” wohnen. Stattdessen sollen Alt und Jung in guten Nachbarschaften miteinander leben und einander gegenseitig unterstützen. So könnten z. B. die Älteren zeitweise auf die Kinder aufpassen, während die Jüngeren im Gegenzug Einkäufe und Besorgungen für die Älteren erledigen.

#### A 2 Die verschiedenen Kulturen leben harmonisch zusammen

Die Bürgergutachterinnen und -gutachter wünschen sich, dass deutsche und ausländische Mitbürger räumlich nahe beieinander und auch miteinander leben. Die Wohngebiete sollen gemischt sein und es sollen keine gesonderten Wohngebiete für einzelne Nationen existieren.

*Von mehreren Bürgergutachterinnen und -gutachtern wurde beim Rückmeldeverfahren hierzu angemerkt, dass dies nicht mit dem Zwang gemischt zu wohnen gleichgesetzt ist, sondern dass die Wohngebiete Möglichkeiten bieten sollen, dass verschiedene Nationen zusammenleben können. Die Entscheidung hierzu muss von den Bewohnerinnen und Bewohnern selbst kommen.*

#### A 3 Bedarfsgerechter und finanzierbarer Wohnraum für alle

Nach den Vorstellungen der Bürgerinnen und Bürger sollte insbesondere auch Wohnraum für Alleinerziehende und Singles sowie für betreutes Wohnen und Wohngemeinschaften für Ältere zur Verfügung stehen.

#### A 4 Sozial durchmischte Wohngebiete

Eine weitere Empfehlung der Bürgergutachterinnen und -gutachter ist, dass verschiedene soziale Schichten in gemeinsamen Wohngebieten gemischt leben sollen. Auf diese Weise können Problemquartiere vermieden werden.

*Von einigen Bürgergutachterinnen und -gutachtern wurde beim Rückmeldeverfahren hierzu angemerkt, dass diese Leitbildaussage nur schwer zu realisieren ist.*

#### Es gibt eine hohe Zahl an Alten-Wohngemeinschaften

In den Zukunftsreisen wurde die Idee der Alten-Wohngemeinschaften aufgenommen. In zwei der Bürgergruppen wurde die Verbreitung dieser Wohnform im Jahr 2030 als wünschenswert bezeichnet, da hier zum einen die Möglichkeit für ältere Menschen gesehen wird, weiterhin soziale Kontakte aufrecht zu erhalten und sich gegenseitig zu helfen und zum anderen auch finanzielle Vorteile gesehen werden.

#### B 1 Die Grundversorgung ist in Wohnnähe möglich

Aus Sicht der Bürgergutachterinnen und -gutachter muss die Lebensmittelversorgung und die medizinische Versorgung im Wohnumfeld gesichert und aktiv erhalten werden.

*In zwei der Bürgergruppen wurde hierzu angemerkt, dass in kleineren Orten, wo dies nicht möglich ist, die Versorgung mobil z. B. durch fahrende Läden oder Bringdienste, das Internet oder andere Medien geschehen könnte. Zwei Bürgergruppen betonten zusätzlich, dass es auch soziale Einrichtungen, wie Altenbetreuung und Sozialdienste, in Wohnnähe geben sollte.*

#### B 2 Es gibt ein vielfältiges Freizeit- und Kulturangebot in der Region

Alle Bürgergruppen sehen es als wichtig an, dass es Kultur- und Freizeitangebote für alle Bevölkerungsgruppen gibt, also sowohl für Ältere als auch für Jüngere. Wo Freizeit- oder Sporteinrichtungen fehlen, sollen neue geschaffen werden. Kultur- und Sozialangebote sollten erhalten und gefördert werden.

#### Bildung und Betreuung in der Schule sind gut

Zum Bereich Schule gab es mehrere Nennungen in einzelnen Bürgergruppen. Wichtig war den Bürgergutachterinnen und -gutachtern hier vor allem, dass die Schulbildung gut ist, die Kinder ganztags betreut werden und die Schulen im Wohnumfeld liegen und gefahrlos erreichbar sind. Eine Bürgergruppe fände es auch gut,

wenn die Eltern an den Schulen die Möglichkeit hätten nachmittags mitzuarbeiten. Eine Bürgergruppe schlug Gespräche zwischen Alt und Jung in Schulen vor, die das Verständnis der Generationen fördern sollen. Auch die Erziehung zur Pflege und Erhaltung von Gemeingütern war hier ein wichtiges Thema.

### 1.5 Maßnahmen

Es wurden neben den Leitbildaussagen auch Maßnahmen erarbeitet, die notwendig sind, um die Leitbildaussagen umzusetzen. Die Bürgergutachterinnen und -gutachter wählten aus den erarbeiteten Maßnahmen die wichtigsten aus und nannten für diese, welche Schritte man für die Umsetzung ergreifen müsste. Im Folgenden werden zunächst die Maßnahmen, die von den Bürgergutachterinnen und -gutachtern in den einzelnen Bürgergruppen als wichtigste Maßnahmen für den Bereich Wohnen und Versorgung ausgewählt wurden, ausführlicher beschrieben und daraufhin allgemein die für den Bereich Wohnen und Versorgung erarbeiteten Maßnahmen dargestellt.

#### Wichtigste Maßnahmen zum Bereich Wohnen und Versorgung

Von den Bürgergutachterinnen und -gutachtern wurden für den Bereich Wohnen und Versorgung neun prioritäre Maßnahmen benannt.

##### Förderung des Einzelhandels und Mittelstands

Damit die Versorgung auch im Jahr 2030 noch gewährleistet werden kann, sollen aus Sicht der Bürgergutachterinnen und -gutachter der Einzelhandel und der Mittelstand gefördert und angesiedelt werden. Dies soll durch Steuererleichterungen und Unterstützung von Betriebsgründungen geschehen. Zuständig dafür ist nach Ansicht der Bürgergutachterinnen und -gutachter der Staat.

##### Die Städte schaffen Wohnraum für generationsübergreifendes Wohnen

Um zu erreichen, dass die verschiedenen Generationen zusammenleben, schlagen die Bürgergutachterinnen und -gutachter unter anderem vor, dass die Städte Wohnraum für generationsübergreifendes Wohnen schaffen sollten. Dazu sollten Bauämter und Wohnungsbau-gesellschaften eine Mischbebauung schaffen und vorhandenen Wohnraum entsprechend umgestalten. Die zukünftigen Nutzer sollen in die Umgestaltung des vorhandenen Wohnraums einbezogen werden. Die

Stadt- und Gemeindeverwaltung sollte unter Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger das generationsübergreifende Wohnen sowie die Ansiedlung von Einzelhandel im Nahbereich fördern.

##### Verbesserung der Kinder- und Altenbetreuung

Beim Thema Versorgung ist es den Bürgerinnen und Bürgern wichtig, dass es Ganztagsbetreuungen für Kinder und Jugendliche gibt. Dafür müssen Personal und Räume zur Verfügung gestellt werden. Die Kommunen sollten geeignete Einrichtungen schaffen, aber auch Eigeninitiative und Bürgerengagement halten die Bürgergutachterinnen und -gutachter in diesem Bereich für notwendig.

Für eine verbesserte Kinderbetreuung empfehlen die Bürgergutachterinnen und -gutachter eine ausreichende Anzahl an Kindergartenplätzen. Diese ausreichende Anzahl soll durch soziale Einrichtungen eingerichtet aber auch durch Elternengagement erreicht werden. Betriebe sollten den Angestellten für ihre Kinder einen Betriebskindergarten zur Verfügung stellen. Des Weiteren halten es die Teilnehmerinnen und Teilnehmer für notwendig, dass die Bürgerschaft aktiv wird, um die Kinderbetreuung aber auch die Altenbetreuung zu verbessern.

##### Erziehung zu Toleranz

Erziehung zur Toleranz ist nach Ansicht der Bürgergutachterinnen und -gutachter notwendig, um ein harmonisches Zusammenleben in den Quartieren zu gewährleisten. Die Toleranz soll durch eine frühestmögliche und fortwährende Information und Erziehung, die in Familien, Kindergärten, Schulen und Ausbildungsstätten betrieben wird, gefördert werden. Jeder sollte sich als Vorbild verhalten.

##### Sicherung der Aufstiegschancen und Arbeitsplätze für Erziehende

Erziehende Elternteile müssen nach Ansicht der Bürgergutachterinnen und -gutachter die gleichen Aufstiegschancen haben wie Nicht-Erziehende. Auch der Arbeitsplatzverlust muss gewährleistet sein, so dass Erziehungszeiten sich nicht negativ für die Eltern auswirken. Um dies zu erreichen, schlagen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer vor, Krippen bzw. Kindertagesstätten in der Nähe von Arbeitsplätzen bzw. in den Betrieben selber einzurichten, sowie die Älteren in die Kinderbetreuung einzubeziehen. In diesem Bereich halten die Bürgergutachterinnen und -gutachter die Zusammenarbeit zwischen Bürgern, Kommunen und Wirtschaft für sehr wichtig.

#### Wichtigste Maßnahmen zum Bereich Wohnen und Versorgung

##### Maßnahme

- Förderung des Einzelhandels und Mittelstands
  - Mittelstand fördern und Einzelhandel
  - Ansiedlung des Einzelhandels
- Die Städte schaffen Wohnraum für generationsübergreifendes Wohnen
- Verbesserung der Kinder- und Altenbetreuung
  - Ganztagsbetreuung für Kinder und Jugendliche
  - Kinderbetreuung verbessern
  - Kinder- und Altenbetreuung verbessern
- Erziehung zu Toleranz
- Sicherung der Aufstiegschancen und Arbeitsplätze für Erziehende
- Kulturabbau stoppen
- Gemischte und bedarfsgerechte Grundriss- und Quartiersgestaltung
- Gute Planung

Tab. 16: Wichtigste Maßnahmen zum Bereich Wohnen und Versorgung (Die Maßnahmen "Förderung des Einzelhandels" und "Verbesserung der Kinder- und Altenbetreuung" wurden aus Vorschlägen von zwei bzw. drei Kleingruppen zusammengefasst)

##### Kulturabbau stoppen

Nach Meinung der Bürgergutachterinnen und -gutachter sollte der Kulturabbau in der Region gestoppt werden. Sie plädieren für eine Befragung zum Kulturabbau und zur Verbesserung der bestehenden Einrichtungen. Um die Kultur in der Region mehr zu unterstützen, sollten Fördervereine gegründet werden.

##### Gemischte und bedarfsgerechte Grundriss- und Quartiersgestaltung

Für eine gemischte und bedarfsgerechte Grundriss- und Quartiersgestaltung müssen aus Sicht der Bürgergutachterinnen und -gutachter die Planungsämter als Erstes ein Konzept erarbeiten und dieses bekannt machen. Im Zusammenhang mit der Bekanntgabe soll das Konzept diskutiert werden, z. B. in Agenda-Gruppen und Bürgerversammlungen. Nach der Diskussion von Seiten der Bürgerschaft sollen dann politische Gremien die Entscheidung über die Pläne treffen und diese daraufhin umgesetzt werden.

##### Gute Planung

Damit die Bereiche Wohnen und Versorgung zufriedenstellend gestaltet werden können, muss nach Meinung der Teilnehmenden auch die Planung gut sein. Um dies zu erreichen, schlagen die Bürgergutachterinnen und -gutachter vor, vorher Meinungsumfragen in der Bürgerschaft durchzuführen.

**Maßnahmenvorschläge zum Thema Wohnen und Versorgung**

**Verschiedene Generationen leben zusammen**

- Belegungssteuerung der Wohneinheiten
- Die Städte schaffen Wohnraum für generationsübergreifendes Wohnen
- Gemischte und bedarfsgerechte (den Nutzern angepasste) Grundriss- und Quartiersgestaltung
- Erziehung zur Toleranz
- Förderung von ehrenamtlichen Tätigkeiten
- Verständnis zwischen Alt und Jung
- Senioren laden Jugend ein, Jugend lädt Senioren ein
- Selbst aktiv werden; Hilfe anbieten
- Breit gefächertes Wohnraumangebot

**Die verschiedenen Kulturen leben harmonisch zusammen**

- Gemischte und bedarfsgerechte (den Nutzern angepasste) Grundriss- und Quartiersgestaltung
- Erziehung zur Toleranz
- Breit gefächertes Wohnraumangebot

**Sozial durchmischte Wohngebiete**

- Mischbebauung herbeiführen
- Gemischte Bebauung; keine Hochhäuser
- Gezielte Bauleitplanung

**Die Grundversorgung ist in Wohnnähe möglich**

- Ansiedlung des Einzelhandels
- Mittelstand fördern
- Mobile Dienste
- Einrichtung mobiler Versorgungsdienste
- Einrichtung (privater) Dorfläden
- Bereitschaft zu angemessenen Kosten
- Fördermittel für Infrastrukturmaßnahmen, d.h. Steuerermäßigung für Gründer
- Internet für alle fördern, z.B. durch Gemeinschaftsinitiativen
- Gute Planung
- Grundversorgung in ländlichen Gebieten neu strukturieren
- Banken überall (zumindest Bankautomaten)

**Es gibt ein vielfältiges Freizeit- und Kulturangebot in der Region**

- Spiel -und Sportplätze bauen unter Einbeziehung der Kinder und Jugendlichen bei der Planung

**Bildung und Betreuung in der Schule sind gut**

- Ganztagsbetreuung für Kinder und Jugendliche; Schule und Freizeit verknüpfen, z.B. Schulgebäude für Freizeitaktivitäten nutzen
- Kinderbetreuung verbessern

**Maßnahmenvorschläge ohne Zuordnung zu konsensfähigen Leitbildaussagen**

- Haushöhe der Landschaft anpassen
- In Wohngebieten keine Hochhäuser

Tab. 17: Maßnahmenvorschläge zum Thema Wohnen und Versorgung zugeordnet zu den Leitbildaussagen (Zusammenstellung der Nennungen aller Bürgergruppen)

**2 Siedlungsstruktur**

Die Siedlungsstruktur wird bestimmt durch die Anordnung bestimmter Nutzungen im Raum. Die Siedlungsstrukturen und Gebäude, die im Jahr 2030 die Region prägen werden, bestehen zu einem großen Teil bereits, werden aber auch zu einem großen Teil durch die heutigen Entscheidungen bestimmt. Es muss also genau überlegt werden, wo Wohngebiete entstehen, wo Industriegebiete, Einkaufsmöglichkeiten und Erholungsgebiete erhalten bleiben oder weiter wachsen. Zum Thema Siedlungsstruktur hörten die Bürgergutachterinnen und -gutachter ein einleitendes Referat von einer Expertin zu der derzeitigen Situation in der Region

Braunschweig und den möglichen Trends für das Jahr 2030. Die Bürgergutachterinnen und -gutachter erarbeiteten in Kleingruppen, welche Vor- und Nachteile die ihnen vorgestellten möglichen zukünftigen Entwicklungen der Siedlungsstruktur haben könnten. Außerdem erörterten sie, wie sie sich die Siedlungsstruktur der Region Braunschweig im Jahr 2030 wünschen und zeichneten dies in Karten der Region ein. Diese Ergebnisse wurden im Plenum vorgestellt und diskutiert. Des Weiteren entwickelten und diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Leitbildaussagen und Maßnahmen zum Thema Siedlungsstruktur. Das Themenfeld wurde zusätzlich im Rahmen der Exkursion und der Zukunftsreise angesprochen.

Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag
1 Begrüßung und Einführung	5 Exkursion	9 Siedlungsstruktur	13 Zusammenführung der Leitbildaussagen
2 Wohnen und Versorgung	6 Auswertung Exkursion	10 Zusammenarbeit und Bürgerengagement	14 Wege für die Region
3 Landschaft und Stadt	7 Leitbildaussagen Teil A	11 Zukunftsreise	15 Abschluss
4 Mobilität / Sammlung von Herausforderungen	8 Arbeit	12 Leitbildaussagen Teil B	

Tab. 18: Arbeitseinheiten mit Bezug zum Thema Siedlungsstruktur (dunkelgrau hinterlegt)

## 2.1 Zukunftserwartungen

Bei der Zukunftseinschätzung wurde zum einen nach den Vor- und Nachteilen der Zielsetzungen für die Entwicklung der zukünftigen Siedlungsstruktur gefragt, zum anderen nach den konkreten Wünschen der Bürgergutachterinnen und -gutachter zur Siedlungsstruktur der Region Braunschweig.

### Dezentrale Konzentration, fortschreitende Suburbanisierung, sich verstärkende Suburbanisierung

Die mögliche zukünftige Siedlungsstruktur wurde anhand von drei vorstellbaren Entwicklungen aufgezeigt: der fortschreitenden Suburbanisierung, der sich verstärkenden Suburbanisierung bzw. Entwicklung zur Zwischenstadt sowie der dezentralen Konzentration. Fortschreitende Suburbanisierung heißt, dass die Siedlungsentwicklung so voranschreitet wie bisher und neue Wohngebiete hauptsächlich im Umland der größeren Städte entstehen. Verstärkte Suburbanisierung bzw. eine Entwicklung zur Zwischenstadt bedeutet, dass die Siedlungsentwicklung sich noch stärker in die ländlichen Räume und die Zwischenräume der heutigen Siedlungsbereiche verlagert. Dezentrale Konzentration meint, dass die Siedlungsentwicklung sich sowohl in den Kernstädten einer Region als auch in den mittleren Zentren konzentriert. Die Siedlungsentwicklung in den ländlichen und peripheren Gebieten soll möglichst eingeschränkt werden (s. auch Abb. 28).

### Kein einheitliches Stimmungsbild

In den fünf Bürgergruppen gab es kein einheitliches Stimmungsbild zur gewünschten zukünftigen Siedlungsstruktur. Die Mehrheit der Bürgergutachterinnen und -gutachter spricht sich für eine zukünftige Entwicklung nach dem Leitbild der dezentralen Konzentration aus (13 von 20 Kleingruppen), ein großer Teil aber auch für eine fortschreitende Suburbanisierung (7 Kleingruppen). Eine verstärkte Suburbanisierung bzw. eine Entwicklung zur Zwischenstadt findet nur die Zustimmung einzelner Personen.

### Vorteile der dezentralen Konzentration im geringen Flächenverbrauch und im Bereich Mobilität

Die Bürgergutachterinnen und -gutachter sehen Vorteile bei der Entwicklung nach der dezentralen Konzentration zum einen im Flächenverbrauch, zum anderen im Bereich Mobilität. Beim Flächenverbrauch wird als Vorteil gesehen, dass dieser geringer ist als bei den anderen Varianten und die Zersiedlung so geringer ausfällt. Die Landschaft kann großflächig erhalten werden und für Naturschutz, Erholung und Landwirtschaft genutzt werden. Im Bereich Mobilität werden die Vorzüge darin gesehen, dass Verkehr vermieden und der entstehende Verkehr besser gelenkt werden kann sowie darin, dass der ÖPNV leichter ausbaubar und rentabler nutzbar ist.

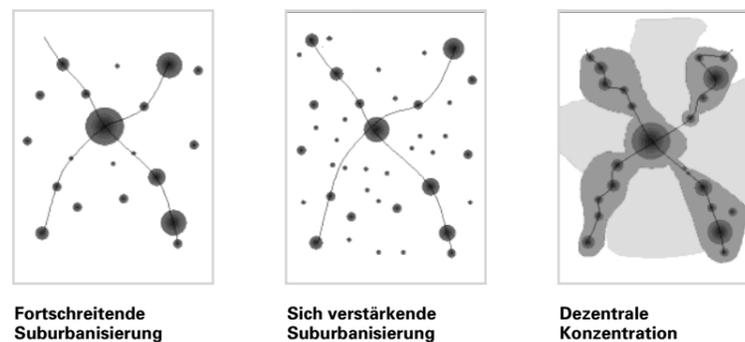
### Kostenvorteile bei der dezentralen Konzentration

Weiterhin bietet die dezentrale Konzentration nach Meinung der Bürgergruppen Kostenvorteile, da durch sie eine kostengünstige Infrastruktur möglich ist. Die Versorgung sehen die meisten Teilnehmenden durch kleine Zwischenzentren als gut und kostengünstig an. Auch das Kulturangebot und die Sozialversorgung sind ihrer Meinung nach gut. Die Konzentration von Wohnen, Arbeiten und Versorgung bietet aus Sicht einiger Bürgergutachterinnen und -gutachter weitere Vorteile, wie z.B. die kurzen Wege für Wohnen, Freizeit, Versorgung und Arbeit.

### Nachteile der dezentralen Konzentration im zentrierten Verkehrsaufkommen, der hohen Bevölkerungsdichte und der starken Steuerung

Nachteile der dezentralen Konzentration sind aus Sicht der Bürgergutachterinnen und -gutachter das zentrierte Verkehrsaufkommen, die große Bevölkerungsdichte - verbunden mit engerem Wohnen - und der Verlust an persönlicher Freiheit durch starke Steuerung. Außerdem wird die Gefahr gesehen, dass die kleinen Orte veröden und für die Landbevölkerung längere Wege entstehen.

Abb. 28: Drei mögliche Entwicklungen der Siedlungsstruktur



Entwicklung nach dezentraler Konzentration			
Vorteile		Nachteile	
• Geringer Flächenverbrauch	5 (10)*	• Zentriertes Verkehrsaufkommen	2 (4)
• Günstige Verkehrswege	5 (8)	• Hohe Dichte	2 (3)
• Erhalt von Landschaft und Naturräumen	4 (6)	• Teilweise längere Wege	2 (2)
• ÖPNV gut ausführbar	4 (5)	• Verödung von Orten	2 (2)
• Kostengünstige Infrastruktur	4 (4)	• Einschränkung der "persönlichen Freiheit"	2 (2)
• Gute Versorgung	2 (6)	• Hohe Grundstückspreise	1 (1)
• Konzentration der Funktionen	2 (4)	• Teure Infrastruktur	1 (1)
• Kurze Wege	3 (3)	• Starke Steuerung	1 (1)
• Einsparung in der Verwaltung	1 (1)	• Utopisch	1 (1)
• Erhaltung der Zentren	1 (1)	• Gefahr der Ghettobildung	1 (1)
• Bessere Erreichbarkeiten	1 (1)	• Dorfcharakter geht verloren	1 (1)
• Nachbarschaftshilfe	1 (1)	• Eintönige Aufteilung von Stadt und Land	1 (1)
		• Konzentration der Umweltbelastungen	1 (1)

\* Die Zahlen bedeuten Nennung in N Bürgergruppen (in N Kleingruppen)

Tab. 19: Vor- und Nachteile der dezentralen Konzentration nach Ansicht der Bürgergutachterinnen und -gutachter

**Vorteile der fortschreitenden Suburbanisierung im individuellen Wohnen und persönlicher Freiheit**

Vorzüge der fortschreitenden Suburbanisierung sehen einige Bürgergutachterinnen und -gutachter darin, dass ein individuelleres Wohnen (im Grünen) möglich ist, sich Zentren bilden bzw. sie erhalten bleiben und dass die persönliche Freiheit größer ist als bei der dezentralen Konzentration.

**Fortschreitende Suburbanisierung vorteilhafter als sich verstärkende Suburbanisierung**

Die Mehrheit der Bürgergutachterinnen und -gutachter meint, dass die Nahversorgung bei der fortschreitenden Suburbanisierung besser ist als bei der sich verstärkenden Suburbanisierung, es weniger Stau gibt und der ÖPNV besser angeboten werden kann. Außerdem sind ihrer Ansicht nach Arbeit, Wohnen und Versorgung näher beieinander als bei der Zwischenstadt und die Wege zur Arbeit können näher sein als bei der dezentralen Konzentration, dies ist aber von Fall zu Fall unterschiedlich.

**Nachteile der fortschreitenden Suburbanisierung im schlechteren ÖPNV und im hohen Flächenverbrauch**

Schwachpunkte der fortschreitenden Suburbanisierung sehen alle Bürgergruppen darin, dass der ÖPNV schlechter und teurer ist als bei der dezentralen Konzentration, mehr Straßen benötigt werden, die Verkehrswege ungünstig sind und es einen hohen Flächenverbrauch gibt, wodurch die Landschaft zersiedelt wird. Weiterhin müssen häufig weite Wege zurückgelegt werden, die Gewährleistung der Grundversorgung wird schwieriger und es wird schwierig und teuer soziale Einrichtungen überall anzubieten.

**Vorteile der sich verstärkenden Suburbanisierung in persönlicher Freiheit und niedrigen Grundstückspreisen**

Die sich verstärkende Suburbanisierung bzw. Zwischenstadt bietet nach Meinung der Bürgergruppen die Vorzüge, dass zum einen die persönliche Freiheit und die Vielfalt größer sind, und es zum anderen freiere Entfaltungsmöglichkeiten beim Wohnen und niedrigere Grundstückspreise gibt.

**Nachteile der sich verstärkenden Suburbanisierung im teuren ÖPNV und der Abhängigkeit vom Auto**

Mängel werden von den Bürgergutachterinnen und -gutachtern bei der Entwicklung zur Zwischenstadt in Bezug auf den Verkehr darin gesehen, dass der ÖPNV teurer wird bzw. nicht rentabel geführt werden kann, dass mehr Straßen gebaut werden müssen, eine höhere Mobilität erforderlich ist und die Abhängigkeit vom Auto steigt.

**Weitere Nachteile der sich verstärkenden Suburbanisierung im hohen Flächenverbrauch und schlechterer Versorgung**

Weitere Nachteile sind nach Ansicht der Teilnehmenden der hohe Flächenverbrauch und die damit einhergehende Zersiedlung der Landschaft und Versiegelung der Flächen, die weiten Wege und die schlechtere und teurere Versorgung, sowohl was das Einkaufen betrifft als auch was soziale Einrichtungen und Kulturangebote angeht. Außerdem sind einige der Bürgergutachterinnen und -gutachter der Meinung, dass die Naherholungsgebiete begrenzt werden und die Landschaft durch ausufernde Siedlungen zerstört wird. Als weiterer Nachteil wird von mehreren Teilnehmenden gesehen, dass mehr Infrastruktur benötigt wird, die nicht zufriedenstellend bzw. teuer ist.

Fortschreitende Suburbanisierung			
Vorteile		Nachteile	
• Individuelleres Wohnen im Grünen möglich	3 (5)*	• Hoher Flächenverbrauch	4 (7)
• Gestärkte Zentren	2 (3)	• Schlechterer ÖPNV	4 (4)
• Größere "persönliche Freiheit"	2 (2)	• Mehr Straßen	3 (4)
• Versorgung besser als bei Zwischenstadt	2 (2)	• Weite Wege	2 (2)
• Gute Verkehrsführung möglich	2 (2)	• Schwierige und teure Versorgung	2 (2)
• Kurze Wege	2 (2)	• Verödung der Innenstädte und Zentren	2 (2)
• Konzentration besser als bei Zwischenstadt	1 (1)	• Ghettobildung	1 (1)
• Geringer Flächenverbrauch	1 (1)	• Teure Infrastruktur	1 (1)
• Geringe Kosten	1 (1)		
• Gemeinschaft ist gegeben	1 (1)		

\* Die Zahlen bedeuten Nennung in N Bürgergruppen (in N Kleingruppen)

Tab. 20: Vor- und Nachteile der fortschreitenden Suburbanisierung nach Ansicht der Bürgergutachterinnen und -gutachter

Sich verstärkende Suburbanisierung/ Entwicklung zur Zwischenstadt			
Vorteile		Nachteile	
• Große "persönliche Freiheit"	4 (6)*	• Hoher Flächenverbrauch	5 (12)
• Individuelles Wohnen	2 (4)	• ÖPNV schlecht möglich	4 (6)
• Niedrige Grundstückspreise	2 (2)	• Hohes Verkehrsaufkommen	4 (4)
• Eigentumsbildung	1 (1)	• Weite Wege	4 (4)
• Bessere Nahversorgung	1 (1)	• Schlechtere und teure Versorgung	3 (6)
• Bessere Arbeitsverteilung	1 (1)	• Viel Straßen	3 (3)
• Bessere Verteilung des Verkehrs	1 (1)	• Zerstörung der Landschaft	3 (3)
• Geringere Bevölkerungsdichte	1 (1)	• Hoher Infrastrukturbedarf	2 (3)
• Dorfcharakter bleibt erhalten	1 (1)	• Höhere Verwaltungskosten	1 (1)
• Höhere Lebensqualität	1 (1)	• Verödung der Großstädte	1 (1)
• Gewerbeansiedlung	1 (1)	• Zentren verlieren an Bedeutung	1 (1)

\* Die Zahlen bedeuten Nennung in N Bürgergruppen (in N Kleingruppen)

Tab. 21: Vor- und Nachteile der sich verstärkenden Suburbanisierung nach Ansicht der Bürgergutachterinnen und -gutachter

Die gewünschte zukünftige Siedlungsstruktur der Region Braunschweig zeichneten die Bürgergutachterinnen und -gutachter in Kleingruppen in Karten der Region ein. Nachfolgend werden einige Karten exemplarisch gezeigt.

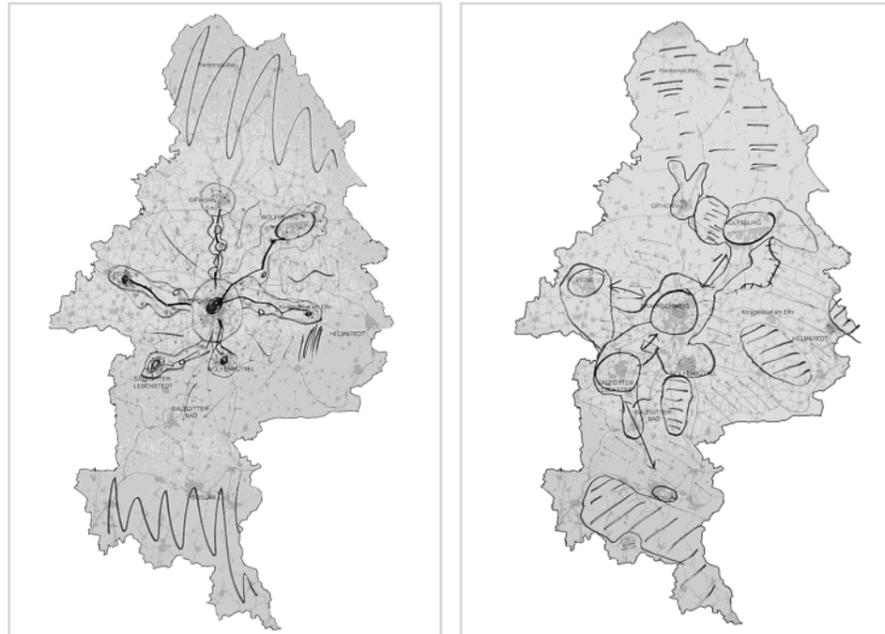


Abb. 29: Beispiele für Karten von Gruppen, die die dezentrale Konzentration bevorzugen

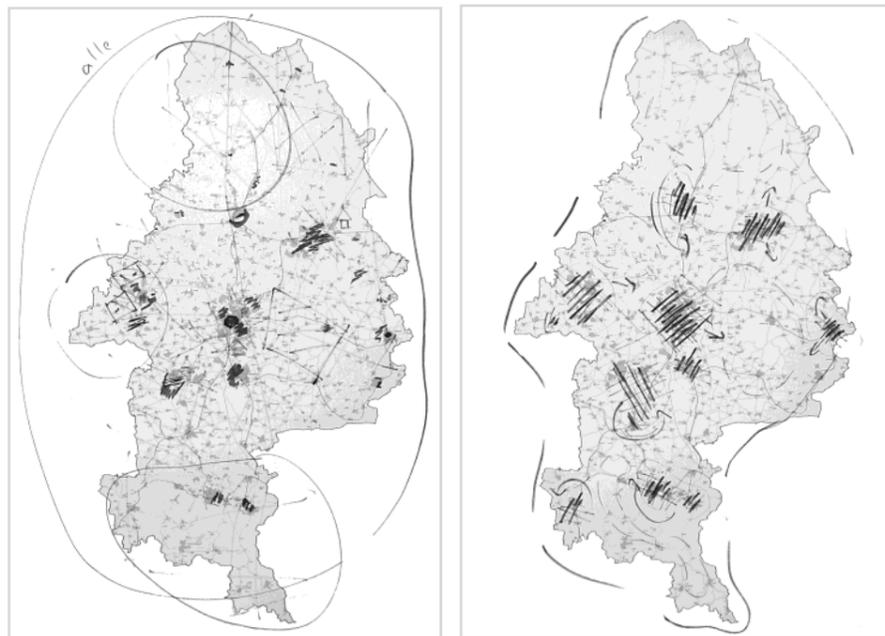


Abb. 30: Beispiele für Karten von Gruppen, die die fortschreitende Suburbanisierung bevorzugen

## 2.2 Leitbildaussagen "Siedlungsstruktur"

Aus den Zukunftseinschätzungen heraus entwickelten die Bürgergutachterinnen und -gutachter erste Leitbildaussagen zum Thema Siedlungsstruktur. Diese Leitbildaussagen wurden von den Teilnehmenden am letzten Tag noch einmal überprüft und zum Teil geändert. Dabei wurden Anregungen aus der Zukunftsreise aufgegriffen. Im Folgenden sind die gemeinsamen Leitbildaussagen aller Bürgergruppen dargestellt.

*Kursiv dargestellte Aussagen sind Aussagen, die nur von ein bis zwei Bürgergruppen getroffen wurden, oder Vorstellungen, die in der Zukunftsreise geäußert wurden.*

### C 1 Die Städte und Ortskerne sind attraktive Lebensmittelpunkte für Alt und Jung

Nach den Wünschen der Bürgergutachterinnen und -gutachter sind die Städte im Jahr 2030 lebenswert und attraktiv. Die Lebensqualität in den Innenstädten soll hoch und die Stadtbilder sollen individuell gestaltet sein. Die Ortszentren sollen gestärkt und lebendige Lebensmittelpunkte sein.

### C 2 Die Siedlungsstruktur ist gemischt, Wohnen, Arbeit, Versorgung und Kultur finden nebeneinander statt

Für die Bürgergutachterinnen und -gutachter ist eine Mischung von Wohnen, Arbeiten, Versorgung und Kultur in den Städten und Gemeinden der Region von großer Bedeutung. Gewerbe, das Lärm und Emissionen verursacht, soll jedoch vom Wohnen getrennt werden. Auch die Mischung der Bauformen ist den Bürgergutachterinnen und -gutachtern wichtig, damit Eintönigkeit vermieden wird und keine Problemquartiere entstehen.

*Eine Bürgergruppe betont hierbei, dass dies proportional auch für kleinere Orte gelten muss.*

### C 3 Alte Baustrukturen sind erhalten worden, vorhandene Siedlungen werden ausgebaut und Neubau findet bedarfsgerecht statt

Die Bürgergutachterinnen und -gutachter empfehlen, die vorhandenen Siedlungsgebiete auszubauen, bevor neue Baugebiete ausgewiesen werden. Altbauten sollen im Jahr 2030 weiterhin das Stadtbild prägen. Durch Sanierung sollen sie gut nutzbar sein und auch weiterhin erhalten werden. Wenn Neubau stattfindet, sollte dieser bedarfsgerecht und nicht übertrieben groß sein.

*Eine Bürgergruppe empfiehlt, Neubaugebiete nur auszuweisen, wenn ein ÖPNV-Anschluss gewährleistet ist.*

### C 4 Dezentrale Konzentration und Suburbanisierung

Es gibt kein einheitliches Stimmungsbild zur gewünschten zukünftigen regionalen Siedlungsstruktur. Die Mehrheit der Bürgergutachterinnen und -gutachter spricht sich für eine zukünftige Entwicklung nach dem Leitbild der dezentralen Konzentration aus (13 von 20 Kleingruppen), ein großer Teil aber auch für eine fortschreitende Suburbanisierung (7 Kleingruppen). Eine verstärkte Suburbanisierung bzw. eine Entwicklung zur Zwischenstadt findet nur bei wenigen Zustimmung (s. auch Zukunftserwartungen).

## 2.3 Maßnahmen

Neben den Leitbildaussagen wurden auch Maßnahmen erarbeitet, die notwendig sind, um die Leitbildaussagen umzusetzen. Aus den erarbeiteten Maßnahmen wurden von den Bürgergutachterinnen und -gutachtern die wichtigsten ausgewählt. Für diese wurde benannt, welche Schritte man für die Umsetzung ergreifen müsste. Im Folgenden werden zunächst die Maßnahmen, die von den Bürgergutachterinnen und -gutachtern in den einzelnen Bürgergruppen als wichtigste Maßnahmen für den Bereich Siedlungsstruktur ausgewählt wurden, ausführlicher beschrieben und daraufhin allgemein die für den Bereich Siedlungsstruktur erarbeiteten Maßnahmen dargestellt.



Abb. 31: Bürgergutachterin bei der Vorstellung der gewünschten zukünftigen Siedlungsstruktur

**Wichtigste Maßnahmen zum Bereich Siedlungsstruktur**

Von den Bürgergutachterinnen und -gutachtern wurden für den Bereich Siedlungsstruktur drei prioritäre Maßnahmen benannt.

**Vorausschauende Planung**

Die Bürgergutachterinnen und -gutachter wünschen eine vorausschauende Planung, die die Erstellung von Gutachten, eine Transparenz bei den Planungsbehörden, Planungen über die Legislaturperiode hinaus und die Mitarbeit von Bürgerinnen und Bürgern beinhaltet. Die Gutachten sollten zum Teil von unabhängigen Instituten erstellt werden. Eine weitere Idee der Teilnehmerinnen und Teilnehmer ist, ein Musterzentrum als Modellprojekt einzurichten, in dem erforscht wird, wie Monostrukturen in der Siedlungsstruktur vermieden werden können. Hier sollte versucht werden, in einen europaweiten Austausch einzutreten. Das Musterzentrum sollte nach den Vorstellungen der Bürgergutachte-

rinnen und -gutachter vom Stadtplanungsamt, Universitäts-Instituten und interessierten Bürgerinnen und Bürgern initiiert werden.

**Anerkennung der Bürgermitwirkung**

Die Bürgergutachterinnen und -gutachter fordern, dass im Bereich der Siedlungsstruktur die Bürgermitwirkung anerkannt werden sollte. Dies soll durch die Änderung der kommunalen Gesetzgebung und die Einführung eines Mitspracherechts der kommunalen Bürgergruppen geschehen. Die betreffenden Gesetzgeber sollten die Möglichkeiten für eine Umsetzung dieser Maßnahmen schaffen.

**Gemischte Bebauung**

Um eine gemischte Bebauung zu erhalten, befürworten die Bürgergutachterinnen und -gutachter eine Abstimmung des Bau- und Bauplanungsrechts, d.h. die Kommunen und die Bezirksregierung sollten in Abstimmung miteinander gewährleisten, dass keine Monostrukturen entstehen.

Wichtigste Maßnahmen zum Bereich Siedlungsstruktur	
Maßnahme	
Vorausschauende Planung	
Anerkennung der Bürgermitwirkung	
Gemischte Bebauung	

Tab. 22: Wichtigste Maßnahmen zum Bereich Siedlungsstruktur

**Maßnahmenvorschläge zum Thema Siedlungsstruktur**

**Die Städte und Ortskerne sind attraktive Lebensmittelpunkte für Alt und Jung**

- Ortskern als zentraler Punkt
- Einzelhandel / Medizinische Dienste (bezogen auf Nahversorgung)
- ÖPNV in den Zentren ausbauen

**Die Siedlungsstruktur ist gemischt, Wohnen, Arbeit, Versorgung und Kultur finden nebeneinander statt**

- Sinnvolle Ausweisung von Baugebieten
- Übergreifende kommunale Planung bezogen auf gemischte Siedlungsstruktur
- Breit gefächertes Wohnraumangebot bezogen auf soziale Mischung
- Gemischbauweise
- Gezielte Bauleitplanung
- Vorrusschauende Planung
- *Berücksichtigung eventueller langfristiger Entwicklungen*
- Flexible Bauweise von Häusern
- Agenda-Gruppen

**Alte Baustrukturen sind erhalten worden, vorhandene Siedlungen werden ausgebaut und Neubau findet bedarfsgerecht statt**

- Kommunale Planung durchführen
- Gezielte Bauleitplanung durch eine übergreifende kommunale Planung

**Maßnahmenvorschläge ohne Zuordnung zu konsensfähigen Leitbildaussagen**

- Ausbau vorhandener Verkehrsinfrastruktur
- Gute Verkehrsanbindung mit Bahn/Bus/Auto/Fahrrad
- Gemeinsame Verkehrsleitplanung der Kommunen
- Renaturieren und Freiflächenbestände entwickeln
- Grünflächen
- Baulücken schließen
- Keine neuen Baugebiete ausweisen
- Gesetzliche Regelungen schaffen für Ansiedlung von Industrie an Infrastruktur
- Kultursponsoring
- Ferienparks, Bäder
- Überregional planen und nutzen

Tab. 23: Leitbildaussagen und Maßnahmenvorschläge zum Thema Siedlungsstruktur (Zusammenstellung der Nennungen aller Bürgergruppen; Vorschläge, die in der jeweiligen Bürgergruppe nicht konsensfähig waren, sind kursiv dargestellt.)

### 3 Landschaft und Stadt

Landschaft wird durch die Siedlungsentwicklung beeinflusst und verändert. Es wird erwartet, dass die Siedlungsentwicklung bis 2030 weiter in bisher unbebaute Landschaftsräume vorrückt. Die unbebaute Landschaft wird zur bebauten Landschaft, zur Stadt. Die Gestalt der Region verändert sich und es wird erwartet, dass sie sich immer mehr zu einer übergangslosen Stadt-Landschaft entwickelt.



Abb. 32: Einführung in das Thema Landschaft und Stadt

Zum Thema Landschaft und Stadt hörten die Bürgergutachterinnen und -gutachter ein einleitendes Referat von zwei Experten zu der derzeitigen Situation in der Region Braunschweig und den möglichen Trends für das Jahr 2030. Die Bürgergutachterinnen und -gutachter erarbeiteten in Kleingruppen, wie sie sich die regionale Stadt-Landschaft im Jahr 2030 nicht wünschen. Die Ergebnisse wurden im Plenum vorgestellt und diskutiert. Des Weiteren nannten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Herausforderungen für die Region im Jahr 2030 und entwickelten Leitbildaussagen und Maßnahmen zum Thema Landschaft und Stadt. Das Themenfeld wurde zusätzlich im Rahmen der Exkursion und der Zukunftsreise angesprochen.

Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag
1 Begrüßung und Einführung	5 Exkursion	9 Siedlungsstruktur	13 Zusammenführung der Leitbildaussagen
2 Wohnen und Versorgung	6 Auswertung Exkursion	10 Zusammenarbeit und Bürgerengagement	14 Wege für die Region
3 Landschaft und Stadt	7 Leitbildaussagen Teil A	11 Zukunftsreise	15 Abschluss
4 Mobilität / Sammlung von Herausforderungen	8 Arbeit	12 Leitbildaussagen Teil B	

Tab. 24: Arbeitseinheiten mit Bezug zum Thema Landschaft und Stadt (dunkelgrau hinterlegt)

#### 3.1 Zukunftswünsche

Die Bürgergutachterinnen und -gutachter diskutierten nach Einführung in das Thema Landschaft und Stadt, welche Merkmale die Stadt-Landschaft der Region Braunschweig 2030 nicht aufweisen sollte. Dies geschah, um bewusst zu machen, welche Befürchtungen die Bürgergutachterinnen und -gutachter in Bezug auf die Landschaft im Jahr 2030 haben. Ein weiterer Grund für dieses Vorgehen lag in dem Sachverhalt, dass es schwer fällt, positiv zu beschreiben, welche Merkmale eine Landschaft haben sollte, da es hier eine Fülle von Aspekten und große innerregionale Unterschiede gibt. Leichter fällt es hingegen zu sagen, welche Merkmale die Landschaft nicht aufweisen sollte. Weiterhin wurde so bereits auf die Maßnahmen hingearbeitet, die ergriffen werden müssten, um negative Entwicklungen zu vermeiden.

Die Merkmale, welche die Bürgergruppen als nicht gewünscht für das Jahr 2030 erarbeiteten, werden in der Tabelle 25 aufgeführt.

Bemerkenswert erscheint hier vor allem, dass in allen Bürgergruppen die Zersiedlung der Landschaft im Jahr 2030 nicht gewünscht ist, sowie, dass alle Bürgergruppen sich gegen die Verödung der Innenstädte aussprechen. Außerdem erstaunt es, dass lediglich in zwei Bürgergruppen Windkraftanlagen in der Landschaft abgelehnt werden.

In einer Bürgergruppe war weiterhin die Atomkraft ein großes Thema. Nach den Wünschen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieser Bürgergruppe soll es in der Region keine atomaren Endlager oder Erzeugnisse und Nutzungen geben. Hierzu gab es ein Minderheitenvotum, mit der Anmerkung, dass es Atommüllendlager nur nach eingehender Prüfung und mit finanzieller Entschädigung geben sollte.

Einer anderen Bürgergruppe ist außerdem noch wichtig, dass die öffentlichen Landschaften im Jahr 2030 nicht privatisiert und Naherholungsgebiete nicht kommerzialisiert sind.

Nicht gewünschte Merkmale der regionalen Stadt-Landschaft 2030		
• Zersiedlung	5 (11)*	• Mehr Verkehr
• Verödung der Innenstädte	5 (8)	• Verlust an Kultur und Bildung
• Monostrukturen	4 (7)	• Atomare Erzeugnisse und Nutzungen
• Bauen in der Landschaft	4 (7)	• Leerstand auf dem Land
• Zerstörung von Natur	3 (7)	• Konzentration auf Braunschweig
• Stark befahrene Straßen in der Stadt	4 (5)	• Verschwinden der Landwirtschaft
• Ghettos	3 (5)	• Gemeinsame Industrie- und Wohngebiete
• Trennende Straßen	3 (5)	• Spezialisierung auf bestimmte
• Industriekomplexe	3 (4)	• Altersgruppen
• Sehr große Einkaufszentren	3 (4)	• Privatisierung öffentlicher Landschaft
• Schlechte Nahverkehrsanbindung	2 (4)	• Kommerzialisierung der Naherholungsgebiete
• Zu viel Bebauung in der Stadt	3 (3)	
• Windkraftanlagen	2 (3)	
• Mehr Individualverkehr	2 (3)	

\* Die Zahlen bedeuten Nennung in N Bürgergruppen (in N Kleingruppen)

Tab. 25: Nicht gewünschte Merkmale der regionalen Stadt-Landschaft 2030 (Nennungen der Bürgergruppen, Gesamtzahl der Bürgergruppen: 5; Kleingruppen: 20)

### 3.2 Herausforderungen

Von jedem Einzelnen wurden die wichtigsten Herausforderungen für die Region im Jahr 2030 für die Bereiche Wohnen und Versorgung, Landschaft und Stadt sowie Mobilität abgefragt. Die Nennungen der Bürgergutachterinnen und -gutachter zum Bereich Landschaft und Stadt sind in Tabelle 26 dargestellt.

#### Natur und Landschaft schützen und Zersiedlung stoppen

Besonders wichtige Herausforderungen im Bereich Landschaft und Stadt sind nach Ansicht der Bürgergutachterinnen und -gutachter, die Landschaft zu schützen und die Natur zu erhalten sowie die Zersiedlung zu stoppen. Jeweils gut ein Viertel der Bürgergutachterinnen und -gutachter nannte diese beiden Herausforderungen. Hierzu gehört auch, Flussauen freizuhalten bzw. Überschwemmungsgebiete zu schaffen.

#### Attraktivität der Innenstädte sichern und Grünflächen in den Städten erhalten

Im städtischen Bereich sehen die Bürgergutachterinnen und -gutachter die Herausforderungen vor allem darin, die Attraktivität der Innenstädte zu sichern und Parks und Grünflächen in den Städten zu erhalten.

#### Verkehr gestalten

Eine weitere Herausforderung wird es nach Ansicht der Bürgergutachterinnen und -gutachter sein, den Verkehr

zu gestalten. Das beinhaltet, beim ÖPNV unter anderem die RegioStadtBahn zu bauen, und beim motorisierten Verkehr, den Güterverkehr auf die Schiene zu bringen und weniger Straßen zu bauen, die die Landschaft zerschneiden.

#### Freizeit und Erholung mit Landschaft verbinden

Auch im Bereich Freizeit und Erholung sind Herausforderungen zu finden, wie z. B. der Erhalt und Ausbau von Naherholungsgebieten, das Anbieten von kulturellen und sportlichen Events oder die Steigerung des Freizeit- und Erholungswertes der Landschaft. Dabei sollen Stadt und Land miteinander verbunden werden.

#### Landwirtschaft vielseitiger gestalten

Die Landwirtschaft bietet für die Bürgergutachterinnen und -gutachter insofern Herausforderungen, als dass sie vielseitiger gestaltet werden und auch andere Produkte angeboten werden sollten.

#### Planung nachhaltig gestalten und Alternativen zur Atomkraft finden

Im Bereich der Planung werden von einigen Bürgergutachterinnen und -gutachtern die Herausforderungen gesehen, die Planung nachhaltig zu gestalten. Zwei Personen sehen des Weiteren die Atomkraft und den Atommüll bzw. Alternativen hierzu als eine wichtige Herausforderung für die Region.

### 3.3 Leitbildaussagen "Landschaft und Stadt"

Aus den Zukunftseinschätzungen heraus entwickelten die Bürgergutachterinnen und -gutachter erste Leitbildaussagen zum Thema Landschaft und Stadt. Diese Leitbildaussagen wurden von den Teilnehmenden am letzten Tag noch einmal überprüft und zum Teil geändert. Dabei wurden Anregungen aus der Zukunftsreise aufgegriffen. Im Folgenden sind die gemeinsamen Leitbildaussagen aller Bürgergruppen dargestellt.

*Kursiv dargestellte Aussagen sind Aussagen, die nur von ein bis zwei Bürgergruppen getroffen wurden, oder Vorstellungen, die in der Zukunftsreise geäußert wurden.*

#### D 1 Die Landschaft ist nicht zersiedelt, die Städte wachsen nicht in die Landschaft

Die Bürgergutachterinnen und -gutachter fordern, dass im Jahr 2030 in der Region die Zersiedlung der Landschaft eingedämmt ist. Die Städte und Gemeinden sollen durch ihre Entwicklung keine Landschaft zerstören. Die Ausweisung von Bauland soll dementsprechend 2030 nur nach dem tatsächlichen Bedarf stattfinden. Siedlungen "auf der grünen Wiese" sollen nicht weiter ausgewiesen werden und so ausreichend Freiflächen z.B. für Landwirtschaft und Naherholung vorhanden sein.

#### D 2 In den Städten und in den Wohngebieten gibt es ausreichende Freiflächen und Parks als Ruhe- und Erholungszonen

Nach den Wünschen der Bürgerinnen und Bürger sollen die Städte im Jahr 2030 eine ausreichende Naherholung bieten. In den Stadtteilen soll es Freiflächen und Parks mit Spielflächen für Kinder und Angeboten für ältere Menschen geben.

*Eine Bürgergruppe betont, dass die Parks und Gärten sowohl zu Fuß als auch mit dem Fahrrad gut erreichbar sein sollen. Neben den Parkanlagen soll es nach der Ansicht einer anderen Bürgergruppe auch viele Bäume in den Straßen geben.*

#### D 3 Naherholungsgebiete sind vielfältig verfügbar und gut erreichbar

Die Mehrheit der Bürgergutachterinnen und -gutachter ist der Auffassung, dass für die Naherholung Naturgebiete und Freiräume erhalten werden müssen. Im Jahr 2030 sollen von jedem Ort der Region Naherholungsgebiete gut zu erreichen sein. Durch ein gut ausgebautes Radwegenetz soll die Erreichbarkeit auch mit dem Rad gewährleistet sein.

#### D 4 Vielfältige Landschafts- und Naturschutzgebieten Lebensräume für Pflanzen und Tiere

Die Bürgergutachterinnen und -gutachter sprechen sich dafür aus, Natur- und Landschaftsschutzgebiete zu erhalten und neu zu schaffen. Als Beispiele werden mäandrierende Flussläufe mit Überschwemmungsgebieten, Reservate für Tiere und Pflanzen und renaturierte Landschaftsgebiete genannt. Die Schutzgebiete sollten dabei von den Naherholungsgebieten getrennt sein.

#### D 5 Viele Menschen versorgen sich mit regionalen Produkten

Für die Bürgergutachterinnen und -gutachter ist auch von Bedeutung, dass die Bewohnerinnen und Bewohner der Region 2030 einen großen Teil ihrer Nahrungsmittel durch Produkte abdecken, die aus der regionalen Landwirtschaft kommen.

*Regionale Spezialitäten stärken aus Sicht einer Bürgergruppe das Regionsbewusstsein.*

**Es gibt viel ökologische Landwirtschaft in der Region**  
Nach Ansicht von zwei Bürgergruppen soll die regionale Landwirtschaft verstärkt ökologischen Anbau betreiben. Sie soll vielseitiger gestaltet sein und eine große Produktpalette anbieten.



Abb. 33: Bürgergutachterinnen und -gutachter bei der Diskussion von Zukunftswünschen zum Themenfeld Landschaft und Stadt

Wichtigste Herausforderungen für die Region im Jahr 2030 im Bereich Landschaft und Stadt			
• Natur und Landschaft schützen und erhalten	5 (29)*	• Nachhaltige Planung durchführen	2 (2)
• Zersiedlung stoppen	5 (25)	• RegioStadtBahn	2 (2)
• Attraktivität der Innenstädte erhalten	3 (8)	• Alternativen zur Atomkraft finden	2 (2)
• Parks und Grünflächen erhalten	3 (7)	• Güterverkehr auf die Schiene	1 (1)
• Verbindung von Stadt und Land	2 (6)	• Leerstände von Wohnungen vermeiden	1 (1)
• Verkehr besser regulieren	3 (4)	• Raumbedarf pro Person	1 (1)
• Flusslandschaften erhalten	2 (4)	• Ökotourismus fördern	1 (1)
• Freizeit und Erholungswert der Landschaft erhöhen	2 (3)	• Stadt-/Landschaftsbild vielseitig gestalten	1 (1)
• Landwirtschaft vielseitiger gestalten	2 (2)		

\* Die Zahlen bedeuten: Nennung in N Bürgergruppen (von N Bürgergutachtern)

Tab. 26: Wichtigste Herausforderungen für die Region im Jahr 2030 im Bereich Landschaft und Stadt nach Ansicht der Bürgergutachterinnen und -gutachter (Gesamtzahl der Bürgergruppen: 5; Bürgergutachter: 94)

### 3.4 Maßnahmen

Neben den Leitbildaussagen wurden auch Maßnahmen erarbeitet, die notwendig sind, um die Leitbildaussagen umzusetzen. Aus den erarbeiteten Maßnahmen wurden von den Bürgergutachterinnen und -gutachtern die wichtigsten ausgewählt. Für diese wurde benannt, welche Schritte man für die Umsetzung ergreifen müsste. Im Folgenden werden zunächst die Maßnahmen, die von den Bürgergutachterinnen und -gutachtern in den einzelnen Bürgergruppen als wichtigste Maßnahmen für den Bereich Landschaft und Stadt ausgewählt wurden, ausführlicher beschrieben und daraufhin allgemein die für den Bereich Landschaft und Stadt erarbeiteten Maßnahmen dargestellt.

#### Die wichtigsten Maßnahmen zum Bereich Landschaft und Stadt

Von den Bürgergutachterinnen und -gutachtern wurden für den Bereich Landschaft und Stadt zwei prioritäre Maßnahmen benannt.

##### Natur und Landschaft schützen und pflegen

Die Bürgergutachterinnen und -gutachter schlagen vor, die Pflege der Natur z. B. durch Natur-Aktionstage sicherzustellen. Jeder Einzelne sollte durch Eigeninitiative einen Beitrag zur Pflege der Natur leisten, aber auch das Straßenbauamt ist gefordert, Bäume und Pflanzen anzupflanzen.

##### Einschränkung von neuen Baugebieten

Um die Zersiedlung zu stoppen empfehlen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Einschränkung von neuen Baugebieten. Damit dies erreicht wird, sollen die Planungsgremien in den Kommunen eine gezielte Bauleitplanung durchführen.

#### Wichtigste Maßnahmen zum Bereich Landschaft und Stadt

##### Maßnahme

Natur und Landschaft schützen und pflegen

Einschränkung von neuen Baugebieten

Tab. 27: Wichtigste Maßnahmen zum Bereich Landschaft und Stadt

#### Maßnahmenvorschläge zum Thema Landschaft und Stadt

##### Die Landschaft ist nicht zersiedelt, die Städte wachsen nicht in die Landschaft

- Einschränkung von neuen Baugebieten
- Park & Ride (3x)
- Parkticket (kostenpflichtiger Parkplatz), das als Busticket genutzt wird

##### In den Städten und in den Wohngebieten gibt es ausreichende Freiflächen und Parks als Ruhe- und Erholungszone

- Erhalt/Pflege und neues Anlegen von Parks und Gärten
- Entstehende Freiflächen in Städten nutzen
- Re-Kultivierung bezogen auf die Natur
- Intensivere Pflege der Parkanlagen; mehr Bäume in manchen Gegenden
- Entfernung von Hundekot
- Gute Planung
- Freizeitanlagen schaffen oder umstrukturieren

##### Naherholungsgebiete sind vielfältig verfügbar und gut erreichbar

- Ausbau der Naherholungsgebiete
- Ausweisung von Naherholungsgebieten, z. B. Badeseen; Zeltplätze

##### Vielfältige Landschafts- und Naturschutzgebiete bieten Lebensräume für Pflanzen und Tiere

- Flussbegradigung zurückbauen (2 x)
- Flüsse erhalten
- Renaturierung der Flüsse und Seen
- Mehr Aufforstung; Naturschutzgebiete
- Erst Baulückenschließung; nicht in eine intakte Natur Industriegebiete reinsetzen
- *Förderung von Naturschutz für die Landschaft (Wälder aufforsten, härtere Strafen für Mülltourismus)*
- Gezielte Landschaftspflege
- Windkraftträder abbauen

##### Maßnahmenvorschläge ohne Zuordnung zu konsensfähigen Leitbildaussagen

- Regelmäßige Meinungsumfragen in allen Altersschichten, um Wünsche der Einwohner bezüglich der Lebensqualität zu ermitteln
- Verkehrsregulierung
- Mehr Radfahrer und Fußgänger in den Innenstädten
- *Mehr Fußgängerzonen und Ruhezeiten in den Innenstädten / Attraktivität der Innenstädte steigern (z. B. durch kleinere Geschäfte, keine Ketten)*
- Aktive Kundenbetreuung in den Zentren
- Infrastruktur in den Städten erhalten
- Förderung effektiver und umweltschonender Heizsysteme

Tab. 28: Leitbildaussagen und Maßnahmenvorschläge zum Thema Landschaft und Stadt (Zusammenstellung der Nennungen aller Bürgergruppen; Vorschläge, die in der jeweiligen Bürgergruppe nicht konsensfähig waren, sind kursiv dargestellt.)

## 4 Mobilität

Für die Verkehrsentwicklung bis 2030 wird erwartet, dass die Verkehrsleistung weiterhin ansteigen wird. Die Region Braunschweig ist bereits heute eine der am stärksten motorisierten und für den Autoverkehr am meisten ausgebauten Stadtregionen Deutschlands. Der Verkehr bringt jedoch erhebliche Belastungen mit sich. Eine wichtige Herausforderung der Zukunft liegt daher darin, die Mobilitätsansprüche umwelt- und sozialverträglich zu bewältigen.



Abb. 34: Einführung in das Thema Mobilität

Zum Thema Mobilität hörten die Bürgergutachterinnen und -gutachter ein einleitendes Referat von einem Experten zu der derzeitigen Situation in der Region Braunschweig und den möglichen Trends für das Jahr 2030. Die Bürgergutachterinnen und -gutachter erarbeiteten in Kleingruppen wie negative Entwicklungen für die Zukunft verhindert werden können und was sie dazu beitragen könnten. Außerdem ging es um eine Prioritätensetzung, also darum, zu überlegen wofür Geld im Verkehrsbereich ausgegeben werden soll. Die Ergebnisse wurden im Plenum vorgestellt und diskutiert. Des Weiteren nannten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag
1 Begrüßung und Einführung	5 Exkursion	9 Siedlungsstruktur	13 Zusammenführung der Leitbildaussagen
2 Wohnen und Versorgung	6 Auswertung Exkursion	10 Zusammenarbeit und Bürgerengagement	14 Wege für die Region
3 Landschaft und Stadt	7 Leitbildaussagen Teil A	11 Zukunftsreise	15 Abschluss
4 Mobilität / Sammlung von Herausforderungen	8 Arbeit	12 Leitbildaussagen Teil B	

Tab. 29: Arbeitseinheiten mit Bezug zum Thema Mobilität (dunkelgrau hinterlegt)

Herausforderungen für die Region im Jahr 2030 und entwickelten Leitbildaussagen und Maßnahmen zum Thema Mobilität. Das Themenfeld wurde zusätzlich im Rahmen der Exkursion und der Zukunftsreise angesprochen.

### 4.1 Zukunftserwartungen

In Bezug auf die Zukunft ging es in den Kleingruppen darum, zu überlegen,

- wie negative Auswirkungen des Verkehrs vermindert werden können,
- was die Bürgergutachterinnen und -gutachter persönlich bereit wären dazu beizutragen,
- sowie woran im Verkehr gespart und wofür unbedingt Geld ausgegeben werden sollte.

### Möglichkeiten zur Verminderung negativer Verkehrsauswirkungen

#### ÖPNV verbessern und ausbauen

Zu der Frage wie negative Auswirkungen des Verkehrs vermindert werden können, äußerten sich die Bürgergutachterinnen und -gutachter, dass vor allem der ÖPNV verbessert und ausgebaut werden sollte, so dass mehr Menschen ihn nutzen. Dies beinhaltet aus Sicht der Bürgergutachterinnen und -gutachter z.B., dass der ÖPNV durch einen höheren Zeittakt attraktiver gestaltet wird oder dass gute und günstige Nutzungsmöglichkeiten, wie ein Jobticket, angeboten werden. Damit der ÖPNV besser genutzt werden kann, sollten nach Meinung der Bürgerinnen und Bürger die Park-and-Ride-Möglichkeiten weiter ausgebaut werden.

#### Alternativen zum individuellen Autofahren schaffen

Die Bürgergutachterinnen und -gutachter nannten als weitere Möglichkeit, dass insgesamt weniger Auto gefahren wird, um die negativen Auswirkungen zu verringern. Dies soll geschehen durch Änderung der Fahrgewohnheiten, Stehenlassen des Autos oder Bildung von Fahrgemeinschaften. Auch Car-Sharing oder individueller ÖPNV, wie Rufbusse, bieten hier nach Ansicht der Bürgergutachterinnen und -gutachter eine gute Alternative. Möglichkeiten, wie Verkehrsberuhigung oder Verteuerung der Parkplätze in den Städten, ziehen die Bürgergutachterinnen und -gutachter ebenso in Betracht.

#### Neue, umweltfreundliche Technologien entwickeln

Die Bürgergutachterinnen und -gutachter benannten, dass neue, umweltfreundliche Technologien für Fahrzeuge entwickelt werden müssten, und dass die Autos insgesamt kleiner, sparsamer und langsamer gestaltet werden müssten, um das Autofahren weniger umweltschädlich zu gestalten. Auch nach alternativen Kraftstoffen sollte weiterhin geforscht werden.

#### Gebühren einführen

Die Einführung von Gebühren, wie z. B. Straßenbenutzungsgebühren für alle Motorfahrzeuge oder Gebühren für das Befahren der Innenstadt, erschien den Bürgergutachterinnen und -gutachtern als eine weitere Möglichkeit, die negativen Auswirkungen des Verkehrs zu vermindern.

#### Radverkehr fördern

Auch die Förderung des Radverkehrs durch Ausbau der Radwege und eine fahrradfahrerfreundlichere Verkehrsführung könnte nach Ansicht der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zur Verminderung des motorisierten Verkehrs und der Belastungen durch den Verkehr führen.

Verminderung negativer Auswirkungen des Verkehrs durch...			
• Verbesserung des ÖPNV	4 (15)*	• Vorausschauende Verkehrsplanung	2 (2)
• Fahrgewohnheiten ändern, Einschränkungen für Autofahrer	4 (10)	• Verbesserte Verkehrsregelung (z.B. Kreisverkehre)	2 (2)
• Umweltfreundliche Technologien	5 (8)	• Tempolimits einführen	2 (2)
• Fahrgemeinschaften, individueller ÖV	4 (7)	• Höhere Benzinpreise	1 (1)
• Park and Ride schaffen	3 (5)	• Anreize zum Verzicht aufs Auto schaffen	1 (1)
• Alternative Kraftstoffe erforschen	3 (4)	• Bringsystem für Einkäufe	1 (1)
• Radwege ausbauen	2 (4)	• Verkehrssituation im Internet	1 (1)
• Gebühren einführen	3 (3)	• Güterverkehr auf die Schiene	1 (1)
• Car-Sharing fördern und benutzen	2 (2)	• Neue Verkehrswege bauen	1 (1)
• Bahn und Bus benutzen	2 (2)	• Bevölkerungsrückgang	1 (1)

\* Die Zahlen bedeuten Nennung in N Bürgergruppen (in N Kleingruppen)

Tab. 30: Möglichkeiten die negativen Auswirkungen des Verkehrs zu vermeiden (Nennungen der Bürgergruppen, Gesamtzahl der Bürgergruppen:5, Kleingruppen: 20)

**Persönliche Bereitschaft**

**Bereitschaft den ÖPNV zu nutzen und den Verkehr zu verringern**

Die Bürgergutachterinnen und -gutachter sind persönlich dazu bereit, statt dem Auto häufiger den ÖPNV zu nutzen, allerdings teilweise mit der Einschränkung, dass hierfür der öffentliche Verkehr günstiger angeboten und besser ausgebaut werden müsste. Auch Park-and-Ride-Angebote sind die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bereit zu nutzen.

Eine weitere Möglichkeit dazu beizutragen, dass die negativen Auswirkungen des Verkehrs verringert werden, sehen die Bürgergutachterinnen und -gutachter darin,

auf überflüssige Autofahrten zu verzichten, keine Kurzstrecken mit dem Pkw zu fahren, über die Fahrten nachzudenken, sowie verbrauchsarm zu fahren. Außerdem wird in allen Bürgergruppen die Bereitschaft erklärt, Fahrgemeinschaften zu bilden und häufiger Fahrrad zu fahren.

**Bereitschaft zur Nutzung umweltfreundlicher Autos und zu Mehrkosten**

Umweltfreundliche Autos sind eine weitere Alternative, deren Nutzung sich einige der Teilnehmerinnen und Teilnehmer vorstellen könnten, auch bei einem höheren Preis. Einige Bürgergutachterinnen und -gutachter sind auch bereit, weitere Mehrkosten zu akzeptieren, wie z.B. Autobahngebühren.

Persönlicher Beitrag zur Verminderung der negativen Auswirkungen des Verkehrs...			
• Benutzung des ÖPNV	5 (14)*	• Akzeptanz von Mehrkosten wie Autobahngebühren	2 (3)
• Unnütze Fahrten vermeiden; Fahrweise ändern	5 (10)	• Car-Sharing nutzen	1 (1)
• Fahrgemeinschaften bilden und nutzen	5 (10)	• Verzicht auf Zweit - PKW	1 (1)
• Fahrrad nutzen und zu Fuß gehen	5 (7)	• Flexible Arbeitszeiten	1 (1)
• Umweltschonendes Auto benutzen	3 (3)		
* Die Zahlen bedeuten Nennung in N Bürgergruppen (in N Kleingruppen)			

Tab. 31: Persönlicher Beitrag, die negativen Auswirkungen des Verkehrs zu vermindern (Nennungen der Bürgergruppen, Gesamtzahl der Bürgergruppen: 5; Kleingruppen: 20)

**Einsparmöglichkeiten im Verkehrsbereich**

Auf die Frage, woran im Verkehr gespart werden könnte, empfiehlt die Mehrheit der Bürgergutachterinnen und -gutachter, dass am "Schilderwald", also an überflüssigen Schildern sowie an überflüssigen Ampelanlagen gespart werden sollte. Auch beim Bau neuer Straßen kann nach Ansicht der Bürgergutachterinnen und -gutachter gespart werden; dabei weisen sie aber darauf hin, dass davon Ortsumgehungen und andere zur Entlastung von Anwohnern notwendige Straßen ausgenommen werden sollten.

Empfehlungen der Bürgergutachterinnen und -gutachter, die mehr auf die Sparmöglichkeiten des Einzelnen zielen, sind, unnötige Fahrten und Einzelfahrten zu ver-

meiden sowie Benzin zu sparen, sei es durch das 3-Liter-Auto oder durch die Fahrweise. Auch die Einführung von Tempolimits wird von einigen Bürgergutachterinnen und -gutachtern befürwortet, um Benzin zu sparen und die Umweltauswirkungen zu verringern.

In zwei Bürgergruppen werden weitere Einsparungsmöglichkeiten beim Bau von Lärmschutzwänden gesehen. Es wird angeregt, nur an wirklich sinnvollen Stellen Lärmschutzwände zu bauen. Ebenfalls in zwei Bürgergruppen wurde der Vorschlag gemacht, Mautgebühren einzuführen. Dadurch werde zwar nicht direkt gespart, aber Geld eingenommen. Eine der beiden Gruppen konnte sich hierbei auch vorstellen, Autobahnen zu privatisieren, um Kosten zu sparen.

**Woran sollte man im Verkehrsbereich sparen?**

• Verkehrsschilder	4 (6)*	• Unnötige Lärmschutzwände	2 (2)
• Neubau von Straßen	4 (6)	• Einführung von Gebühren	2 (2)
• Unnötige Fahrten und Einzelfahrten	3 (5)	• "Personalkosten unserer Regierenden"	1 (1)
• Benzinverbrauch	2 (3)	• Koordination der Versorgungswege	1 (1)
• Geschwindigkeit	2 (2)	• LKW-Fahrten	1 (1)

\* Die Zahlen bedeuten Nennung in N Bürgergruppen (in N Kleingruppen)

Tab. 32: Woran man im Verkehrsbereich sparen sollte (Nennungen der Bürgergruppen, Gesamtzahl der Bürgergruppen: 5; Kleingruppen: 20)

**Investitionsbedarf im Verkehrsbereich**

Investiert werden sollte im Verkehrsbereich nach Meinung aller Bürgergruppen in die Verbesserung und den Ausbau des ÖPNV. In Bezug auf die Region werden Beispiele genannt wie die RegioStadtBahn oder Park-and-Ride-Plätze. Auch der Ausbau der Fuß- und Radwege wird von den Bürgergutachterinnen und -gutachtern als so wichtig erachtet, dass hierfür aus ihrer Sicht weiterhin Geld ausgegeben werden sollte.

Weiterhin lohnen nach Ansicht der Bürgergutachterinnen und -gutachter Investitionen in Verkehrsleitsysteme und in Forschung und Technik, um neue Technologien und Alternativen zum Auto entwickeln zu können. Eine weitere Empfehlung der Bürgergutachterinnen und -gutachter ist, Geld dafür auszugeben, den Güterverkehr von der Straße zu bekommen und Straßen instand zu halten.

Wofür muss im Verkehrsbereich Geld ausgegeben werden?			
• Förderung des ÖPNV	5 (14)*	• Aufklärung	1 (1)
• Ausbau der Fuß- und Radwege	3 (6)	• Subvention von Fahrradfahren	1 (1)
• Bessere Verkehrsregelung, Verkehrsleitsysteme	3 (5)	• Subvention umweltschonender Fahrzeuge	1 (1)
• Forschung nach umweltfreundlichen Technologien	2 (4)	• Bonussystem bei Verzicht auf zweiten PKW	1 (1)
• Ausbau Park & Ride	2 (2)	• Alternative Verkehrskonzepte	1 (1)
• Güterverkehr auf die Schiene bringen	2 (2)	• Parkplätze für Stadtbewohner	1 (1)
• Bau von Straßen	2 (2)	• Entfernung von Stauursachen	1 (1)
• Instandhaltung von Straßen	1 (2)	• Sicherheitseinrichtungen	1 (1)
• Gute Wohnqualität schaffen	1 (1)		
* Die Zahlen bedeuten Nennung in N Bürgergruppen (in N Kleingruppen)			

Tab. 33: Investitionsbedarf im Verkehrsbereich (Nennungen der Bürgergruppen, Gesamtzahl der Bürgergruppen: 5; Kleingruppen: 20)

## 4.2 Herausforderungen

Von jedem Einzelnen wurden die wichtigsten Herausforderungen für die Region im Jahr 2030 für die Bereiche Wohnen und Versorgung, Landschaft und Stadt sowie Mobilität abgefragt. Die Nennungen der Bürgergutachterinnen und -gutachter zum Bereich Mobilität sind in Tabelle 34 dargestellt.

### ÖPNV verbessern und Alternativen zum heutigen motorisierten Individualverkehr schaffen

Die wichtigsten Herausforderungen, die sich für die Bürgergutachterinnen und -gutachter im Jahr 2030 im Bereich Mobilität ergeben, sind die Verbesserung und der Ausbau des ÖPNV, die Schaffung günstiger und individueller Alternativen zum Pkw und die umweltfreundlichere Gestaltung motorisierter Fahrzeuge inklusive Erforschung alternativer Antriebsstoffe.

### Radfahrmöglichkeiten verbessern und Verkehrsaufkommen reduzieren

Als weitere wichtige Herausforderungen wurden die Verbesserung der Bedingungen für Radfahrer und die Reduzierung des Verkehrsaufkommens, insbesondere des Autoverkehrs, unter anderem durch (individuellen) Verzicht auf unnötige Fahrten, genannt. Die Mobilität ohne Pkw zu erhalten erscheint den Bürgergutachterinnen und -gutachtern hierbei als besondere Herausforderung.

### Verkehr in der Stadt reduzieren und genügend Parkplätze anbieten

Einige Bürgergutachterinnen und -gutachter sehen auch in der Verbesserung der Lebensqualität in der Stadt durch die Reduzierung des Verkehrs eine Herausforderung; anderen ist allerdings das Angebot von genug Parkplätzen in der Stadt wichtig.

## 4.3 Leitbildaussagen "Mobilität"

Aus den Zukunftseinschätzungen heraus entwickelten die Bürgergutachterinnen und -gutachter erste Leitbildaussagen zum Thema Mobilität. Diese Leitbildaussagen wurden von den Teilnehmenden am letzten Tag noch einmal überprüft und zum Teil geändert. Dabei wurden Anregungen aus der Zukunftsreise aufgegriffen. Im Folgenden sind die gemeinsamen Leitbildaussagen aller Bürgergruppen dargestellt.

*Kursiv dargestellte Aussagen sind Aussagen, die nur von ein bis zwei Bürgergruppen getroffen wurden, oder Vorstellungen, die in der Zukunftsreise geäußert wurden.*

### E 1 Der ÖPNV ist grundlegend verbessert

Alle Bürgergruppen sind der Meinung, dass der ÖPNV ausgeweitet werden sollte. Die Informationen zum ÖPNV sollten einfach zu verstehen und umfassend sein, der ÖPNV sollte regelmäßig und kostengünstig fahren und bedarfsgerecht und flächendeckend ausgestaltet sein.

### E 2 Die Radwege sind flächendeckend ausgebaut und sinnvoll miteinander vernetzt

Für die Bürgergutachterinnen und -gutachter ist das Fahrrad ein wichtiges Verkehrsmittel. Deswegen soll es viele und gute Radwege sowohl in den Städten und Gemeinden als auch als Verbindung zwischen den Orten geben. Die Radwege sollen sicher und sinnvoll miteinander vernetzt sein.

### E 3 Neue Antriebstechnologien haben die Emissionen gesenkt

Die Bürgergutachterinnen und -gutachter erwarten für das Jahr 2030, dass viele Autos mit alternativen Energien betrieben werden. Durch technischen Fortschritt und neue Antriebstechnologien sollen die Emissionen an Lärm und Schadstoffen bei den neuen Fahrzeugen deutlich vermindert werden. Es soll intensiv geforscht werden, um die Emissionen weiterhin zu senken.

### E 4 Es gibt weniger Individualverkehr mit dem Pkw

Die Bürgergutachterinnen und -gutachter sind der Auffassung, dass bis zum Jahr 2030 ein Umdenken stattgefunden hat und Alternativen zum Pkw bestehen, so dass weniger Autofahrten durchgeführt werden.

### E 5 Der Autoverkehr in den Innenstädten ist erheblich reduziert

Nach Ansicht der Bürgergutachterinnen und -gutachter sollten die Innenstädte im Jahr 2030 verkehrssarm sein und es sollte insgesamt weniger Autoverkehr durch die Städte fließen. Die Innenstädte sollen wieder attraktiv für Fußgängerinnen und Fußgänger sowie für den Radverkehr sein.

*In zwei Kleingruppen einer Bürgergruppe wurde auch der Vorschlag gemacht, dass die Innenstädte im Jahr 2030 autofrei sein sollten. Für diesen Vorschlag fand sich jedoch kein Konsens in der Bürgergruppe. Damit sowohl die Erreichbarkeit der Innenstädte als auch das geringere Verkehrsaufkommen erzielt werden können, betonen zwei Bürgergruppen die verstärkte Einrichtung von Park-and-Ride-Möglichkeiten.*

### E 6 Durch Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene und auf Wasserwege ist der LKW-Verkehr reduziert

Die Bürgergutachterinnen und -gutachter sprechen sich dafür aus, dass der Güterverkehr zu einem großen Teil auf die Bahn und auf Wasserwege umgelenkt werden sollte. Dadurch und durch die gestiegene Versorgung mit regionalen Produkten sollte der Lkw-Verkehr verringert werden.

### Neue Technologien ermöglichen flexible Mobilitätsangebote

*Bei der Zukunftsreise kamen in den Bürgergruppen Ideen zu flexiblen Mobilitätsangeboten auf. Die Bürgergutachterinnen und -gutachter von vier Bürgergruppen halten diese Ideen für sinnvoll und wünschen sich für 2030 neue Formen der Mobilität durch Nutzung der technischen Möglichkeiten.*

### Die Mobilität ist hoch, der Verkehr fließt

*In zwei Bürgergruppen fordern die Bürgergutachterinnen und -gutachter, dass es im Jahr 2030 schnelle Verbindungen für große Entfernungen geben sollte, genauso wie ein problemloses Vorwärtskommen bei kürzeren Strecken.*

## 4.4 Maßnahmen

Neben den Leitbildaussagen wurden auch Maßnahmen erarbeitet, die notwendig sind, um die Leitbildaussagen umzusetzen. Aus den erarbeiteten Maßnahmen wurden von den Bürgergutachterinnen und -gutachtern die wichtigsten ausgewählt. Für diese wurde benannt, welche Schritte man für die Umsetzung ergreifen müsste. Im Folgenden werden zunächst die Maßnahmen, die von den Bürgergutachterinnen und -gutachtern in den einzelnen Bürgergruppen als wichtigste Maßnahmen für den Bereich Mobilität ausgewählt wurden, ausführlicher beschrieben und daraufhin allgemein die für den Bereich Mobilität erarbeiteten Maßnahmen dargestellt.

### Wichtigste Maßnahmen zum Bereich Mobilität

Von den Bürgergutachterinnen und -gutachtern wurden für den Bereich Mobilität vier prioritäre Maßnahmen benannt.

Wichtigste Herausforderungen für die Region im Jahr 2030 im Bereich Mobilität			
• Verbesserung des ÖPNV	5 (32)*	• Mobilität ohne PKW bewältigen	1 (2)
• Umweltfreundliche PKW entwickeln	5 (23)	• Umdenken anstoßen	1 (2)
• Radwege verbessern und Rad benutzen	2 (10)	• Erhöhung der Kfz-Kosten	1 (1)
• Autoverkehr reduzieren	3 (5)	• Mehr Verkehrsmittel	1 (1)
• Individualverkehr verringern	3 (4)	• Fahrgemeinschaften bilden	1 (1)
• Weniger Verkehr in den Städten	2 (4)	• Beteiligung bei Verkehrsproblemen	1 (1)
• RegioStadtBahn bauen	1 (3)	• Zersiedlung stoppen	1 (1)
• Reduzierung des Verkehrsaufkommens	2 (2)	• Bevölkerungsentwicklung	1 (1)
• Genug Parkplätze schaffen	2 (2)	• Teufelskreis der Verkehrsentscheidung durchbrechen	1 (1)

\* Die Zahlen bedeuten Nennung in N Bürgergruppen (von N Bürgergutachtern)

Tab. 34: Wichtigste Herausforderungen für die Region im Jahr 2030 im Bereich Mobilität nach Ansicht der Bürgergutachterinnen und -gutachter (Gesamtzahl der Bürgergruppen: 5; Bürgergutachter: 94)

### Wichtigste Maßnahmen zum Bereich Mobilität

#### Maßnahme

Verbesserung des ÖPNVs

- ÖPNV verbessern
- Attraktivität des ÖPNV verbessern (RegioStadtBahn)
- Service des ÖPNV verbessern
- Schienennetz ausbauen und erhöhte Taktfrequenz schaffen

• Ausbau und Förderung des ÖPNV

Ausbau der Radwege

Moderne Beförderungsmittel entwickeln

Mehr Güter in der Region produzieren und Schienengüterverkehr fördern

Gesamtpunktzahl der Maßnahmen zum Bereich Mobilität

Tab. 35: Wichtigste Maßnahmen zum Bereich Mobilität (Die Maßnahme "Verbesserung des ÖPNVs" wurde aus Vorschlägen von fünf Kleingruppen zusammengefasst)

#### Verbesserung des ÖPNVs

Zum Thema Verbesserung des ÖPNVs schlugen die Bürgergutachterinnen und -gutachter vor, das ÖPNV-Netz auszubauen, den Takt flächendeckend zu verbessern, einen längeren Fahrbetrieb einzurichten und eventuell Anrufsammeltaxis einzuführen. Das Tarifsysteem im ÖPNV soll einfacher und transparenter gestaltet werden. Bus und Bahn sollten besser miteinander koordiniert werden. Das vorhandene Schienennetz sollte optimaler genutzt und das Schienensystem vereinheitlicht werden. Der Zweckverband Großraum Braunschweig (ZGB) soll aus Sicht der Bürgergutachterinnen und -gutachter als vordringliche Maßnahme den Bau der RegioStadtBahn vorantreiben, indem er in einem Dialog die Vorteile aufzeigt und damit Akzeptanz einwirbt. Sollte dies nicht erreicht werden, schlagen die Bürgergutachterinnen und -gutachter ein Bürgerbegehren zur RegioStadtBahn vor.

Als wichtige Akteure bei der Verbesserung des ÖPNVs sehen die Teilnehmenden vor allem den ZGB, kommunale Verkehrsverbände und Verkehrsbetriebe sowie die öffentliche Hand. Der ZGB soll hierbei ÖPNV-Strecken europaweit ausschreiben. Weiterhin halten die Bürgergutachterinnen und -gutachter eine gemeinsame Planung der Kommunen auch im Bereich ÖPNV für sehr wichtig.

Eine Verbesserung des ÖPNVs erhoffen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auch durch den Ausbau von Park-and-Ride-Angeboten. Das Park-and-Ride-Angebot kann neben den Kommunen auch durch Sponsoren

oder Interessengemeinschaften wie z. B. Werbegemeinschaften unterstützt werden.

In Bezug auf den ÖPNV schlugen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer vor, die Region in diesem Bereich als Experimentierfeld zu nutzen, in dem Regionalplanung, Industrie, Forschung und Bürgerschaft zusammenarbeiten und den europaweiten Erfahrungsaustausch suchen.

#### Bürgerinitiative zum Ausbau der Radwege

Die Bürgergutachterinnen und -gutachter regen an, dass interessierte Bürgerinnen und Bürger eine Bürgerinitiative zum Ausbau des Radwegenetzes gründen, die Vorschläge erarbeitet und in die Politik einbringt. Diese Vorschläge sollten dann in den Räten diskutiert und entschieden werden.

#### Moderne Beförderungsmittel entwickeln

Um eine hohe Mobilität auch im Jahr 2030 zu ermöglichen, fordern die Bürgergutachterinnen und -gutachter, moderne Beförderungsmittel zu entwickeln und die vorhandenen auszubauen. Die Entwicklung und Forschung hierzu soll durch Forschungsinstitute, Verkehrsplaner, Wirtschaft sowie Bürgerinnen und Bürger geschehen.

#### Mehr Güter in der Region produzieren und Schienengüterverkehr fördern

Um den Verkehr zu verringern, sollen mehr Güter in der Region für die Region produziert werden. Der unverzichtbare Güterverkehr sollte auf die Bahn verlagert werden.

### Maßnahmenvorschläge zum Thema Mobilität

#### Der ÖPNV ist grundlegend verbessert

- Erhöhte Taktfrequenz schaffen (2x)
- Service des ÖPNV verbessern (z.B. Anrufbus) (2x)
- Bessere Anbindung
- Schienennetz ausbauen
- Subventionierung des ÖPNV oder Alternativen
- Verstärkung des ÖPNV
- ÖPNV verbessern
- Bau der RegioStadtBahn (2x)

• Park & Ride

• Parkplätze (kostenlos) an jedem Bahnhof

#### Die Radwege sind flächendeckend ausgebaut und sinnvoll miteinander vernetzt

- Ausbau der Radwege (2x)
- Mehr Geld für den Ausbau Rad- /Fußwege
- Fahrradabstellplätze

#### Neue Antriebstechnologien haben die Emissionen gesenkt

- Entwicklung von alternativen Motoren (Druckluft-, Elektro-, Solar-, Rapsölmotoren etc.) und Verbreitung dieser Techniken
- Umweltfreundliche Autos
- Anreize zu Benutzung von Kfz mit alternativen Energien
- *Subventionierung der Kfz mit Alternativenergie*

#### Der Autoverkehr in den Innenstädten ist erheblich reduziert

- Zubringerdienste, z.B. zu Arztpraxen, ermöglichen
- Warenauslieferung kostenfrei
- Lieferverkehr frei
- Park & Ride-Service (2x)
- Fahrradverleih mit flexibler Rückgabe
- Tempolimits
- *Gebührenpflicht in der Innenstadt*
- Mautgebühren, z.B. für Innenstädte

#### Es gibt weniger Individualverkehr mit dem Pkw

- Umweltbewusste Erziehung
- Bürokratie abgebaut; Anreize schaffen
- Anreize schaffen in peripheren Gebieten z.B. Anhaltersysteme
- *Autokosten erhöhen*

#### Durch Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene und auf Wasserwege ist der LKW-Verkehr reduziert

- Alternative Transportverkehre, z.B. Bahn
- Güter aus der Region kaufen
- Güter auf die Bahn

#### Neue Technologien ermöglichen flexible Mobilitätsangebote

- Moderne Beförderungsmittel entwickeln
- Neue Verkehrssysteme, z.B. "Schientaxi"

#### Die Mobilität ist hoch, der Verkehr fließt

- Information über Alternativen
- Forschung und Entwicklung für Mobilitätskonzepte fördern
- Verkehrsleitsysteme

Tab. 36: Leitbildaussagen und Maßnahmenvorschläge zum Thema Mobilität (Zusammenstellung der Nennungen aller Bürgergruppen; Vorschläge, die in der jeweiligen Bürgergruppe nicht konsensfähig waren, sind kursiv dargestellt.)

## 5 Arbeit

Die Entwicklung in der Arbeitswelt prägt maßgeblich die Zukunft der Stadt-Region Braunschweig. Die Arbeitswelt wiederum wird sich unter dem Einfluss des Bevölkerungsrückgangs und der Alterung deutlich verändern. Es wird erwartet, dass es durch den Bevölkerungsrückgang zu einem regionalen Fachkräftemangel kommen wird. Dies würde dazu führen, dass Unternehmen keine passend ausgebildeten Mitarbeiter auf dem regionalen Arbeitsmarkt finden. Es wird aber auch erwartet, dass das Problem der Arbeitslosigkeit weiterhin eine große Rolle spielen wird, da nicht gut ausgebildete Arbeitskräfte keine Arbeit finden. Die Alterung der Bevölkerung wird dazu führen, dass es immer weniger Menschen im arbeitsfähigen Alter geben wird, und dass

die arbeitsfähige Bevölkerung zahlenmäßig von den über 50-Jährigen dominiert wird. Zum Thema Arbeit hörten die Bürgergutachterinnen und -gutachter ein einleitendes Referat von einem Experten zu der derzeitigen Situation in der Region Braunschweig und den möglichen Trends für das Jahr 2030. Die Bürgergutachterinnen und -gutachter erarbeiteten in Kleingruppen, wieso die Region Braunschweig im Jahr 2030 einen Wettbewerb zur besten Arbeitsmarktreion in Deutschland gewinnen könnte. Die Ergebnisse wurden im Plenum vorgestellt und diskutiert. Des Weiteren entwickelten und diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Leitbildaussagen und Maßnahmen zum Thema Arbeit. Das Themenfeld wurde zusätzlich im Rahmen der Exkursion und der Zukunftsreise angesprochen.

Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag
1 Begrüßung und Einführung	5 Exkursion	9 Siedlungsstruktur	13 Zusammenführung der Leitbildaussagen
2 Wohnen und Versorgung	6 Auswertung Exkursion	10 Zusammenarbeit und Bürgerengagement	14 Wege für die Region
3 Landschaft und Stadt	7 Leitbildaussagen Teil A	11 Zukunftsreise	15 Abschluss
4 Mobilität / Sammlung von Herausforderungen	8 Arbeit	12 Leitbildaussagen Teil B	

Tab. 37: Arbeitseinheiten mit Bezug zum Thema Arbeit (dunkelgrau hinterlegt)

### 5.1 Arbeitsbiographie und Einschätzung der Gegenwart

#### Zwei bis vier Arbeitsstellen als Normalfall

In der Abbildung 35 ist zu sehen, dass der Großteil der Bürgergutachterinnen und -gutachter in seinem Leben bisher zwischen zwei und vier Arbeitsstellen hatte. Auch eine oder keine Arbeitsstelle sowie fünf und sechs Arbeitsstellen sind noch relativ häufig vertreten. Geringer ist hingegen der Anteil derjenigen, die mehr als sieben Arbeitsstellen hatten. Dies kann zum einen daran liegen, dass aufgrund des Alters Wechsel im Arbeitsleben noch bevorstehen, zum anderen, dass gerade ältere Arbeitnehmer häufiger in einer Firma geblieben sind bzw. bleiben. Betrachtet man die Verteilung der Arbeitsstellen unter Berücksichtigung der jeweiligen Altersklassen wird diese Vermutung zum Teil bestätigt. So haben jeweils ungefähr ein Drittel der 16-29-Jährigen noch keine Arbeitsstelle oder nur eine Arbeitsstelle bisher ge-

habt. Ein Drittel der 65-80-Jährigen hatte drei Arbeitsstellen in ihrem Leben. Personen mit mehr als sieben Arbeitsstellen finden sich hauptsächlich in der Perso-

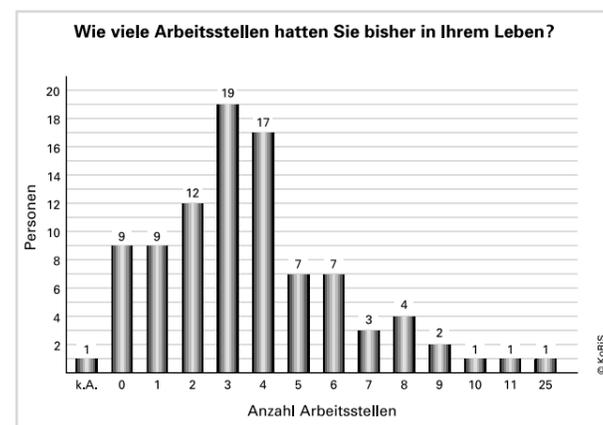


Abb. 35: Anzahl der bisherigen Arbeitsstellen der Bürgergutachterinnen und -gutachter

nengruppe der 45-64-Jährigen (77,8 % aller Personen mit mehr als sieben Arbeitsstellen).

#### Mittel bis schlechte Einschätzung der derzeitigen Arbeitsmarktsituation der Region

Die Arbeitsmarktsituation in der Region schätzen 12,9 % der Bürgergutachterinnen und -gutachter als gut ein, 40,9 % als mittel und ebenfalls 40,9 % als schlecht. 5,4 % schätzen die Arbeitsmarktsituation als sehr schlecht ein (s. Abb. 36).



Abb. 36: Einschätzung der derzeitigen Arbeitsmarktsituation in der Region Braunschweig

### 5.2 Zukunftserwartungen

#### Einschätzung der zukünftigen Arbeitsmarktsituation der Region

Im Fragebogen wurde nach der Einschätzung der zukünftigen Entwicklung gefragt. Hierbei ist zu beachten, dass diese Einschätzung vor dem einleitenden Referat stattfand, also ohne Informationen über die wahrscheinlichen Trends für die Zukunft. Die Einschätzung zeigt also wie die Bürgergutachterinnen und -gutachter sich die Zukunft vor dem Hintergrund ihrer persönlichen Erfahrungen vorstellen.

#### Keine höhere durchschnittliche Anzahl an Arbeitsplätzen im Jahr 2030

Die Einschätzung der zukünftigen durchschnittlichen Anzahl an Arbeitsstellen ist in Abbildung 37 zu sehen. Der Großteil der Bürgergutachterinnen und -gutachter erwartet, dass die Menschen in Zukunft im Laufe ihres Arbeitslebens durchschnittlich zwischen drei und fünf Arbeitsstellen haben werden. 10,7 % sehen die durchschnittliche Anzahl bei zehn Arbeitsstellen. 12,9 % machten keine Angaben. Insgesamt ist aber zu sehen, dass zukünftig die durchschnittliche Anzahl der Arbeitsstellen nicht wesentlich höher eingeschätzt wird als sie derzeit ist.

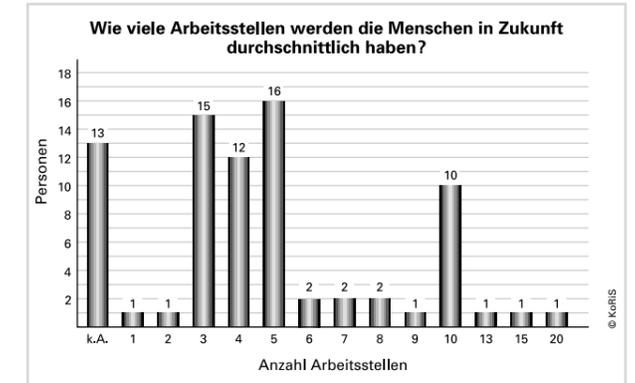


Abb. 37: Zukünftige durchschnittliche Anzahl der Arbeitsstellen

#### Entstehung von Arbeitsplätzen eher in größeren Städten

Orte in der Region Braunschweig, in denen nach Ansicht der Bürgergutachterinnen und -gutachter in Zukunft eher Arbeitsplätze entstehen, sind Wolfsburg (35,5 %), Braunschweig (29,0 %) und Salzgitter (14,0 %). Des Weiteren glauben 12,9 %, dass Arbeitsplätze vor allem in der Nähe (großer) Unternehmen entstehen, 8,6 %, dass sie in großen Orten und Zentren entstehen und 7,5 %, dass sie in der Nähe von Forschungsanstalten entstehen. 23,7 % machten keine Angaben.

#### Verlust an Arbeitsplätzen eher in kleineren und ländlichen Orten

Orte, in denen in Zukunft eher Arbeitsplätze verloren gehen werden, sind nach Meinung der Bürgergutachterinnen und -gutachter die kleinen Orte (19,4 %) sowie Salzgitter (16,1 %) und Orte in ländlichen Regionen (12,9 %). Auch von vielen als Verlierer bei den Arbeitsplätzen betrachtet werden der Raum Helmstedt (11,8 %), Braunschweig (10,8 %) und Wolfsburg (9,7 %). Einige glauben auch, dass überall Arbeitsplätze verloren gehen werden (6,5 %). Weitere 6,5 % sehen auch die Harzregion als Verlierer an. 19,4 % machten keine Angaben.

#### Arbeitsplätze 2030 vor allem in der Dienstleistungsbranche und in Großunternehmen

Die Einschätzung der Bürgergutachterinnen und -gutachter, in welchen Bereichen die meisten Arbeitsplätze in der Region im Jahr 2030 sein werden, ist in Abbildung 38 zu sehen. Der Großteil der Bürgergutachterinnen und -gutachter sieht vor allem die Dienstleistungsbranchen (77,2 %) und die Großunternehmen (76,4 %) als die Bereiche, in denen die meisten Arbeitsplätze sein werden. 52,2 % sind außerdem der Meinung, dass in der Autozulieferindustrie Arbeitsplätze existieren

werden. Die Landwirtschaft wird von den wenigsten als ein Bereich gesehen, der 2030 viele Arbeitsplätze beinhaltet, lediglich 3,3 % sehen hier viele Arbeitsplätze im Jahr 2030.

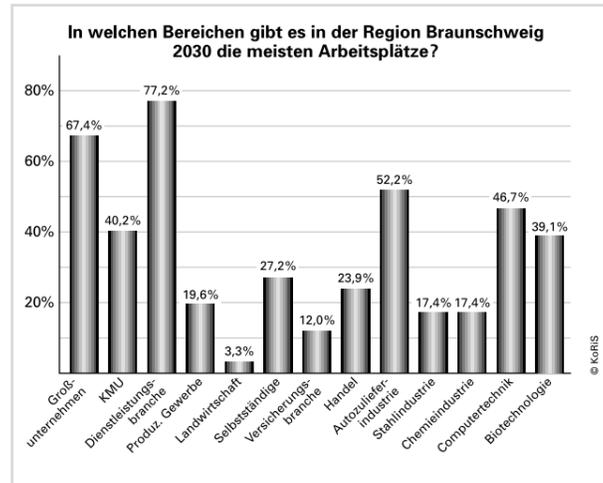


Abb. 38: Arbeitsplätze in der Region Braunschweig im Jahr 2030

**Keine einheitliche Einschätzung der durchschnittlichen Arbeitszeiten**

Die Einschätzung der durchschnittlichen Arbeitszeit ist relativ breit verteilt. 28 % der Bürgergutachterinnen und -gutachter meinen, dass 2030 die durchschnittliche Arbeitszeit pro Woche mehr als 40 Stunden betragen wird, 21,5 % glauben, dass es zwischen 35 und 40 Stunden sein werden. 18,3 % sehen die durchschnittliche Zeit bei 25-30 Stunden. Lediglich 6,5 % erwarten eine durchschnittliche Arbeitszeit von 20-25 Stunden (s. Abb. 39).

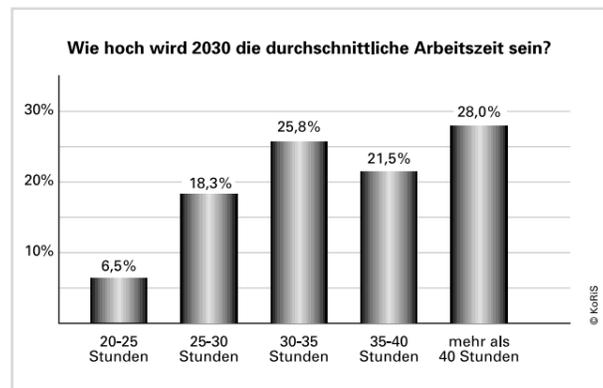


Abb. 39: Durchschnittliche Arbeitszeit im Jahr 2030

**Mehr Teilzeitstellen**

Ein sehr großer Teil der Bürgergutachterinnen und -gutachter erwartet, dass es in 25 Jahren mehr Teilzeitstellen geben wird (86 %). 9,7 % erwarten dies nicht und 4,3 % können es nicht einschätzen (s. Abb.40).



Abb. 40: Teilzeitstellen im Jahr 2030

**Weiterbildung eher privat**

Im Bereich der Weiterbildung schätzen die meisten Bürgergutachterinnen und -gutachter die Entwicklung so ein, dass diese hauptsächlich privat stattfinden wird (64,5 %). Auch die Weiterbildung in einem Weiterbildungsverbund von Betrieben wird als sehr wahrscheinlich eingeschätzt (52,7 %). Dass die Weiterbildung außerhalb der Betriebe stattfindet, erwarten 41,9 % der Bürgergutachterinnen und -gutachter. 34,4 % glauben, dass sie (auch) innerhalb der Betriebe stattfinden wird. Dass die Weiterbildung in der Arbeitszeit stattfindet, glauben allerdings nur 21,5 % (s. Abb. 41).

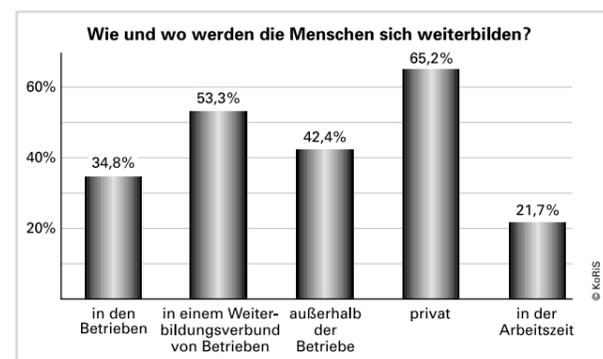


Abb. 41: Weiterbildung im Jahr 2030

**Arbeitsplatzmobilität sowohl positiv als auch negativ**

Die zukünftig verstärkt erwartete Arbeitsplatzmobilität wird sowohl positiv als auch negativ angesehen. 40,9 % der Bürgergutachterinnen und -gutachter sehen sie als positiv an, 41,9 % als negativ. 5,4 % sehen sie sowohl positiv als auch negativ und 11,8 % können hierzu nichts sagen. Die positiven Antworten beziehen sich darauf, dass durch die Mobilität Erfahrungen gesammelt werden können, dass man Initiative zeigen muss und dass dadurch der Arbeitsplatz erhalten werden kann. Die negativen Antworten beziehen sich vor allem darauf, dass soziale Bindungen zerstört werden und das Verkehrsaufkommen sich erhöht. Die "Sowohl-als-auch-Antworten" beziehen sich darauf, dass Familien durch die Mobilität eher betroffen sind als Alleinstehende. Ansonsten wird wie bei den Positiv- und Negativantworten argumentiert.

**Arbeitsplätze mit der Möglichkeit zur Weiterbildung, zur Flexibilität und mit individueller Bezahlung**

Auf die Frage wie sie sich die Arbeit im Jahr 2030 wünschen, antworteten 80,6 % der Bürgergutachterinnen und -gutachter, dass sie sich Arbeitsplätze wünschen, bei denen man die Möglichkeit hat, sich weiterzubilden und 11,8 %, dass sie sich Arbeitsplätze ohne den Zwang sich weiterzubilden wünschen. 63,4 % der Bürgergutachterinnen und -gutachter hätten gerne mehr selbstbestimmte Flexibilität in den Arbeitszeiten und 22,6 % hätten gerne mehr Flexibilität in den Arbeitszeiten von Seiten der Arbeitgeber. Die Bezahlung wünschen sich 57 % der Teilnehmerinnen und Teilnehmer so, dass eine möglichst individuelle Bezahlung nach Leistung gewährleistet wird. 24,7 % hätten lieber feste Tarife, nach denen bezahlt wird und 3,2 % wünschen sich ein festes Grundgehalt mit leistungsbezogenen Zulagen (s. Abb. 42).

**Mehr Arbeitsplätze in kleineren Unternehmen, mehr Teilzeitstellen und eine größere Nähe zwischen Wohnen und Arbeiten**

Mehr Arbeitsplätze soll es 2030 nach Wunsch von 55,9 % der Bürgergutachterinnen und -gutachter in kleineren Unternehmen geben und nach Wunsch von 28 % in größeren Unternehmen. 2,2 % wünschen, dass es allgemein mehr Arbeitsplätze gibt. 48,4 % der Teilnehmenden hätte 2030 gerne mehr Teilzeitstellen und 36,6 % mehr Arbeitsplätze mit der Möglichkeit von zu Hause aus zu arbeiten. 29,3 % wünschen sich, dass es 2030 mehr Selbstständige gibt.

Bezüglich der Lage der Arbeitsplätze hätten 55,9 % gerne eine größere Nähe zwischen Wohnen und Arbeiten und 6,5 % fänden es gut, wenn die Arbeitsplätze in dafür bestimmten Stadtteilen wären.

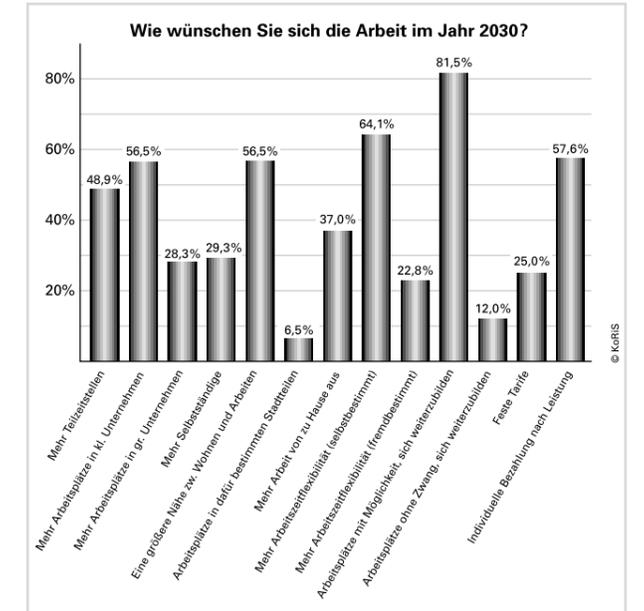


Abb. 42: Arbeit im Jahr 2030

**Arbeitszeit pro Woche zwischen 25 und 40 Stunden**

36,6 % der Bürgergutachterinnen und -gutachter wünschten sich eine bestimmte durchschnittliche Stundenzahl. 53,0 % hiervon wünschten eine Stundenzahl zwischen 25 und 35 Stunden pro Woche, 44,1 % eine Stundenzahl zwischen 36 und 40 Stunden pro Woche und 2,9 % eine durchschnittliche Stundenzahl von mehr als 40 Stunden pro Woche.

**Steigende Arbeitslosigkeit als größte Sorge für die Zukunft**

Auf die Frage nach ihren größten Sorgen und Ängsten, nannten 34,4 % der Bürgergutachterinnen und -gutachter die steigende Arbeitslosigkeit, 15,1 % einen Mangel an Arbeits- und Ausbildungsplätzen für junge Menschen und jeweils 10,8 % den Wegfall von Arbeitsplätzen durch zunehmende Automatisierung und die Be-

nachteiligung bestimmter Gruppen wie Frauen, Langzeitarbeitslosen, Berufseinsteigern oder weniger gebildeten Menschen. Die weiteren Nennungen sind in Tabelle 38 aufgenommen.

Sorgen und Ängste der Teilnehmenden bezüglich der weiteren Entwicklung im Bereich Arbeit	
• Steigende Arbeitslosigkeit	5 (32)*
• Mangel an Arbeits- und Ausbildungsplätzen für junge Menschen	4 (14)
• Wegfall von Arbeitsplätzen durch zunehmende Automatisierung	4 (10)
• Benachteiligung bestimmter Gruppen (Frauen, Langzeitarbeitslose, Berufseinsteiger, weniger gebildete Mitmenschen)	4 (10)
• Verlagerung von Produktions-/Arbeitsstätten ins Ausland	4 (6)
• Nicht leistungsbezogene Bezahlung	4 (5)
• Schließung von Unternehmen	3 (4)
• Wirtschaftliche Rezession innerhalb der Region Braunschweig	3 (4)
• Zunahme des sozialen Gefälles	2 (4)
• Finanzierung des Sozialsystems	2 (4)
• Abnehmende Konkurrenzfähigkeit deutscher Produkte durch steigende Produktionskosten	3 (3)
• Immer weniger Menschen erzeugen den Bedarf für alle; trotz abnehmender Bevölkerung in der Republik werden weniger Menschen gebraucht	1 (1)
• Arbeit am Internet isoliert die Menschen zu sehr voneinander, die Population erweitert sich zu sehr, dass der Arbeitsmarkt diese Belastungen nicht kompensieren kann; Räume der Natur werden zu sehr aufgeopfert, um neue Arbeitsplätze zu schaffen	1 (1)
• Dass Arbeit (Handwerker) nicht mehr bezahlbar ist (Zunahme von Schwarzarbeit)	1 (1)
• Überangebot an Arbeitskräften, z. T. hochqualifiziert	1 (1)
• Langfristige Firmenzugehörigkeit wird abgebaut durch vermehrten Einsatz von Zeitarbeitern (momentane Vertragsdauer maximal 2 Jahre)	1 (1)
• Zentralisierung, Zusammenschlüsse; dadurch weniger individueller Arbeitsfreiraum. Zu viele Automatismen, weniger eigene Entscheidungsfreiheit	1 (1)
• Dass sie chemische Sachen produzieren und die Landschaft dadurch kaputt machen	1 (1)
• Durch fortschreitende Globalisierung erhöht sich die Entfernung zwischen Wohn- und Arbeitsort	1 (1)
• Spagat zwischen Familie und Beruf	1 (1)
• Die Erweiterung der EU nach Osten und Südosten sollte für die deutsche Wirtschaft positive Auswirkungen haben	1 (1)

\* Die Zahlen bedeuten Nennung in N Bürgergruppen (von N Bürgergutachtern)

Tab. 38: Sorgen und Ängste der Teilnehmende bezüglich der weiteren Entwicklung im Bereich Arbeit (Gesamtzahl der Bürgergruppen: 5; Bürgergutachter: 86)

**“Die beste Arbeitsmarktregion in Deutschland”**

Die Bürgergutachterinnen und -gutachter erarbeiteten außerdem, welche Gründe es geben könnte, dass die Region Braunschweig im Jahr 2030 eine Auszeichnung im Wettbewerb “Die beste Arbeitsmarktregion Deutschlands” erhält.

In allen Bürgergruppen wurden für diese Auszeichnung folgende mögliche Gründe genannt:

- Braunschweig ist die Forschungsregion
- Es gibt gute Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten
- Die verkehrliche Anbindung ist gut

In mehreren Bürgergruppen wurden als weitere mögliche Gründe angeführt:

- Vielfältiges Arbeitsplatzangebot
- Vollbeschäftigung in der Region

- Standort vieler zukunftsorientierter Branchen
- Branchenmix
- Funktionierende Wirtschaftsförderung
- Gute Infrastruktur
- Attraktive Umgebung und Naherholungsmöglichkeiten
- Viele Teilzeitstellenangebote

Einige Kleingruppen sahen außerdem noch folgende mögliche Gründe für eine Auszeichnung:

- Viele Arbeitsplätze im Bereich Tourismus
- Gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Gute Wohnqualität
- Gute Vermarktung der Region
- Erhalt und Förderung des Mittelstandes
- Lagegunst
- Hochqualifizierte Arbeitskräfte
- Günstige Grundstückspreise

Mögliche Gründe für eine Auszeichnung als “Beste Arbeitsmarktregion Deutschlands”			
• Guter Forschungs- und Entwicklungsstandort	5 (9)*	• Attraktive Wohnangebote	2 (3)
• Optimale Ausbildungsbedingungen	5 (9)	• Erstklassige Freizeit- und Kulturangebote	2 (3)
• Gutes Weiterbildungsangebot	5 (8)	• Regionale Vollbeschäftigung	3 (2)
• Gute verkehrliche Anbindungen	5 (8)	• Erhalt und Förderung des Mittelstandes	2 (2)
• Vielfalt an Arbeitsplätzen	4 (6)	• Vorbildliche Förderung des Tourismus	2 (2)
• Gute Infrastruktur	3 (5)	• Zentrale Lage	2 (2)
• Standort zukunftsweisender Technologien	4 (4)	• Hochqualifizierte Arbeitskräfte	2 (2)
• Attraktives Naherholungsangebot	3 (4)	• Günstige Grundstückspreise	2 (2)
• Gute Bildungseinrichtungen	3 (4)	• Effektive Stellenvermittlung	1 (2)
• Problemlose Vereinbarung von Familie und Beruf	2 (4)	• Ausgebaute Kompetenzzentren	1 (1)
• Viele Teilzeitangebote	3 (3)	• Arbeitskräfteaustausch zwischen den Betrieben	1 (1)
• Innovative Wirtschaftsförderung	3 (3)	• Viele soziale Einrichtungen	1 (1)
• Gesunder Branchenmix	3 (3)	• Flexible Arbeitszeiten	1 (1)
• Gute Vermarktung der Region	2 (3)	• Altstandorte	1 (1)
		• Hartz-Konzept	1 (1)

\* Die Zahlen bedeuten Nennung in N Bürgergruppen (in N Kleingruppen)

Tab. 39: Mögliche Gründe für eine Auszeichnung als “Beste Arbeitsmarktregion Deutschlands” (Nennungen der Bürgergruppen, Gesamtzahl der Bürgergruppen: 5; Kleingruppen: 20)

### 5.3 Leitbildaussagen "Arbeit"

Aus den Zukunftseinschätzungen heraus entwickelten die Bürgergutachterinnen und -gutachter erste Leitbildaussagen zum Thema Arbeit. Diese Leitbildaussagen wurden von den Teilnehmenden am letzten Tag noch einmal überprüft und zum Teil geändert. Dabei wurden Anregungen aus der Zukunftsreise aufgegriffen. Im Folgenden sind die gemeinsamen Leitbildaussagen aller Bürgergruppen dargestellt.

*Kursiv dargestellte Aussagen sind Aussagen, die nur von ein bis zwei Bürgergruppen getroffen wurden, oder Vorstellungen, die in der Zukunftsreise geäußert wurden.*

#### F 1 Die Arbeitszeiten sind flexibel gestaltbar

In den Bürgergruppen wurden flexible Arbeitszeiten allgemein als positiv eingeschätzt. Deswegen sollte es in der Region im Jahr 2030 die Möglichkeit flexibler Arbeitszeiten geben.

*Eine Bürgergruppe merkte hierzu an, dass bei der Ausgestaltung die Interessen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern berücksichtigt werden müssten. Genauso sollte Arbeitsplatzmobilität zwar grundsätzlich möglich sein, aber familiengerecht gestaltet werden.*

#### F 2 Es gibt viele Teilzeit-Arbeitsstellen

Nach den Vorstellungen der Bürgergutachterinnen und -gutachter gibt es 2030 in der Region viele Teilzeitstellen, die flexible Arbeitszeiten haben. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können aber auch weiterhin Vollzeit arbeiten.

#### F 3 Ältere Menschen sind in die Arbeitswelt integriert; die Arbeitsplätze für Ältere sind ihrem Alter angemessen; das Know How der Älteren - geistig wie handwerklich - wird genutzt

Den Bürgergutachterinnen und -gutachtern ist wichtig, dass im Jahr 2030 ältere Menschen in der Region weiterhin Arbeit finden können. Auf ihren Erfahrungsschatz soll zurückgegriffen werden. Die spezifischen Ansprüche der Älteren an Arbeitsplätze sollen berücksichtigt werden. Die älteren Arbeitnehmer sollen als wertvolles Potenzial aufgefasst werden.

#### F 4 Die Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten sind erweitert worden

Die Bürgergutachterinnen und -gutachter erwarten, dass sich im Jahr 2030 das lebenslange Lernen in der Region durchgesetzt hat. Die Weiterbildungsmöglichkeiten

sollen erweitert werden und Weiterbildung laufend stattfinden. Es soll viele Ausbildungsplätze und gleiche Bildungschancen für alle geben.

#### F 5 Die Arbeitslosigkeit in der Region ist gering

Nach den Vorstellungen der Bürgergutachterinnen und -gutachter werden bis zum Jahr 2030 in der Region Braunschweig zahlreiche neue Arbeitsplätze geschaffen. Die wirtschaftliche Lage in der Region ist im Jahr 2030 stabil.

#### F 6 In der Region haben sich viele neue Firmen angesiedelt

Die Bürgerinnen und Bürger gehen davon aus, dass sich im Jahr 2030 viele Firmen in der Region angesiedelt haben. Diese könnten vor allem im Bereich der neuen Technologien und im Dienstleistungsbereich tätig sein. Nach den Wünschen der Bürgergutachterinnen und -gutachter entwickeln sie innovative, verkaufsfähige Produkte und schaffen neue Arbeitsplätze in der Region.

#### F 7 Die Forschung hat einen hohen Stellenwert, die technische Entwicklung wird genutzt

Bei dem Thema Forschung und Entwicklung halten es die Bürgergutachterinnen und -gutachter für notwendig, dass die TU Braunschweig und die Fachhochschulen der Region enger untereinander und mit der Industrie zusammenarbeiten. Neue Forschungsergebnisse und technische Entwicklungen, die in der Region erarbeitet werden, sollen für die Region zusätzliche Arbeitsplätze schaffen, indem sie vor Ort in die Praxis umgesetzt werden.

#### Es besteht die Möglichkeit, aber kein Zwang, länger zu arbeiten

*Während der Zukunftsreisen wurde über ein höheres Renteneinstiegsalter diskutiert. Die Bürgerinnen und Bürger von drei Bürgergruppen sehen dies nicht als wünschenswert an und plädieren dafür, dass das übliche Renteneinstiegsalter weiterhin bei 65 Jahren liegen sollte. Wer länger arbeiten möchte, sollte die Möglichkeit dazu haben.*

#### Die Arbeitsbedingungen sind auf den Menschen zugeschnitten, dadurch gibt es fast nur noch gesunde Arbeitsplätze

*In zwei der Bürgergruppen wurde gefordert, dass im Jahr 2030 die Arbeitsbedingungen psychisch und physisch gesund sind, das Arbeitsklima gut ist und die Arbeit durch neue Technologien auf den Menschen zugeschnitten sein soll. Insbesondere für ältere Menschen soll es z.B. altersgerechte Arbeitsplätze geben.*

*schnitten sein soll. Insbesondere für ältere Menschen soll es z.B. altersgerechte Arbeitsplätze geben.*

#### Es gibt alternative Formen der Arbeitsgestaltung

*Zwei der Bürgergruppen benannten es als Ziel, dass sich 2030 unterschiedliche Arbeitsmodelle verbreiten haben und sich alternative Formen der Arbeitsgestaltung durchsetzen. Sie sehen darin auch eine Möglichkeit, die Arbeit individueller zu gestalten.*

### 5.4 Maßnahmen

Neben den Leitbildaussagen wurden auch Maßnahmen erarbeitet, die notwendig sind, um die Leitbildaussagen

umzusetzen. Aus den erarbeiteten Maßnahmen wurden von den Bürgergutachterinnen und -gutachtern die wichtigsten ausgewählt. Für diese wurde benannt, welche Schritte man für die Umsetzung ergreifen müsste. Im Folgenden werden zunächst die Maßnahmen, die von den Bürgergutachterinnen und -gutachtern in den einzelnen Bürgergruppen als wichtigste Maßnahmen für den Bereich Arbeit ausgewählt wurden, ausführlicher beschrieben und daraufhin allgemein die für den Bereich Arbeit erarbeiteten Maßnahmen dargestellt.

#### Wichtigste Maßnahmen zum Bereich Arbeit

Von den Bürgergutachterinnen und -gutachtern wurden für den Bereich Arbeit vierzehn prioritäre Maßnahmen benannt.

Wichtigste Maßnahmen zum Bereich Arbeit	
Maßnahme	
Wirtschaftliche Stabilität	
Bildung darf nicht am Geld scheitern	
Genügend und flexible Arbeitsplätze	
Neue Arbeitsplätze	
Bereitschaft zum Wandel	
Förderung von Klein- und Mittelständischen Betrieben	
• Förderung von Klein- und Mittelbetrieben	
• Klein- und Mittelständische Unternehmen	
Orientierungshilfe zur beruflichen Entwicklung in der Schule verbessern	
• Orientierungshilfe zur beruflichen Entwicklung in der Schule verbessern	
• Schulen führen mehr ins Berufsleben	
Bildung fördern und kostenlose Weiterbildung anbieten	
• Bildung fördern / Weiterbildung kostenlos	
• Bildung muss gefördert werden	
Betriebliche Weiterbildung fördern	
Ausbildung fördern	
Innovationen und Existenzgründung fördern	
Arbeitsumfang und Arbeitszeit gerecht verteilen	
Ansiedlung neuer Branchen	
Kooperation Uni/ Forschung, Unternehmen/ Arbeitskräfte	
Gesamtpunktzahl der Maßnahmen zum Bereich Mobilität	

Tab. 40: Wichtigste Maßnahmen zum Bereich Arbeit (Die Maßnahmen mit zwei Unterpunkten wurden aus Vorschlägen von jeweils zwei Kleingruppen zusammengefasst)

### Wirtschaftliche Stabilität

Um wirtschaftliche Stabilität in der Region zu erreichen, schlagen die Bürgergutachterinnen und -gutachter vor, eine breitere Streuung der Branchen anzustreben und dabei auch Zukunftstechnologien zu berücksichtigen. Des Weiteren soll Selbstständigkeit (u.a. in Form von Ich-AGs) gefördert werden. Die Aus- und Weiterbildung soll von großen Unternehmen für kleinere mitgetragen werden. Hierfür ist nach Ansicht der Bürgergutachterinnen und -gutachter eine stärkere Zusammenarbeit von Behörden, Industrie und Universitäten notwendig. Ein weiterer Vorschlag ist, vorhandene Transportwege vielfältiger zu nutzen, indem die Logistik verschiedener Unternehmen koordiniert wird. Außerdem sollte die wirtschaftliche Stabilität nach Auffassung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer durch veränderte Arbeitszeitmodelle gestärkt werden. Um diese einzuführen sollen sowohl die Arbeitgeber als auch die Arbeitnehmer mehr Flexibilität zeigen.

### Bildung darf nicht am Geld scheitern

Damit Bildung nicht am fehlenden Geld scheitert, müssen finanzielle Mittel beschafft werden. Dies soll nach Ansicht der Bürgergutachterinnen und -gutachter z.B. durch eine Kooperation von Bildungsträgern und Wirtschaft geschehen, die von Staat und Wirtschaft angestoßen wird. Für Auszubildende sollte günstiger Wohnraum durch öffentliche Träger angeboten werden. Außerdem sollen nach Meinung der Bürgergutachterinnen und -gutachter die Unternehmen Stipendien und Darlehen für Auszubildende zur Verfügung stellen.

### Genügend und flexible Arbeitsplätze

Um genügend und flexible Arbeitsplätze im Jahr 2030 anbieten zu können, empfehlen die Bürgergutachterinnen und -gutachter, die Altersteilzeit auszubauen und auch Arbeitsplätze einzurichten, bei denen es möglich ist, nur 8 Stunden pro Woche zu arbeiten. Um diese Maßnahmen durchführen zu können, müssen Staat, Betriebe, Arbeitsamt und alle Betroffenen gemeinsam Konzepte entwickeln und diese umsetzen.

### Neue Arbeitsplätze

Für neue Arbeitsplätze in der Region sollten aus Sicht der Teilnehmenden Betriebsansiedlungen gefördert werden und flexible Arbeitszeitmodelle eingeführt werden. Dies sollte durch die Kommunen sowie Industrie und Wirtschaft geschehen, aber auch die Bürgerinnen und Bürger sollten an Entscheidungen hierzu beteiligt werden.

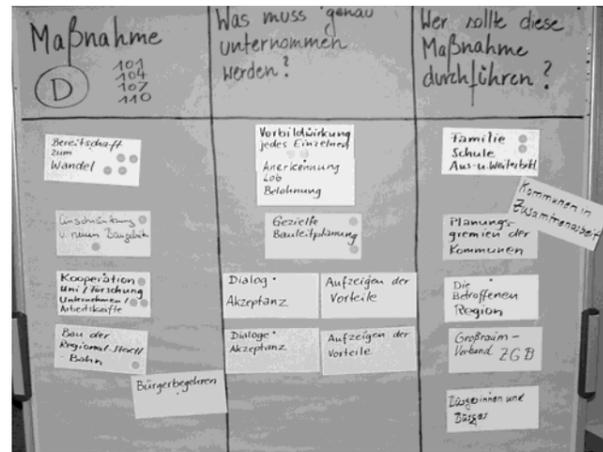


Abb. 43: Wandzeitung einer Bürgergruppe mit Auswahl der wichtigsten Maßnahmen

### Bereitschaft zum Wandel

Bereitschaft zum Wandel ist aus Sicht der Bürgergutachterinnen und -gutachter eine Grundvoraussetzung, um die Bedingungen in der Arbeitswelt in der Region Braunschweig im Jahr 2030 zu verbessern. Dies betrifft aus Sicht der Bürgergutachterinnen und -gutachter zum einen insbesondere die Arbeitnehmer und Arbeitgeber, die miteinander kooperieren müssen, damit ein Wandel eintritt. Zum anderen betrifft es jeden Einzelnen, indem er ein Vorbild darstellt und seine Bereitschaft zum Wandel immer wieder hinterfragt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer empfehlen, die Bereitschaft zum Wandel zu unterstützen indem z.B. innovative Ideen eine besondere Anerkennung erhalten. Die Bereitschaft zum Wandel sollte in der Familie, Schule sowie in der Aus- und Weiterbildung gefördert werden.

### Förderung von Klein- und Mittelständischen Betrieben

Die Bürgergutachterinnen und -gutachter schlagen als Maßnahme vor, kleinere und mittlere Unternehmen zu fördern. Z.B. sollten finanzielle Unterstützungen durch den Staat gewährleistet und Unternehmensgründungen vereinfacht werden, indem die Steuergesetzgebung geändert wird. Den kleineren und mittleren Unternehmen sollte nach Ansicht der Bürgergutachterinnen und -gutachter auch dadurch geholfen werden, dass pensionierte Manager ihnen auf freiwilliger Basis Tipps geben oder dass Gründungswillige in Ideenparks (Gründerzentren) zusammengeführt werden. Weiterhin sehen einige Bürgergutachterinnen und -gutachter die Notwendigkeit, die Bildungsqualität an Haupt- und Realschulen zu verbessern, damit diejenigen besser ausgebildet werden, die in den kleineren und mittleren Unternehmen der Region arbeiten wer-

den. Dafür müsste von der Landesregierung auch das Schulsystem reformiert werden sowie mehr Berufsinformationen über klein- und mittelständische Unternehmen an die Schülerinnen und Schüler weitergegeben werden.

### Orientierungshilfe zur beruflichen Entwicklung in der Schule verbessern

Zur Verbesserung der beruflichen Orientierung in der Schule schlagen die Bürgergutachterinnen und -gutachter vor, eine Agenda aus Schulen, Handwerk, Banken und Versicherungen, Verwaltung und Eltern zu bilden, die ein Pflichtenheft entwickelt, in dem steht, was jede Schule zur beruflichen Orientierung anbieten sollte. Zum Beispiel sollten in Zusammenarbeit von Schulen, Betrieben und Arbeitsamt Betriebspraktika angeboten werden, die Schülerinnen und Schüler auf das Berufsleben vorbereiten.

### Bildung fördern und kostenlose Weiterbildung anbieten

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer halten es für erforderlich, dass Arbeitgeber, Schulen und Bildungsträger eng zusammenarbeiten, um die Bildung zu fördern, kostenlose Weiterbildung anzubieten und das Interesse an Bildung zu wecken. Die Zusammenarbeit sollte durch die Kommunen gefördert werden.

### Betriebliche Weiterbildung fördern

Spezialkurse und betriebliche Fortbildung an mindestens fünf Tagen im Jahr sollen nach den Vorstellungen der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter durch Staat, Betriebe und Arbeitsämter gewährleistet werden. Natürlich müssen sich die Bürgerinnen und Bürger als Lernende auch selbst einbringen.

### Ausbildung fördern

In der Ausbildung sollten nach den Vorstellungen der Bürgergutachterinnen und -gutachter die Kosten für die Betriebe und auch die Dauer der Abwesenheit der Auszubildenden vom Betrieb gesenkt werden.

### Innovationen und Existenzgründung fördern

Um Innovationen und Existenzgründungen zu fördern, schlagen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zum einen eine finanzielle Unterstützung durch den Staat und die Kommunen vor, zum anderen eine Einrichtung von Beratungszentren für Existenzgründer durch Fachverbände und Wirtschaftsforscher, aber auch durch den Staat. Um Innovationen zu fördern, halten sie es außerdem für wichtig, wissenschaftliche Erkenntnisse sofort in die Praxis weiterzuleiten. Dies soll erreicht werden,

indem Forschungsaufträge von der Wirtschaft aber auch vom Staat erteilt werden.

### Arbeitsumfang und Arbeitszeit gerecht verteilen

Die Bürgergutachterinnen und -gutachter schlagen als Maßnahme vor, durch die Entwicklung und das Angebot von neuen Arbeitsplatzmodellen im Jahr 2030 in der Region Arbeitsumfang und Arbeitszeit gerecht zu verteilen. Dazu sollten Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretungen zusammenarbeiten und spezielle Agenturen geschaffen werden.

### Ansiedlung neuer Branchen

Damit sich in der Region neue Branchen ansiedeln, empfehlen die Teilnehmenden den Standort durch Zusammenarbeit der Gemeinden der Region attraktiver zu gestalten. Auch Forschungsprojekte, die vom Land oder von den Unternehmen angestoßen werden, können geeignet sein, neue Branchen in die Region zu ziehen. Weiterhin empfehlen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine Marketingkampagne für die Region durchzuführen. Dies sollte z.B. durch Anzeigen in überregionalen Medien geschehen. Als Akteure sehen die Bürgergutachterinnen und -gutachter hier insbesondere die Braunschweiger Zeitung und andere regionale Medien sowie den Zweckverband Großraum Braunschweig, der nach Ansicht der Bürgergutachterinnen und -gutachter hierfür eine "PR-Abteilung" einrichten sollte. Aber auch andere regionale Akteure können sich natürlich für die Region einsetzen.

### Kooperation Uni/Forschung, Unternehmen/Arbeitskräfte

Nach Ansicht einiger Bürgergutachterinnen und -gutachter müssen die Vorteile einer Zusammenarbeit aufgezeigt werden, um einen Dialog zwischen Universitäten und Unternehmen sowie Arbeitskräften anzustoßen. Die Kooperation sollte von der Region initiiert werden.

### Maßnahmenvorschläge zum Thema Arbeit

#### Die Arbeitszeiten sind flexibel gestaltbar

- Flexible Arbeitsmodelle einführen
- Heimarbeit für junge Mütter
- Flexibilität der Arbeitnehmer
- Kundenorientierte variable Arbeitszeit
- Bereitschaft zum Wandel
- Flexibilisierung der Arbeitszeiten
- *Abruf-Arbeit*

#### Es gibt viele Teilzeit-Arbeitsstellen

- Mehr Arbeitsplätze durch Teilzeit
- Arbeitsplätze "job-sharing"-fähig machen
- Umstrukturierung der Arbeitsplätze
- *Mehr Arbeitsplätze für Teilzeitstellen*

#### Ältere Menschen sind in die Arbeitswelt integriert; die Arbeitsplätze für Ältere sind ihrem Alter angemessen; das Know How der Älteren - geistig wie handwerklich - wird genutzt

- Wertebewusstsein entwickeln

#### Die Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten sind erweitert worden

- Weiterbildung fördern und anpassen
- Weiterbildung kostenlos
- Wahrnehmung und Nutzung von Weiterbildungsangeboten
- Verstärkte Weiterbildung in Betrieben
- Firmen unterstützen Weiterbildung
- Einflussnahme von Wirtschaft auf Weiterbildung
- Kontinuierliche lebenslange Weiterbildung
- Mehr Ausbildungsplätze
- Berufliche Orientierungshilfe bereits in der Schule verbessern
- Bildung darf am Geld nicht scheitern
- Bildung muss gefördert werden
- Verschiedene Bildungswege
- Zielstrebige Zusammenarbeit lehren und lernen
- Medizinische Forschung
- *Kooperation von Unternehmen und Schulen - die Gefahr der Beeinflussung besteht, daher Sponsoring nur, ohne Abhängigkeiten zu schaffen*
- *Freie Schulwahl durch Bildungsgutscheine*
- *Begabtenförderung*
- *Kostenfreier Zugang zur Bildung*

#### In der Region haben sich viele neue Firmen angesiedelt

- Betriebsansiedlung fördern
- Förderung von KMU
- Schnelle und unbürokratische Anschubfinanzierung
- Existenzgründung fördern
- Finanzielle Unterstützung für Innovation und Verknüpfung Forschung und Wirtschaft
- Branchenvielfalt
- Gute Verkehrsanbindung
- Gutes Bildungs-, Ausbildungs- und Forschungsangebot
- Kooperation von Hochschule/Forschung und Arbeitskräften bzw. Unternehmen

#### Die Arbeitsbedingungen sind auf den Menschen zugeschnitten, dadurch gibt es fast nur noch gesunde

##### Arbeitsplätze

- Arbeitsumfang und Arbeitszeit an die Altersstruktur anpassen
- Ergonomie/Arbeitshygiene
- Mindestlohn sichern

##### Maßnahmenvorschläge ohne Zuordnung zu konsensfähigen Leitbildaussagen

- Neustrukturierung des Arbeitsamtes insbesondere der Vermittlung

Tab. 41: Leitbildaussagen und Maßnahmenvorschläge zum Thema Arbeit (Zusammenstellung der Nennungen aller Bürgergruppen; Vorschläge, die in der jeweiligen Bürgergruppe nicht konsensfähig waren, sind kursiv dargestellt.)

## 6 Zusammenarbeit und Bürgerengagement

Vor dem Hintergrund einer älter werdenden Bevölkerung und des Bevölkerungsrückgangs können die Herausforderungen der Zukunft nur in enger Zusammenarbeit aller Akteure der Region gelöst werden. Die Lebensqualität der Region wird davon abhängen, wie gut die regionalen Akteure zusammenarbeiten. So können z.B. Formen der Zusammenarbeit zwischen Städten und Gemeinden die Grundversorgung der Bevölkerung sichern, Partnerschaften von Städten und Gemeinden mit Unternehmen oder der Bürgerschaft können ehemals öffentliche Aufgaben erfüllen und ehrenamtliches Engagement kann dazu beitragen, die soziale und kulturelle Versorgung zu sichern.



Abb.44: Einführung in das Thema Zusammenarbeit und Bürgerengagement

Zum Thema Zusammenarbeit und Bürgerengagement hörten die Bürgergutachterinnen und -gutachter ein einleitendes Referat von einem Experten zu der derzeitigen Situation in der Region Braunschweig und den möglichen Trends für das Jahr 2030. Die Bürgergutachterinnen und -gutachter erarbeiteten in Kleingruppen, welche Formen der Zusammenarbeit zwischen Städten, Gemeinden und Unternehmen in Bezug auf den erwarteten Bevölkerungsrückgang in der Region Braunschweig in Zukunft eine Bedeutung haben sollten und welche Rolle das ehrenamtliche und bürgerschaftliche Engagement von Bürgerinnen und Bürgern spielen sollte. Des Weiteren entwickelten und diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Leitbildaussagen und Maßnahmen zum Thema Zusammenarbeit und Bürgerengagement. Das Themenfeld wurde zusätzlich im Rahmen der Exkursion und der Zukunftsreise angesprochen.

### 6.1 Einschätzung der Gegenwart

Die Bürgergutachterinnen und -gutachter wurden gefragt, welche Kooperationsformen ihnen bekannt sind und inwiefern sie sich heute bereits selbst engagieren bzw. bereit wären, sich zukünftig zu engagieren.

#### Viele Formen des ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagements sind bekannt

Den Bürgergutachterinnen und -gutachtern sind viele Formen ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagements bekannt. Eine Aufzählung der bekannten Formen sind in Tabelle 43 zu finden.

Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag
1 Begrüßung und Einführung	5 Exkursion	9 Siedlungsstruktur	13 Zusammenführung der Leitbildaussagen
2 Wohnen und Versorgung	6 Auswertung Exkursion	10 Zusammenarbeit und Bürgerengagement	14 Wege für die Region
3 Landschaft und Stadt	7 Leitbildaussagen Teil A	11 Zukunftsreise	15 Abschluss
4 Mobilität / Sammlung von Herausforderungen	8 Arbeit	12 Leitbildaussagen Teil B	

Tab. 42: Arbeitseinheiten mit Bezug zum Thema Zusammenarbeit und Bürgerengagement (dunkelgrau hinterlegt)

Besonders bekannt sind die Arbeit in Vereinen, bei der freiwilligen Feuerwehr, dem technischen Hilfswerk oder dem Deutschen Roten Kreuz, das Engagement in Parteien und Verbänden sowie das Engagement in sozialen, karitativen Einrichtungen oder in der Kirche. Auch das Engagement für bestimmte Gruppen wie Senioren, Kranke sowie Kinder und Jugendliche wurde genannt.

Die Bürgergutachterinnen und -gutachter kennen verschiedene Möglichkeiten, sich an Planungsprozessen zu beteiligen. 50,5 % der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind Bürgerversammlungen bekannt, 44,1 % Bürgerforen, 39,8 % Bürgerbeteiligungen bei Planungsverfahren, und 28 % Stadtteilkonferenzen. Weitere 17,2 % kennen Bürgerbeteiligungen über das Internet, 12,9 % Planungswerkstätten und 11,8 % Bürgerstiftungen. Selbst beteiligt haben sich bereits 25,8 % der Bürgergutachterinnen und -gutachter an Bürgerversammlungen, 17,2 % an Bürgerbeteiligungen bei Planungsverfahren, sowie 9,7 % an Bürgerforen. Jeweils 7,5 % haben bereits an Planungswerkstätten und Stadtteilkonferenzen teilgenommen, 4,3 % an einer Bürgerbeteiligung über das Internet und 3,2 % sind Mitglied einer Bürgerstiftung.

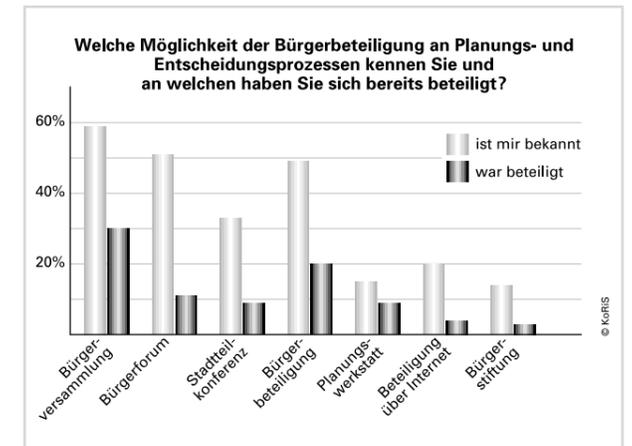


Abb. 45: Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung an Planungs- und Entscheidungsprozessen

Bekannte Formen des ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagements		
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Deutsches Rotes Kreuz</li> <li>• Technisches Hilfswerk</li> <li>• Freiwillige Feuerwehr</li> <li>• Kirchenarbeit, Diakonie, Caritas</li> <li>• Besuchsdienste in Krankenhäusern</li> <li>• Dritte Welt-Projekte</li> <li>• Entwicklungshilfe</li> <li>• Amnesty International</li> <li>• Flüchtlingshilfe</li> <li>• Pro Asyl</li> <li>• Suppenküche</li> <li>• Küche für Obdachlose</li> <li>• Braunschweiger Tafel</li> <li>• Hilfsfonds "Menschen in Not"</li> <li>• Notruftelefon</li> <li>• DLRG - Deutsche Lebensrettungsgesellschaft</li> <li>• Street Work</li> <li>• Kinder- und Jugendbetreuung</li> <li>• Hilfe im Tierheim</li> <li>• Elternrat (Schule)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Gemeindeversammlung</li> <li>• Bürgermeister/in</li> <li>• Ratsmitglied</li> <li>• Frauenbeauftragte</li> <li>• Wahlhelfer/in</li> <li>• Schiedsperson</li> <li>• Schöffe</li> <li>• Küster/in</li> <li>• Stadtführer/in</li> <li>• Spendenunterstützung</li> <li>• Vereinsarbeit</li> <li>• Angelverein</li> <li>• Imkerverein</li> <li>• Bühnenspielverein</li> <li>• Mitarbeit in Berufsverbänden</li> <li>• Wirtschafts- und Handwerkerverbände</li> <li>• Gewerkschaftsarbeit</li> <li>• Künstlervereinigungen</li> <li>• Umweltinitiativen</li> <li>• Selbsthilfegruppen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Seniorenarbeit</li> <li>• Kulturbund</li> <li>• Dorfgemeinschaft</li> <li>• Bürgerinitiativen</li> <li>• WTW - "Wir tun was - Cremlingen"</li> <li>• Parteien</li> <li>• Verbraucherberatung</li> <li>• Renten- und Sozialberatung (Versichertenältester)</li> <li>• Organisation eines Straßenfestes</li> <li>• Stadtteilkonferenzen</li> <li>• Nachbarschaftshilfe</li> <li>• "Nachbarn schützen Nachbarn"</li> <li>• Bürgerversammlungen</li> <li>• Agenda 21</li> <li>• Bürgergutachten</li> <li>• Bürgerstiftungen</li> <li>• Mitbestimmung in Schulen</li> <li>• Hundesuchstaffel</li> </ul>

Tab. 43: Nennungen der Bürgergutachterinnen und -gutachter zu bekannten Formen des ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagements

**Interesse an bürgerschaftlichen und ehrenamtlichen Engagement**

Von den Bürgergutachterinnen und -gutachtern, die nicht ehrenamtlich oder bürgerschaftlich engagiert sind, ist dies für 55,1 % am ehesten im Rahmen eines Projekts, für 49,3 % in einer Gruppe oder Initiative und für 31,9 % in einem Verein vorstellbar. In einem Verband mitzuarbeiten wäre für 14,5 % der nicht ehrenamtlich engagierten Teilnehmerinnen und Teilnehmer denkbar, in einer Partei für 11,6 %, in einer Kirchengemeinde für 5,8 % und in einer Gewerkschaft für 4,3 %. Die bisher nicht engagierten Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind insbesondere an den Themen Gestaltung und Pflege des Wohnumfelds (40,6 %) und Engagement im Stadtteil (21,7 %) interessiert.

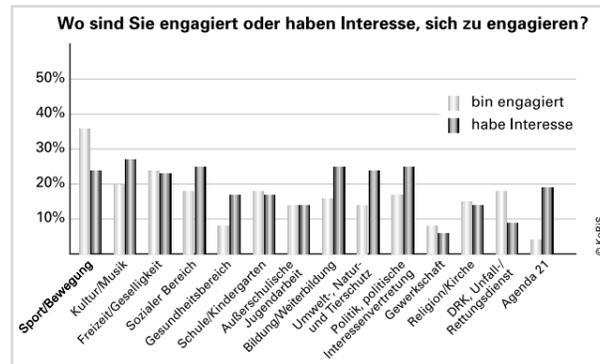


Abb. 46: Bereiche und Interesse des Bürgerengagements

Die Bürgergutachterinnen und -gutachter ließen sich besonders durch persönliche Aufforderung zur Mitarbeit für ehrenamtliches Engagement motivieren (55,9 %). Für 38,7 % der Bürgergutachterinnen und -gutachter wären Qualifizierungsangebote eine Motivation, sich ehrenamtlich oder bürgerschaftlich zu engagieren, für weitere 28 % gilt dies für kostenlose Infrastruktur wie Räumlichkeiten oder Ausstattung und für 24,7 % für öf-

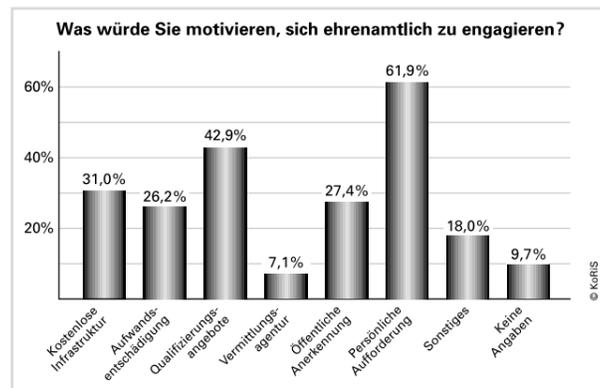


Abb. 47: Motivation zu ehrenamtlichen Engagement

fentliche Anerkennung. 23,7 % wünschen sich eine Aufwandsentschädigung und 6,5 % würde eine Vermittlungsagentur motivieren, sich zu engagieren. 9,7 % machten keine Angaben.

**Einflussnahme und Beteiligungsmöglichkeiten in der Region Braunschweig**

Das Gefühl, Einfluss nehmen zu können, haben die Bürgergutachterinnen und -gutachter vor allen Dingen in ihrem Verein (54,8 %) und an ihrem Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz (35,5 %). Zu wenig Einfluss haben 66,7 % der Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihrer Meinung nach bei der Entwicklung ihres Stadtteils, 81,7 % bei der Entwicklung des Wohnortes und 72 % bei der Entwicklung in der Region Braunschweig. Ausreichend Einfluss sehen im Gegenzug 15,1 % (Stadtteil), 10,8 % (Wohnort) und 1,1 % (Region). Die restlichen Teilnehmerinnen und Teilnehmer wollten die Einflussmöglichkeiten jeweils nicht beurteilen bzw. hatten kein Interesse an Einflussmöglichkeiten. Diejenigen, deren Kinder in den Kindergarten oder in die Schule gehen, sehen eher zu wenig Einflussmöglichkeiten (Kindergarten 50 % und Schule 66,7 % der Betroffenen).

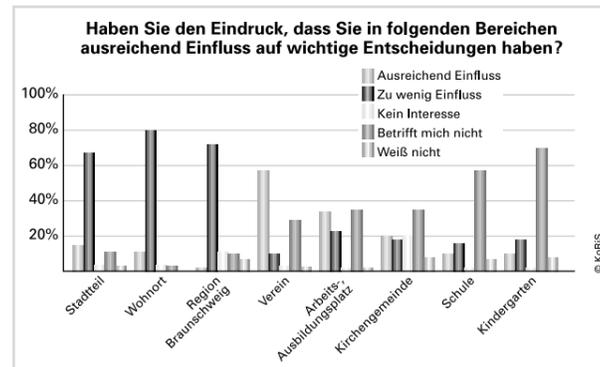


Abb. 48: Beurteilung der Einflussmöglichkeiten durch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer

67,7 % der Bürgergutachterinnen und -gutachter sind der Ansicht, dass sich viele Menschen in der Region Braunschweig freiwillig und ehrenamtlich engagieren. Die Möglichkeiten, durch Engagement etwas zu bewegen, werden vor allen in Vereinen, in Organisationen wie Kirchen, Parteien und Verbänden sowie in öffentlichen Einrichtungen wie Kindergärten und Schulen als gut eingeschätzt.

Auf Ebene der Region Braunschweig werden die Möglichkeiten, durch Engagement etwas zu bewegen, geringer eingeschätzt bzw. ambivalent beurteilt. 57 % der Bürgergutachterinnen und -gutachter denken, dass es Möglichkeiten gibt, 47,7 % sind der Meinung, dass es

eher keine Möglichkeiten gibt. Auch die Möglichkeiten, am lokalen Geschehen in der Region Braunschweig teilzunehmen, werden eher nicht so gut eingeschätzt. 44,1 % der Teilnehmerinnen und Teilnehmer geben an, dass es eher nicht zutrifft, dass freiwilliges Engagement von Bürgerinnen und Bürger in der Region Braunschweig von Politikern und Verwaltung ermuntert, gefördert und anerkannt wird. 9,7 % geben sogar an, dass dies gar nicht zutrefte, während 31,2 % der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Ansicht sind, dass freiwilliges Engagement gefördert wird. 15,1 % machten zu diesem Thema keine Angaben.

Ausreichende Möglichkeiten für interessierte Bürgerinnen und Bürger, an Planungs- und Entscheidungsprozessen in der Region mitwirken zu können sehen 21,5 % der Bürgergutachterinnen und -gutachter. Der größte Teil (60,3 %) ist allerdings der Meinung, dass die Region eher nicht ausreichend Möglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger bietet, an Planungs- und Entscheidungsprozessen mitzuwirken. In Bezug auf ihren Wohnort meinen ebenfalls 60,3 %, dass keine ausreichenden Mitwirkungsmöglichkeiten geboten werden. 32,3 % der Bürgergutachterinnen und -gutachter sehen hingegen ausreichende Mitwirkungsmöglichkeiten in ihrem Wohnort. 7,5 % machten keine Angaben.

**Nachbarschaftsverhältnis**

Die meisten der Bürgergutachterinnen und -gutachter verstehen sich mit ihren Nachbarn gut. 22,6 % sind mit ihren Nachbarn befreundet, 43 % kennen ihre Nachbarn näher und helfen sich gelegentlich, 12,9 % sind mit einigen Nachbarn befreundet und die anderen Nachbarn kennen sie näher. Nur gut ein Fünftel hat wenig Kontakt mit den Nachbarn, 19,4 % kennen ihre Nachbarn flüchtig und reden manchmal mit ihnen und 2,2 % kennen ihre Nachbarn kaum.

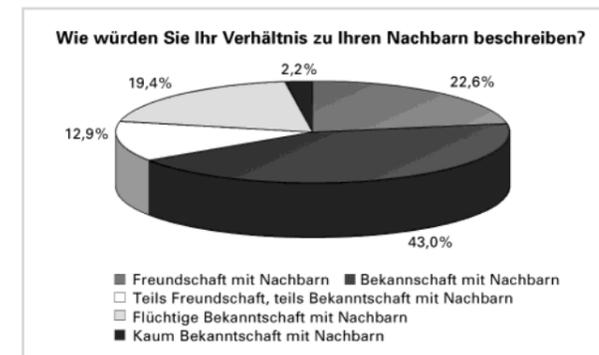


Abb. 49: Verhältnis der Bürgergutachterinnen und -gutachter zu ihren Nachbarn

**6.2 Zukunftserwartungen**

Mit Blick auf 2030 wurden die Bürgergutachterinnen und -gutachter nach ihrer Einschätzung der zukünftigen Entwicklung und der zukünftigen Bedeutsamkeit verschiedener Kooperationsformen gefragt.

**Einschätzung der zukünftigen Bedeutung ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagements**

Der Großteil der Bürgergutachterinnen und -gutachter ist der Meinung, dass ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement 2030 wichtiger sein wird als heute (82,8 %). 5,4 % sind nicht dieser Meinung und 11,8 % machten keine Angaben. Die Gründe für ein steigendes ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement werden von 39 % der Bürgergutachterinnen und -gutachter vor allen Dingen darin gesehen, dass die Finanzknappheit der Kommunen bzw. des Staates steigen wird und aufgrund dessen die Sozialleistungen gekürzt werden. 16,9 % sehen im bürgerschaftlichen Engagement eine Möglichkeit, soziale Bindungen zu stärken und Vereinsamung und Isolation entgegenzuwirken. 11,7 % nehmen an, dass aufgrund der Zunahme der älteren Bevölkerung der Pflege- und Hilfebedarf steigt, und 6,5 % denken, dass das Engagement steigt, weil bestimmte Dienstleistungen unbezahlbar werden.

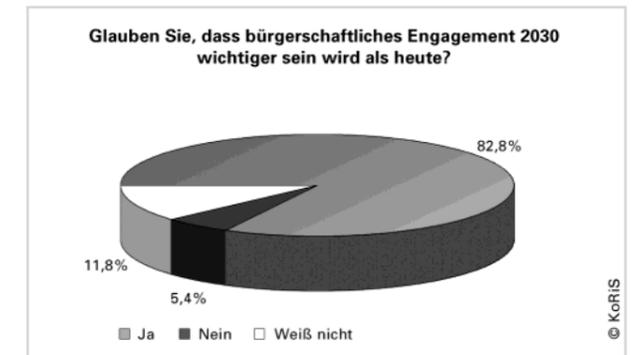


Abb. 50: Zur Rolle des bürgerschaftlichen Engagements im Jahr 2030

**Einschätzung der zukünftigen Bedeutung der Zusammenarbeit von Städten und Gemeinden**

Bezüglich der Zusammenarbeit der Städte und Gemeinden denken 60,2 % der Bürgergutachterinnen und -gutachter, dass im Jahr 2030 die Städte und Gemeinden stärker zusammenarbeiten werden als heute. 15,1 % glauben nicht, dass die Städte mehr zusammenarbeiten werden, 24,7 % machen keine Angaben.

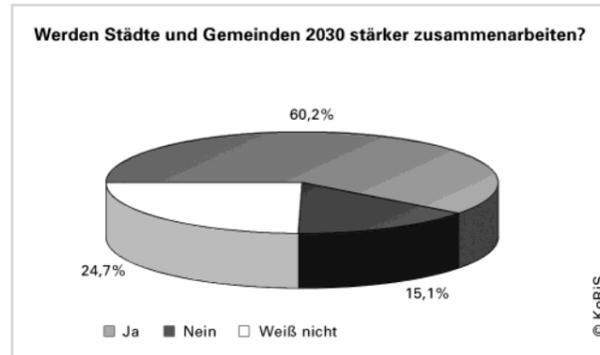


Abb. 51: Zusammenarbeit von Städten und Gemeinden im Jahr 2030

Diejenigen, die meinen, dass die Städte mehr zusammenarbeiten werden, denken zu 35,7 %, dass dies aufgrund der engen Verflechtungen untereinander und von Synergieeffekten der Zusammenarbeit eintreten wird. 26,8 % dieser Teilnehmerinnen und Teilnehmer meinen, dass die Zusammenarbeit vermehrt eingesetzt wird, um Kosten einzusparen. 8,9 % sehen die besseren Entwicklungsmöglichkeiten kleinerer Gemeinden als einen Grund und 7,1 % sehen es als Trend an. Die Bürgergutachterinnen und -gutachter, die der Meinung sind, dass die Zusammenarbeit nicht stärker wird, sehen die Hauptursache im auch im Jahr 2030 vorherrschenden "Kirchturmdenken".

Bereiche, in denen die Gemeinden im Jahr 2030 nach Auffassung der Bürgergutachterinnen und -gutachter stärker zusammenarbeiten sollten, sind nach Meinung von 86,8 % der Bürgergutachterinnen und -gutachter der Öffentliche Personennahverkehr, 71,4 % sehen die Zusammenarbeit im Bereich der Infrastruktur als wichtig an und 70,3 % die Zusammenarbeit im Bereich der Naherholung. Weiterhin werden von 68,1 % die Arbeitsmarktförderung, von 64,8 % die Wirtschaftsförderung, von 60,4 % die Siedlungsentwicklung und von 58,2 % Kindergärten und Schulen als wichtige Bereiche zur Zusammenarbeit genannt. Im Bereich des Einzelhandels wird von 47,3 % starker Bedarf für Zusammenarbeit gesehen.

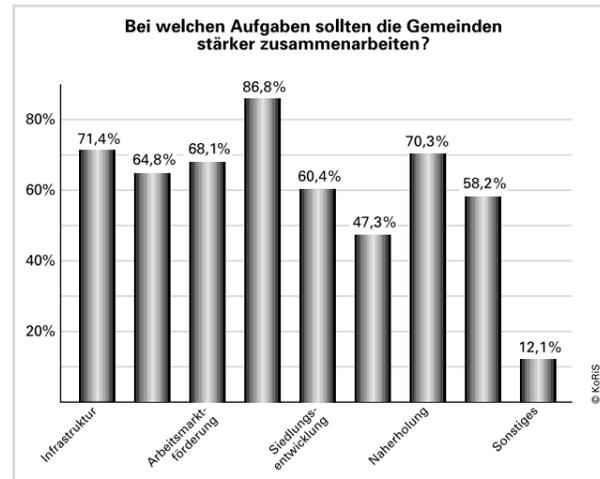


Abb. 52: Bereiche zukünftig verstärkter Zusammenarbeit von Städten und Gemeinden

**Einschätzung der zukünftigen Bedeutung des Engagements von Unternehmen für die Allgemeinheit**

Formen der Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Bürgerschaft sind den Bürgergutachterinnen und -gutachtern relativ unbekannt. 75,3 % kennen keine Formen der Zusammenarbeit. Von den 24,7 %, die Zusammenarbeitsformen kennen, denken viele (30,4 %) an die Zusammenarbeit von VW mit den Städten Braunschweig und Wolfsburg bzw. explizit an die Wolfsburg AG (s. auch Zusammenarbeit von Städten/Gemeinden und Unternehmen). Die anderen kennen jeweils einzelne Kooperationen aus anderen Städten.

Das Engagement der Unternehmen im Jahr 2030 wird unterschiedlich eingeschätzt. 38,7 % der Bürgergutachterinnen und -gutachter sind der Meinung, dass sich die Unternehmen im Jahr 2030 verstärkt für die Allgemeinheit engagieren werden. 33,3 % glauben, dass die Unternehmen sich nicht verstärkt für die Allgemeinheit einsetzen werden. 28 % machen keine Angaben.



Abb. 53: Engagement der Unternehmen für die Allgemeinheit im Jahr 2030

Von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern, die der Auffassung sind, dass die Unternehmen sich verstärkt engagieren werden, meinen 33,3 %, dass die Unternehmen sich stärker engagieren werden, weil sie denken, dass sie selbst davon profitieren können. 22,2 % sind der Meinung, dass die Unternehmen hoffen, so für qualifizierte Arbeitskräfte attraktiver zu werden. Die Zusammenarbeit stellen sich 22,2 % dieser Teilnehmerinnen und Teilnehmer so vor, dass die Unternehmen öffentliche Aufgaben finanziell unterstützen sowie Sport und Kultur fördern.

Von denjenigen, die ein verstärktes Engagement der Unternehmen verneinen, sind 51,6 % der Überzeugung, dass für die Unternehmen das Gewinnstreben die höchste Priorität besitzt. 22,6 % nannten andere Gründe und 25,8 % trafen keine Aussagen zur Begründung.

**Einschätzung der zukünftigen Bedeutung der Zusammenarbeit von Städten und Gemeinden mit Unternehmen**

Formen der Zusammenarbeit zwischen Städten/Gemeinden und Unternehmen sind etwa der Hälfte der Teilnehmerinnen und Teilnehmer (50,5 %) bekannt. Bekannt sind Kooperationen von VW mit den Städten Wolfsburg und Braunschweig. 38,3 % der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die Kooperationen kennen, nennen die Zusammenarbeit zwischen VW und Wolfsburg bzw. Braunschweig. 25,5 % nennen Kooperationen anderer Unternehmen in der Region und 23,4 % ist die Unterstützung öffentlicher Aufgaben durch Unternehmen bekannt. 27,7 % nennen die Sportförderung und 12,8 % die Unterstützung von Vereinen.

51,6 % der Bürgergutachterinnen und -gutachter meinen, dass Unternehmen mit Städten und Gemeinden im Jahr 2030 stärker zusammenarbeiten werden. 10,8 % sind nicht dieser Meinung und 36,6 % enthalten sich der Meinung. Den Grund für die verstärkte Zusammenarbeit sehen 35,4 % der Bürgergutachterinnen und -gutachter, die eine verstärkte Zusammenarbeit für möglich halten, darin, dass die Zusammenarbeit zwecks Problemlösung und Interessenausgleich notwendig sein wird. 20,8 % sehen finanzielle Gründe und 10,4 % denken, dass die Städte und Gemeinden auf die Unternehmen angewiesen sind.



Abb. 54: Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Städten/ Gemeinden 2030

**Bedeutung von Formen der Zusammenarbeit im Jahr 2030**

Gefragt danach, welche Formen der Zusammenarbeit im Jahr 2030 eine größere Bedeutung haben sollten, nennen 78,5 % eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Städten/Gemeinden und Bürgerschaft. 75,3 % wünschen, dass freiwilligem Bürgerengagement mehr Bedeutung zukommen wird. 67,7 % sind der Auffassung, dass die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Städten einen höheren Stellenwert haben sollte und 61,3 % wünschen sich eine größere Bedeutung für die Zusammenarbeit zwischen einzelnen Städten und Gemeinden. Lediglich die Hälfte der Bürgergutachterinnen und -gutachter (50,5 %) wünscht sich mehr Bedeutung für die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Bürgerschaft.

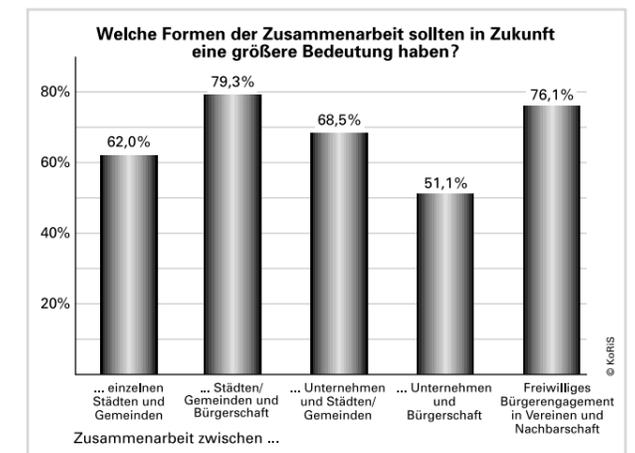


Abb. 55: Gewünschte Bedeutung verschiedener Zusammenarbeitsformen zwischen Bürgerschaft, Unternehmen und Städten/ Gemeinden

**Ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement**

Dass ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement im Jahr 2030 vor allem im sozialen Bereich stattfindet, denken alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Als wichtige Bereiche werden genannt: Altenbetreuung und -pflege, Kinderbetreuung, Betreuung von Bedürftigen, Hospiz- und Krankenhausarbeit sowie Integration von Ausländerinnen und Ausländern. Auch die Selbsthilfe, wie z.B. gegenseitige Hilfe von Seniorinnen und Senioren untereinander, wird als wichtig angesehen. Weitere wichtige Bereiche, in denen sich Bürgerinnen und Bürger im Jahr 2030 engagieren werden, werden Vereine, z.B. Sportvereine oder die freiwillige Feuerwehr, die Mitarbeit in der Gemeindepolitik und im Umweltschutz, der kulturelle Bereich und die Nachbarschaftshilfe sein.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nennen als Beispiel für die Form des bürgerschaftlichen Engagements die aktive Mitarbeit, z.B. als Übungsleiter, als Trainer in Vereinen oder als Mitglied im Schulelternrat. Beim Umweltschutz schlagen sie vor, Patenschaften für Bäume zu übernehmen oder Parks zu säubern. In der Gemeindepolitik halten es die Bürgergutachterinnen und -gutachter für sinnvoll, an Bürgerforen teilzunehmen, im kulturellen Bereich können z.B. Theaterfahrten organisiert werden.

Als Anreize zur aktiven Mitarbeit empfehlen die Bürgergutachterinnen und -gutachter, Möglichkeiten zur Qualifizierung zu schaffen und Anerkennung zu zeigen, z.B. durch Aufwandsentschädigungen, aber auch durch Formen nicht-materieller Art.

**Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern in Entscheidungen**

Den Bürgergutachterinnen und -gutachtern ist besonders wichtig, dass Bürgerinnen und Bürger im Jahr 2030 in kommunale Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Regionale Entscheidungsprozesse sind aus Sicht der Bürgergutachterinnen und -gutachter weniger bedeutsam, Interesse ist aber auch hier vorhanden. Einbezogen werden wollen die Bürgerinnen und Bürger vor allem in politische Themen, z.B. die Straßen- und Verkehrswegeplanung, und in Bereiche, die die Versorgung betreffen, wie Kultur- und Freizeitangebote, Einkaufsmöglichkeiten oder Bildungseinrichtungen (Schulen und Kindergärten). Die Bürgergutachterinnen und -gutachter wünschen sich die Einbindung durch verschiedene Arten der Be-

teiligung. Als Beispiel werden Bürgerversammlungen genannt, auf denen Planungen vorgestellt werden, sowie Bürgerbefragungen, Stadtteilkonferenzen, Bürgergutachten und die Mitarbeit in Gremien. Gremien, die eingerichtet werden sollten, sind z.B. Bürgerforen, Arbeitskreise zu bestimmten Themen, Runde Tische etc. Auch eine Beteiligung im Gemeinderat halten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer für wünschenswert. Die Mitarbeit sollte hier zum einen beratend sein, zum anderen sollte aber auch ein Mitentscheidungsrecht gegeben sein. Bei der Einbindung in Entscheidungsprozesse war den Bürgerinnen und Bürgern Information und Transparenz sehr wichtig. Entscheidungen der Gemeinden sollten transparent und z.B. in einem Bürgerbüro abfragbar sein.

**In welchen Bereichen sollten sich Bürgerinnen und Bürger 2030 verstärkt engagieren und selbst Aufgaben übernehmen?**

Wo?		Wie?	
• Sozialer Bereich	5 (18)*	• Alten- und Kinderbetreuung, Hospiz	5 (11)
• Vereine	4 (7)	• Aktive Mitarbeit	3 (5)
• Gemeinde/Politik	4 (6)	• Bewusstsein wecken	3 (3)
• Umweltschutz	4 (4)	• Anerkennung/Vergütung	1 (3)
• Kulturell	3 (3)	• Betreuung im Wohnumfeld	2 (2)
• Wohnumfeld/Nachbarschaft	3 (3)	• Elternarbeit in der Schule	2 (2)
• Pflege	2 (2)	• Parks säubern	2 (2)
• Kirche	2 (2)	• Finanziell	2 (2)
• Selbsthilfe	1 (1)	• In Vereinen als Trainer	1 (2)
• Schulen	1 (1)	• Teilnahme an Bürgerforen	1 (1)
• Bildung	1 (1)	• Entscheidungsbeeinflussung	1 (1)
• Betriebe	1 (1)	• Pflege	1 (1)
		• Seniorenkreise	1 (1)
		• Qualifizierungsmöglichkeiten schaffen	1 (1)
		• Theaterfahrten organisieren	1 (1)
		• Zivildienst für Frauen	1 (1)

\* Die Zahlen bedeuten Nennung in N Bürgergruppen (in N Kleingruppen)

Tab. 44: Engagement der Bürgerinnen und Bürger im Jahr 2030 (Nennungen der Bürgergruppen, Gesamtzahl der Bürgergruppen: 5; Kleingruppen: 20)

**In welchen Bereichen und wie sollten Bürgerinnen und Bürger 2030 in kommunale und regionale Entscheidungsprozesse eingebunden werden?**

Wo?		Wie?	
• Planung lokal	4 (10)*	• Mitarbeit in Gremien	4 (8)
• Planung regional	2 (4)	• Bürgerbeteiligung	4 (7)
• Versorgung	3 (3)	• Information und Transparenz	2 (4)
• Kultur	2 (3)	• Mitentscheidungsrechte	1 (2)
• Politik	2 (3)	• Beratung	1 (1)
• Verkehrsplanung	2 (2)	• Bürgerinitiativen	1 (1)
• Bildung	2 (2)	• Bauplanung	1 (1)
• Schulen/Kindergärten	1 (1)	• Integration	1 (1)
• Altenbetreuung	1 (1)	• Kulturelles Angebot	1 (1)
• Vereine, Gruppen, etc.	1 (1)	• Demonstrationen	1 (1)
• Überall	1 (1)	• Fahrgemeinschaften	1 (1)
		• Internetkioske	1 (1)

\* Die Zahlen bedeuten Nennung in N Bürgergruppen (in N Kleingruppen)

Tab. 45: Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern in Entscheidungen im Jahr 2030 (Nennungen der Bürgergruppen, Gesamtzahl der Bürgergruppen: 5; Kleingruppen: 20)

**Zusammenarbeit von Städten und Gemeinden**

Im Bereich der Zusammenarbeit der Städte und Gemeinden der Region im Jahr 2030 empfehlen die Bürgergutachterinnen und -gutachter, dass die Zusammenarbeit hauptsächlich bei der Infrastruktur und der Verkehrsplanung stattfinden sollte. Als Beispiele im Bereich Infrastruktur werden die Versorgungsinfrastruktur, Schulen, Sportzentren, soziale Einrichtungen und der Bereich Bauen und Wohnen genannt. Weitere Bereiche der Zusammenarbeit werden in der Entsorgung, der Ansiedlung von Gewerbe, der Planung sowie der Zusammenarbeit in der Verwaltung gesehen.

Die Zusammenarbeit der Städte und Gemeinden sollte nach Meinung der Bürgergutachterinnen und -gutachter durch Absprachen, Kommunikation, Kooperation und das Bemühen um einen Konsens erfolgen. Für die Zusammenarbeit sollten Gremien gebildet werden, z.B. Arbeitsgemeinschaften oder Zweckverbände. Ämter sollten zusammenarbeiten oder sogar zusammengelegt werden. Eine gemeinsame Planung ist den Bürgergutachterinnen und -gutachtern dabei besonders wichtig. Weiterhin wurde von den Teilnehmenden betont, dass die Bürgerbeteiligung bei der Zusammenarbeit zwischen den Städten und Gemeinden berücksichtigt werden müsse.

**Zusammenarbeit zwischen Städten, Gemeinden und Wirtschaftsunternehmen**

Die Zusammenarbeit zwischen Städten, Gemeinden und Unternehmen soll im Jahr 2030 nach Ansicht der Bürgergutachterinnen und -gutachter insbesondere in den Bereichen Arbeitsplätze, Forschung und Bildung, Ausbildung, aber auch Sport und Freizeit sowie Umweltschutz stattfinden. Daneben werden die Bereiche Wohnen, Entsorgung, Kultur, Erholung sowie der soziale Bereich genannt. Die Zusammenarbeit stellen sich die Bürgergutachterinnen und -gutachter hauptsächlich durch Sponsoring oder anderweitige finanzielle Unterstützung vor, z.B. Projektförderungen oder Stiftungen. Zwei Bürgergruppen sehen auch die Möglichkeit personeller Unterstützung sowie der Bereitstellung von Ressourcen oder Räumlichkeiten im Jahr 2030 als bedeutsam an. Die Kooperation zur Schaffung von Arbeitsplätzen sollte nach Meinung der Bürgergutachterinnen und -gutachter

so aussehen, dass zum einen die Kommunen Aufträge an Wirtschaftsunternehmen vergeben, z.B. beim Straßenbau. Zum anderen sollten die Unternehmen Forschungsaufträge an die regionalen Universitäten vergeben und altersgerechte Arbeitsplätze einrichten. Auch die Verbesserung der Kommunikation zwischen Unternehmen und Arbeitsämtern war für die Bürgergutachterinnen und -gutachter in diesem Bereich ein entscheidender Punkt.

Die Kommunikation zwischen Kommunen und Unternehmen ist den Bürgergutachterinnen und -gutachtern ein weiteres wichtiges Anliegen. Sie empfehlen eine gemeinsame Imagewerbung von Kommunen und Unternehmen für die Region.

In einer Bürgergruppe kam die Befürchtung auf, dass bürgerschaftliches Engagement insbesondere bei Kinder- und Jugendarbeit Arbeitsplätze hauptamtlicher Kräfte gefährden könnte.

In welchen Bereichen und wie sollten Städte und Gemeinden 2030 zusammenarbeiten?

Wo?		Wie?	
• Infrastruktur	5 (13)*	• Kommunikation	4 (6)
• Verkehr	5 (9)	• Gremien	4 (5)
• Entsorgung	2 (2)	• Gemeinsame Planung	3 (5)
• Gewerbe	2 (2)	• Gemeinsame Verwaltung	2 (2)
• Planung	2 (2)	• ÖPNV-Verbund	2 (2)
• Verwaltung	2 (2)	• "Regionalparlament"	1 (2)
• Bildung	1 (2)	• Zusammenlegung	1 (1)
• Freizeit und Erholung	1 (2)	• "Virtuelle" Rathäuser	1 (1)
• Wirtschaftsförderung	1 (1)	• Leitlinien	1 (1)
• Gesundheit	1 (1)	• Krankenhaus	1 (1)
• Arbeitsplätze	1 (1)	• Schulzentren	1 (1)
• Umwelt	1 (1)		
• Energie	1 (1)		
• Versorgung	1 (1)		

\* Die Zahlen bedeuten Nennung in N Bürgergruppen (in N Kleingruppen)

Tab. 46: Zusammenarbeit von Städten und Gemeinden im Jahr 2030 (Nennungen der Bürgergruppen, Gesamtzahl der Bürgergruppen: 5; Kleingruppen: 20)

In welchen Bereichen und wie sollten Städte/Gemeinden und Wirtschaftsunternehmen 2030 zusammenarbeiten?

Wo?		Wie?	
• Arbeitsplätze	4 (7)*	• Finanziell	5 (9)
• Forschung und Bildung	4 (7)	• Aufträge vergeben	4 (4)
• Sport/Freizeit	4 (5)	• Kommunikation	3 (4)
• Umweltschutz	3 (4)	• Outsourcing an private Unternehmen	3 (3)
• Wohnen	3 (3)	• Personell	2 (3)
• Entsorgung	3 (3)	• Bildung unterstützen	2 (2)
• Ausbildung	3 (3)	• PR-Arbeit	2 (2)
• Sozialer Bereich	2 (3)	• Hinführung zur Arbeitswelt	1 (2)
• Kultur	2 (3)	• Kinderbetreuung	1 (1)
• Erholung, Naherholung	2 (3)	• Gemeinsame Trägerschaft von Projekten	1 (1)
• Bauobjekte	2 (2)	• "Aktion 60 +"	1 (1)
• Jugend	2 (2)		
• Versorgung	2 (2)		
• Ansiedlung von Unternehmen	1 (1)		
• Ältere Arbeitnehmer	1 (1)		
• Vereine	1 (1)		
• Verkehrsplanung	1 (1)		
• Lebensqualität	1 (1)		

\* Die Zahlen bedeuten Nennung in N Bürgergruppen (in N Kleingruppen)

Tab. 47: Zusammenarbeit von Städten/Gemeinden und Wirtschaft im Jahr 2030 (Nennungen der Bürgergruppen, Gesamtzahl der Bürgergruppen: 5; Kleingruppen: 20)

### 6.3 Leitbildaussagen "Zusammenarbeit und Bürgerengagement"

Aus den Zukunftseinschätzungen heraus entwickelten die Bürgergutachterinnen und -gutachter erste Leitbildaussagen zum Thema Zusammenarbeit und Bürgerengagement. Diese Leitbildaussagen wurden von den Teilnehmenden am letzten Tag noch einmal überprüft und zum Teil geändert. Dabei wurden Anregungen aus der Zukunftsreise aufgegriffen. Im Folgenden sind die gemeinsamen Leitbildaussagen aller Bürgergruppen dargestellt.

*Kursiv dargestellte Aussagen sind Aussagen, die nur von ein bis zwei Bürgergruppen getroffen wurden, oder Vorstellungen, die in der Zukunftsreise geäußert wurden.*

#### G 1 Viele Bürger engagieren sich ehrenamtlich und bürgerschaftlich

Aus Sicht der Bürgergutachterinnen und -gutachter wird es im Jahr 2030 in der Region viele ehrenamtlich Tätige geben. Es werden auch mehr Möglichkeiten vorhanden sein, sich ehrenamtlich und bürgerschaftlich zu engagieren. Bürgerengagement wird dann selbstverständlich sein und die Bürgerinnen und Bürger werden mehr Verantwortung tragen. Die Bürgergutachterinnen und -gutachter gehen davon aus, dass die gegenseitige Hilfsbereitschaft und der Zusammenhalt groß sein werden.

*Die Bürgergutachterinnen und -gutachter einer Bürgergruppe halten es für sinnvoll, wenn die Ehrenämter durch so genannte Freiwilligenagenturen vermittelt werden. Insgesamt sollte das Ehrenamt auf allen Ebenen gefördert werden.*

#### G 2 Die Kommunen in der Region arbeiten zusammen

Allen Bürgergruppen ist daran gelegen, dass die Gemeinden der Region zusammenarbeiten und sich untereinander bei Planungen abstimmen. Im Jahr 2030 sollte sich eine Arbeitsteilung zwischen den Kommunen entwickelt haben. Die Arbeitsteilung sollte insbesondere in den Bereichen Infrastruktur, Siedlungsplanung und Naherholung stattfinden.

#### G 3 Bürger wirken im öffentlichen Leben mit und haben Mitsprachemöglichkeiten in den Kommunen

Die Bürgergutachterinnen und -gutachter sprechen sich dafür aus, dass im Jahr 2030 Bürgerschaft und Politik

intensiv zusammenarbeiten. Die Bürgerinnen und Bürger sollen Mitwirkungs- und Mitsprachemöglichkeiten in den Gemeinden haben. Ihre Meinung soll beachtet werden und sie sollen auf die Politik Einfluss nehmen können.

#### G 4 Das Nachbarschaftsgefühl ist stark und Nachbarschaftshilfe ist selbstverständlich

Eine wichtige Forderung der Bürgergutachterinnen und -gutachter ist, dass das Wir-Gefühl in der Nachbarschaft im Jahr 2030 stark ausgeprägt sein soll. Nachbarn sollen einander kennen und sich gegenseitig helfen. Es könnte ehrenamtlich Tätige geben, die sich um die Nachbarschaftshilfe kümmern.

*In einer Bürgergruppe wird empfohlen, hierfür Nachbarschaftszentren einzurichten.*

#### Die Integrationsmöglichkeiten sind verbessert

*Zwei Bürgergruppen ist wichtig, dass die Integration von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern im Jahr 2030 gut gelingt. Dies soll z.B. durch Angebote Deutsch zu lernen, sowohl für Erwachsene als auch für Kinder geschehen. Soziale Einrichtungen, aber auch Bürgerinnen und Bürger, sollten sich nach Ansicht dieser Bürgergutachterinnen und -gutachter um die Integration der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger kümmern.*

### 6.4 Maßnahmen

Neben den Leitbildaussagen wurden auch Maßnahmen erarbeitet, die notwendig sind, um die Leitbildaussagen umzusetzen. Aus den erarbeiteten Maßnahmen wurden von den Bürgergutachterinnen und -gutachtern die wichtigsten ausgewählt. Für diese wurde benannt, welche Schritte man für die Umsetzung ergreifen müsste. Im Folgenden werden zunächst die Maßnahmen, die von den Bürgergutachterinnen und -gutachtern in den einzelnen Bürgergruppen als wichtigste Maßnahmen für den Bereich Zusammenarbeit und Bürgerengagement ausgewählt wurden, ausführlicher beschrieben und daraufhin allgemein die für den Bereich Zusammenarbeit und Bürgerengagement erarbeiteten Maßnahmen dargestellt.

### Wichtigste Maßnahmen zum Bereich Zusammenarbeit und Bürgerengagement

Von den Bürgergutachterinnen und -gutachtern wurden für den Bereich Zusammenarbeit und Bürgerengagement fünf prioritäre Maßnahmen benannt.

Maßnahme
Bürgerforen und Agenda-Gruppen für mehr Bürgerbeteiligung
Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger bei kommunaler Planung
"Virtuelles" Rathaus
Rahmenbedingungen für Bürgerengagement schaffen
Marketing für die Region

Tab. 48: Wichtigste Maßnahmen zum Bereich Zusammenarbeit und Bürgerengagement

#### Bürgerforen und Agenda-Gruppen für mehr Bürgerbeteiligung

Die Bürgergutachterinnen und -gutachter sehen in einer Mischung aus Sachverständigen und Bürgern in Bürgerforen und Agenda-Gruppen einen guten Weg, die Bürgerbeteiligung durchzuführen. Bürgerforen und Agenda-Gruppen sollten zu allen Themenbereichen durchgeführt werden.

#### Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger bei kommunaler Planung

Die jeweiligen Verwaltungen sollen nach Empfehlung der Bürgergutachterinnen und -gutachter bei künftigen Planungen die Bürgermeinungen erfragen und in ihre Handlungen einbeziehen. Dies soll in Form von Bürgergutachten, Bürgerbefragungen und Beratungen geschehen.

#### "Virtuelles" Rathaus

Die Bürgergutachterinnen und -gutachter empfehlen die Einrichtung "virtueller" Rathäuser, d.h. die Möglichkeit der Information über das Internet. Sie wünschen sich eine Plattform mit öffentlichem Zugang für jede Bürgerin und jeden Bürger sowie eine Vernetzung der einzelnen Behörden. Die virtuellen Rathäuser sollen von Kommunen mit Unterstützung durch die Wirtschaft eingerichtet werden.

#### Rahmenbedingungen für Bürgerengagement schaffen

Politik, Wirtschaft und Bürgerschaft sollen nach den Vorstellungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zusammen bessere Rahmenbedingungen für das Bürgerengagement schaffen, indem sie Sponsoring betreiben (bzw. die Firmen dazu aktivieren) und z.B. Mitarbeiter von den Unternehmen für ehrenamtliches Engagement freigestellt werden.

#### Marketing für die Region

Die Bürgergutachterinnen und -gutachter empfehlen, mehr für die Region Braunschweig zu werben, z.B. auch in überregionalen Medien. Dies sollte durch regionale Akteure wie die Braunschweiger Zeitung und andere Medien sowie den Zweckverband Großraum Braunschweig geschehen. Der ZGB könnte hierfür eine "PR-Abteilung" für Marketingzwecke schaffen.

### Maßnahmen vorschläge zum Thema Zusammenarbeit und Bürgerengagement

#### **Viele Bürger engagieren sich ehrenamtlich und bürgerschaftlich**

- Bürgergutachten (3x)
- Bürgerforen, Agenda-Gruppen
- Bürgerbefragung (Minderheitenvotum gegen Bürgerbefragungen)
- Anerkennung und Lob für engagierte Bürger/für Ehrenamt/positive Wirkung (3x)
- Förderung des Ehrenamtes (Anerkennung und Agentur)
- Plattformen für ehrenamtliche Tätigkeit schaffen, z.B. durch Anerkennung und Anreize
- Werbung von ehrenamtlich Tätigen
- Aufmerksamkeit steigern für Bürgerengagement
- Rahmenbedingungen für Bürgerengagement (Raum, Geld, Steuerbegünstigungen, ...) sind geschaffen
- Zeitressourcen müssen für Bürgerengagement zur Verfügung stehen
- Eigeninitiative muss ergriffen werden
- Ortsverschönerung/Stadtteilverschönerung
- Nachbarschaftshilfe
- Ehrenamtliche Dienste
- *Kontrollierte Zuweisung von Ehrenämtern durch Agenturen (nicht jeder kann "Sterbehilfe" leisten)*
- *Rente wird an Ehrenamt geknüpft*
- *Zivildienstpflicht für Langzeitarbeitslose*

#### **Die Kommunen in der Region arbeiten zusammen**

- Größere Verwaltungseinheiten
- Konzentration mehrerer Ämter
- "Virtuelles" Rathaus
- Moderne Kommunikationsmöglichkeiten nutzen
- Überregionale Planung für Großprojekte: Klärwerke/Müllentsorgung/Wasserwerke
- Regionalparlament (Runder Tisch)

#### **Bürger wirken im öffentlichen Leben mit und haben Mitsprachemöglichkeiten in den Kommunen**

- Einrichtung von Bürgerbüros/Vermittlungsstellen einrichten
- Anlaufpunkte
- Schaffung von kommunalen Bürgergruppen
- Internetforen
- Beratende Bürger in die Parlamente
- Druck auf die Parteien ausüben

#### **Die Integrationsmöglichkeiten sind verbessert**

- Z.B. Sprachunterricht
- Hilfe bei Schularbeiten

#### **Maßnahmenvorschläge ohne Zuordnung zu konsensfähigen Leitbildaussagen**

- Regelmäßige Zusammenkünfte, Runder Tisch zur Zusammenarbeit von Schulen, Kommunen und Betrieben
- Agenda-Gruppen, Sponsorenaktivitäten zur Zusammenarbeit von Kommunen, Bürgerschaft und Wirtschaft
  - Sponsoring nur ohne Abhängigkeiten zu schaffen

Tab. 49: Leitbildaussagen und Maßnahmenvorschläge zum Thema Zusammenarbeit und Bürgerengagement (Zusammenstellung der Nennungen aller Bürgergruppen; Vorschläge, die in der jeweiligen Bürgergruppe nicht konsensfähig waren, sind *kursiv* dargestellt)

## 7 Ergänzende Leitbildaussagen

Die Bürgergutachterinnen und -gutachter entwickelten zu den einzelnen Themenfeldern Leitbildaussagen. Daneben gab es Leitbildaussagen, die keinem der bearbeiteten Themen zugeordnet werden können bzw. die themenübergreifend sind. Diese werden im Folgenden dargestellt.

*Kursiv dargestellte Aussagen wurden nur von ein bis zwei Bürgergruppen getroffen.*

### H 1 Ältere Menschen sind in der Gesellschaft anerkannt und gestalten sie aktiv mit

Im Jahr 2030 wird es in der Region viele ältere Menschen geben. Deswegen sind die Älteren den Bürgergutachterinnen und -gutachtern besonders wichtig. Alte Menschen sollten am regionalen Leben teilnehmen können und ernst genommen werden. Die Arbeit der älteren Menschen soll in Verbindung mit den Idealen und Bedürfnissen der Jüngeren geschätzt und gesucht werden.

### H 2 Familien finden bessere Rahmenbedingungen vor

Wichtig ist den Bürgergutachterinnen und -gutachtern, dass sich die Familienpolitik ändert. Kinder sollen 2030 kein Armutsrisiko sein. Eltern und Gesellschaft sollen sich 2030 für die Kinder verantwortlich fühlen, Verwaltungen und andere Einrichtungen sollten familienfreundlich gestaltet werden.

*Eine Bürgergruppe ist der Auffassung, dass die Stellung und Anerkennung von Frauen, die sich auch nach dem Erziehungsurlaub um die Kinder und den Haushalt kümmern, verbessert werden sollte. Dies könnte z.B. über eine Rente für Hausfrauen und -männer oder über steuerliche Vergünstigungen bei den Ehepartnern geschehen.*



Abb. 56: Teilnehmerin beim Anheften von Leitbildaussagen

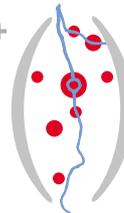
## Ausblick: STADT+UM+LAND 2030 – Bürgerinnen und Bürger wirken weiter mit

Die Bürgergutachterinnen und -gutachter haben großes Interesse daran, den weiteren Verlauf des Projektes STADT+UM+LAND 2030 Region Braunschweig zu verfolgen und an der Umsetzung mitzuwirken. Es sollte geprüft werden, ob und inwiefern dafür Möglichkeiten bestehen. Die Bürgergutachterinnen und -gutachter wünschen, dass sie über den weiteren Verlauf des Projektes informiert werden. Viele wären an einer Information über die ersten Ergebnisse und Umsetzungsschritte, nach einem (oder zwei) Jahr(en) interessiert. Sie können sich auch ein Treffen vorstellen, wo über den Fortgang der Leitbildaussagen diskutiert und ggf. weitere Mitwirkungsmöglichkeiten angeboten werden.

Der weitere beabsichtigte Verlauf des Projektes STADT+UM+LAND 2030 Region Braunschweig sieht vor, dass beim Zukunftsforum am 24. September 2023 die Leitbildentwürfe der drei Dialogstränge zusammengeführt werden. Auf der Veranstaltung präsentieren stadt-regionale Akteure, Experten sowie Bürgergutachterinnen und -gutachter ihre Überlegungen zum Leitbild STADT+UM+LAND 2030 Region Braunschweig. Sie diskutieren, wie die Ergebnisse des Bürgerdialogs, des stadt-regionalen Dialogs und des Expertendialogs zu einem gemeinsamen Leitbild zusammenfließen können. Damit schließt das Zukunftsforum die Phase der Leitbildentwicklung ab und läutet die Umsetzungsphase von STADT+UM+LAND 2030 Region Braunschweig ein. Die Akteure stecken den Weg für die weitere Zusammenarbeit in der Region ab. Was muss geschehen, damit sich das gemeinsame Leitbild verwirklichen lässt? Was wären konkrete Maßnahmen und Projekte zur Umsetzung?

Der Verlauf der weiteren Umsetzung steht noch nicht fest und wird auf dem Zukunftsforum in ersten Ansätzen entwickelt. Die weitere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ist dabei ein wichtiges Anliegen. Sie trägt zu einer partnerschaftlichen Stadt- und Regionalentwicklung bei, in der die Region, die Städte und Gemeinden, Wirtschaft und gesellschaftliche Akteure sowie die Bevölkerung an einem Strang ziehen – auf dem Weg zur STADT+UM+LAND 2030 Region Braunschweig.





## Impressum

---

### Herausgeber:

#### Zweckverband Großraum Braunschweig

Frankfurter Str. 2, 38122 Braunschweig

Telefon: (0531) 2 42 62-0

Telefax: (0531) 2 42 62-40

E-Mail: [zgb@zgb.de](mailto:zgb@zgb.de)



Zweckverband  
Großraum  
Braunschweig

### Bearbeitung:

KoRiS - Kommunikative Stadt- und Regionalentwicklung

Vahrenwalder Str. 7, 30165 Hannover

Telefon: (0511) 9357-150

Telefax: (0511) 9357-152

E-Mail: [info@koris-hannover.de](mailto:info@koris-hannover.de)

Dipl.-Ing. Dieter Frauenholz (Projektleitung)

Dipl.-Ing. Annette Krön



### Technische Mitarbeit:

Dipl.-Geogr. Agnes Borsig

### Beratung:

Dr.-Ing. Jörg Knieling M.A.

Dr.-Ing. Heidi Sinning (Gastprofessorin "Stadtmanagement", BTU Cottbus)

### Mitarbeit:

#### Forschungsverbund STADT+UM+LAND 2030 Region Braunschweig

- Zweckverband Großraum Braunschweig
- Institut für Architektur und Planungstheorie der Universität Hannover
- Institut für Sozialwissenschaften der Technischen Universität Braunschweig
- Institut für Städtebau und Landschaftsplanung der Technischen Universität Braunschweig
- Institut für Verkehr und Stadtbauwesen der Technischen Universität Braunschweig
- KoRiS – Kommunikative Stadt- und Regionalentwicklung, Hannover

---

Das Vorhaben STADT+UM+LAND 2030 wird unterstützt durch:



---

In der Schriftenreihe "Beiträge zu STADT+UM+LAND 2030" sind bisher erschienen:

Heft 1 Ideenskizze, 2000

Heft 2 Vorhabenbeschreibung, 2001

Heft 3 Das Projekt stellt sich vor, 2002

Heft 4 Zukunftskonferenz, 2002

Heft 5 Bürgergutachten STADT+UM+LAND 2030 Region Braunschweig, 2003